

# DER KAMPF

Jahrgang 4

1. Juli 1911

10. Heft

## Friedrich Austerlitz: Staat und Sozialdemokratie in Oesterreich

Die Wahlen sind vorüber und jede Partei kann nun die Bilanz ihres Wahlkampfes ziehen. Aber man kann jetzt noch eine andere Bilanz anstellen: die Bilanz jener Staatskunst, deren Vorsatz auf die Schwächung der Sozialdemokratie gerichtet ist, die sich als Ziel die Zurückdrängung der internationalen Partei setzt, die Bilanz eben der Bienertherei, die zu der Auflösung mit der Parole: Gegen die Sozialdemokratie! geführt und in ihr ihren schlüssigen Ausdruck gefunden hat. Vor den Wahlen hätte man uns diese Prüfung vielleicht als Furcht auslegen und darin einen Appell an die Regierungsgunst wittern können. Nun wir den schweren Wahlkampf ohne ernstliche Gefährdung unserer Positionen überstanden haben und es sich gezeigt hat, dass der Bienerthschen „Sammelpolitik“ der Erfolg versagt blieb, darf man es wohl wagen, diese Politik einmal auch auf ihre staatliche Vernunft zu besehen. In der Bienertherei erscheint die Scharfmachergesinnung zur österreichischen Staatsmaxime erhoben; also wird es wohl zulässig sein, einmal zu untersuchen, ob der österreichische Staat diese nette Regierungsmaxime erfordert und ob sie ihm frommt; ob Herr v. Bienerth, als er sich die Ausrottung der Sozialdemokratie als Lebensziel erkoren, wirklich den Lebensnotwendigkeiten Oesterreichs gehorcht hat. Diese Untersuchung kann ohne Eifer und Leidenschaft angestellt werden, denn dass die Bienertherei der Sozialdemokratie nicht geschadet hat, ist schon erwiesen worden, wogegen die Bienerth-Weisheit, dass sie dem Staat nütze, noch sehr zu beweisen wäre.

Nun ist selbstverständlich, dass wir Herrn v. Bienerth weder die alberne „Proklamation“ verübeln, mit der er den antisozialdemokratischen Feldzug eröffnet hat — das war ja wirklich nur bedrucktes Papier — noch dass die Sozialdemokratie von einer österreichischen Regierung ihre Förderung oder Unterstützung gewärtigt; die würde und müsste sie sich ernstlich verbitten. Sondern davon ist die Rede, dass die Regierung durch die ganzen Wahlen hindurch dem schamlosen Kampf unserer Feinde planmässig Vorschub geleistet hat, dass das Verhalten der staatlichen Organe auf eine bewusste Parteinahme für unsere Gegner und gegen uns hinauslief. Davon ist die Rede, dass sich die Regierung gegenüber allen Ungesetzlichkeiten der „Freiheitlichen“ blind gestellt hat, dass sie, um uns zu schaden, Recht und Gesetz beugen liess, dass sie alle Uebergriffe und Vergewaltigungen geduldet, an ihnen durch die staatlichen Organe geradezu mitgewirkt hat, dass sie mit einem Worte in dem Wahlkampf als eine absolute Parteiregierung auftrat und waltete. Selbstverständlich können in Oesterreich nicht gerade ungarische Wahlen gemacht werden; „machen“ kann die Regierung in Oesterreich die Wahlen nur hinter den Kulissen. Aber daran, an dem heissen Bemühen der Regierung, unseren Gegnern, wo immer und wie immer sie es konnte, zu helfen, uns, soweit es ihr erreichbar war, zu schaden, hat es Bienerth wahrlich nicht fehlen lassen. Man kann es natürlich nicht beweisen, aber dafür, dass der Wahlfonds der antisozialdemokratischen Liga, der christlichsozialen so gut wie der freiheitlichen, mit Regierungsgeld gespeist wurde, sprechen hundert Anzeichen. Obwohl über den schamlosen Missbrauch der autonomen Behörden, die durch den ganzen freiheitlichen Wahlkampf als reine Agitationsbureaus fungierten, Tag um Tag neues Material vorgelegt ward, hat die



Regierung jedes Einschreiten unterlassen. Auf unsere Flugblattverteiler hat man die Gendarmen gehetzt. Der betrügerische Unfug, dass den Wählern von den sauberen Gemeindevorstehern ausgefüllte Stimmzettel (ausgefüllt natürlich mit dem Namen des „freiheitlichen“ Kandidaten) zugeschickt wurden, ist geradezu die Regel gewesen. Von einer Anwendung des Wahlschutzgesetzes gegen die Unternehmer, die das freie Wahlrecht „ihrer“ Arbeiter vergewaltigen, ist überhaupt keine Rede mehr. Infolgedessen hat der Fabrikantenterrorismus in diesen Wahlen einen Umfang erreicht, der die Freiheit der Wahl der Arbeiter schlechthin aufhebt; die Fabrikbureaucratie hat sich aller Skrupel entledigt und springt mit den Arbeitern um, als ob es kein vielparagraphiges Gesetz zum Schutz des Wahlrechtes gäbe. Kurz, was die Regierung tun konnte, um den Gegnern zu nützen, was sie noch tun durfte, uns zu schaden, das hat sie rechtschaffen getan und von den Wahlsiegen über uns kann sie keinen geringen Anteil für sich beanspruchen. Die Sozialdemokratie heischt von der Regierung kein „Wohlwollen“, sie fordert von ihr nur die Beobachtung des Gesetzes. Aber die Regierung Bienenrth hat gegen uns alle Gehässigkeiten entfesselt, die mannigfaltigsten Gesetzbrüche zu unseren Ungunsten geduldet und verübt; also tun wir ihr kein Unrecht, wenn wir ihr nachsagen, dass sie eine Scharfmacherregierung war. Wäre das Experiment besser geglückt, so würde Herr v. Bienenrth vielleicht meinen, dass wir, wenn wir seinen heissen Wunsch nach Zurückdrängung der Sozialdemokratie feststellen, von ihm nur Rühmendes berichten.

Wäre nun Oesterreich ein normaler Staat, so wäre selbstverständlich nichts Erstaunliches daran, dass die Regierung beflissen ist, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun, sogar daran nicht, dass sie dabei in der Wahl der Mittel nicht gerade von Skrupeln geplagt wird. Denn die Einsicht von der kulturellen Notwendigkeit der Sozialdemokratie ist natürlich von keiner Regierung zu gewärtigen, und am wenigsten kann man überrascht sein, sie bei einem beschränkten Bureaucratenzopf, wie es dieser Bienenrth ist, nicht anzutreffen; und was die Skrupellosigkeit der Mittel bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie betrifft, so weiss man ja, dass der Sinn für Gesetzlichkeit bei österreichischen Regierungen niemals allzu gross war. Aber Oesterreich ist kein normaler Staat, und mit den schleissigen Redensarten, mit denen die Gehässigkeiten gegen die Arbeiterpartei ansonsten begründet werden: dass sie eine antistaatliche, antidynastische, kurz umstürzlerische Partei sei, mit der es kein Paktieren geben könne und die man nur deshalb nicht ausrotte, weil dazu die Kraft fehlt, mit der Berufung auf die Lebensnotwehr des kapitalistischen Staates, die die Zurückdrängung der Sozialdemokratie gebiete, mit jenen Argumenten, mit denen andere Staaten ihre Einsichtslosigkeit bekräftigen, ist in Oesterreich nichts auszurichten. Denn das Staatliche ist in Oesterreich nicht das Primäre, sondern das Abgeleitete; der Staat ist in Oesterreich nicht das, was jedem Zweifel entrückt ist, er ist geradezu das, was immer in Frage steht. Selbst die berufsmässigen Scharfmacher werden nicht behaupten können, dass die grösste Gefahr, die dem Staate Oesterreich drohe, die Gefahr des Wachstums der antikapitalistischen Partei sei; selbst die, die den Schrecken vor der „roten Gefahr“ berufsmässig verbreiten, werden nicht zu leugnen vermögen, dass der Staat Oesterreich, der zu jeder Zeit von wenigstens einer Nation verneint wird und der überhaupt nur vom Bettel bei den Nationen lebt — dass sie mit ihren nationalen Expansionsbedürfnissen vor den Notwendigkeiten des nationalen Staates Halt machen — dass dieser Staat in der Gegenwart im Grunde von ganz anderen Sorgen beherrscht werden sollte, als von der, der kapitalistischen Ordnung gegen die rote Flut Dämme zu bauen. Wenn Bienenrth redet, wie Bülow geredet hat, so ist es nur ein plumper Schwindel.

Ist es nun wahr, dass Bienenrth das Haus aufgelöst und den Sammelruf an das Bürgertum ausgegeben hat, um der Gefahr zu begegnen, die von dem Wachstum der Sozialdemokratie dem Staate Oesterreich drohe? Herr v. Bienenrth hat das Haus aufgelöst, um seine Mehrheit in den Neuwahlen zu vergrössern. Wir wollen den kindischen Irrtum dieser Politik ganz ausser acht lassen; dass Herr v. Bienenrth vermeint, es könnte in Oesterreich dauernd mit einer rein zahlenmässigen Mehrheit regiert werden, hat uns ja im Wesen die dreieinhalb verlorenen Jahre seines Regierens gekostet und Oesterreich ganz zwecklos die Irrungen und Wirrungen beschert, aus denen allein das „System



Bienert“ sich zusammensetzt. Aber wie wäre jene Vergrößerung zu erreichen? Einleuchtenderweise, da ja Herr v. Bienert bei seinem Block verbleiben wollte, nur auf Kosten der deutschen Sozialdemokratie, also nur dadurch, dass den Sozialdemokraten von den Bürgerlichen Mandate abgenommen werden — was ja wirklich der Bienertsche Königsgedanke war. Es ist dem engen, jedes Weitblickes entbehrenden Geiste des Herrn v. Bienert schon zuzutrauen, dass er sich über die staatlichen Folgen seiner „Sammelpolitik“ überhaupt keine Gedanken macht, wirklich nichts anderes sah und im Kopfe hatte, als dass seine „Mehrheit“ um zehn oder zwanzig Mamelucken vermehrt, der zahlenmäßige Umfang der sozialdemokratischen Opposition verringert werden könnte — als ob es bei der sozialdemokratischen Kritik, in der unsere Stärke liegt, auf Zahlen überhaupt ankäme! —; aber das würde ja nur neuerlich beweisen, dass Herrn v. Bienert zum Staatsmann alle Voraussetzungen mangeln. Trotzdem können die staatlichen Folgen der Bienerterei nicht ausbleiben und die bestehen darin, dass der internationale Gedanke, also der Gedanke, auf den die österreichische Staatlichkeit selber pocht und sich aufbauen möchte, geschwächt, zurückgedrängt, der nationalistische aber, also der die österreichische Staatlichkeit in der letzten Konsequenz verneinende, gestärkt, verschärft wird. Es ist also nicht eine peinliche Ueberraschung, nicht ein unvermutetes Ergebnis der Neuwahlen, dass der Internationalismus zurückgedrängt, also die Kraft, die, soweit es ihr möglich, auf die Ausgleichung der nationalen Gegensätze hinarbeitet, schwächer geworden ist, dass dagegen die nationalistischen Tendenzen, die den Ausgleich der nationalen Differenzen hindern, stärker geworden sind: sondern dieses Resultat seiner Politik hat Herr v. Bienert selbst gewollt, daraufhin war seine Absicht gerichtet, das war das Ziel seiner Sammelpolitik, der Inhalt seines Wahlkampfes. Die täuscherischen Redensarten weggeräumt, mit denen Herr v. Bienert seine nationalistische Politik zu verkleiden sucht, hat er in Wahrheit an die deutschen Wähler folgenden Anruf gerichtet: Wählt keine Sozialdemokraten! Wählt sie deshalb nicht, weil sie international sind, weil sie es noch immer nicht aufgeben wollen, dem Gedanken des nationalen Friedens zu dienen, weil sie, so schwer es ihnen die Bienerterei auch machte, der Idee der friedlichen Auseinandersetzung der Nationen noch immer anhängen, weil sie sich, allen Verlockungen zum Trotz, dazu nicht bequemen wollen, Nationalisten und Chauvinisten zu werden! Wählt nicht die internationalen Sozialdemokraten, rief Herr v. Bienert den deutschen Wählern zu, wählt vielmehr Nationalisten, wählt nur Abgeordnete, die auf dem Boden des nationalen Kampfes stehen, ihn nicht einstellen, ihn aufzustacheln beflissen sind; wählt nur blindwütige Chauvinisten! Es wäre vollkommen falsch, über Herrn Bienert zu spotten, dass er ausgezogen sei, den nationalen Frieden zu fördern und den nationalen Streit geerntet habe; ihm gebührt schon der volle Ruhm, dass seine Absicht mit dem Ergebnis durchaus übereinstimmt. Wohl haben die Wiener Wahlen durch die Bienertsche Rechnung einen Strich und einen recht dicken gemacht, und ihren Ausgang wird Bienert natürlich als einen unliebsamen Zwischenfall buchen, unliebsam schon deshalb, weil er ihn, wie man nun weiss, den Kopf gekostet hat. Aber daran, dass aus dem übrigen Oesterreich anstatt zwanzig national besonnener Männer ebenso viele besinnungslose Chauvinisten nach Wien kommen, dass dort die Partei des nationalen Friedens eine empfindliche Schwächung, der der nationalen Auseinandersetzung vom Grunde aus abholde Chauvinismus — denn die Fortdauer des nationalen Streites ist ja sein alleiniger Nährboden — eine erhebliche Stärkung erfahren hat, davon wird Herr v. Bienert natürlich ausserordentlich entzückt sein. Denn wenn es gelungen ist, die Stützpunkte des nationalen Friedens zu demolieren und die Brennpunkte des nationalen Kampfes zu vermehren, so ist nur das geschehen, was Bienert beabsichtigt hat. Nicht für den Staat, für den Chauvinismus gegen den Staat wirbt Bienert.

Herr v. Bienert lässt uns jetzt von seinen journalistischen Kulis ohne Unterlass verspotten, dass die „angeblich völkerversöhnende internationale Partei gegenüber dem nationalen Problem gänzlich versagt hat“, und die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem internationalen Verband im Abgeordnetenhaus nicht mehr kommen werde, scheint ihn mit wahrer Begeisterung zu erfüllen. Nun sind wir Sozialdemokraten selbstverständlich nicht deshalb international, weil dieses angenehme Vaterland eine internationale Partei



braucht; die Notwendigkeiten dieses Staates, der nur von Opfern leben kann, stehen in unseren Erwägungen natürlich an letzter Stelle. Aber da sich Herr v. Bienert über unser „Versagen“ unausgesetzt lustig macht, statt darüber zu weinen, so möchten wir diese erstaunlichen Staatslenker einmal fragen, wie sie sich die versöhnungstiftende Tätigkeit der Sozialdemokratie denn eigentlich vorgestellt haben. Waren sie der Meinung, das allgemeine Wahlrecht und die Existenz einer grossen sozialdemokratischen Partei werde die nationale Frage wegblasen und die zahllosen nationalen Streitigkeiten beseitigen, so haben sie nur ihre Einfältigkeit bekundet; hatten sie geglaubt, die Sozialdemokratie werde, weil sie eine internationale Partei ist, eine gesicherte Heimstätte des schwarzgelben Oesterreichertums werden, sich etwa als Sturmbock gegen die Kräfte verwenden lassen, die aus der nationalen Verschiedenheit mit Naturnotwendigkeit hervorgehen, so haben sie nur bewiesen, dass ihre Kenntnis von der Sozialdemokratie ebenso mangelhaft ist wie ihre Einsicht in die Gedanken unserer Internationalität. Unsere Internationalität bezweckt weder ein Einschlafen des nationalen Geistes, noch verlangt ihr nach dem nations- und geschlechtslosen Mischmasch, den man „Oesterreichertum“ benennt; mit all dem haben wir nichts zu schaffen. Dennoch ist die staatliche Funktion der internationalen Sozialdemokratie (wenn wir es, obwohl es unser revolutionäres Gefühl nur tief schmerzen muss, dass wir uns dieser Funktion nicht zu entschlagen vermögen, so bezeichnen dürfen) unverkennbar und ein österreichischer Ministerpräsident, bei dem man noch andere Sorgen erwarten müsste als die um die Zusammenaddierung einer „Majorität“, der darüber in Entzücken gerät, dass nun auch die Sozialdemokratie „unfähig“ erscheine, den internationalen Gedanken zu bewahren, der verdient schon in das Kabinett der österreichischen Monstrositäten eingereiht zu werden. Die Bedeutung der Sozialdemokratie für den Staat Oesterreich liegt nun darin, dass sie, indem sie eine nationale Partei ist, auch eine internationale bleibt, dass sie in der Sorge um die Erhaltung und Ausreifung aller Entwicklungskräfte der eigenen Nation keines berechtigten Anspruches der anderen Nationen vergisst; dass sie, mit anderen Worten, der Ueberzeugung ist, dass die Vorwärtsentwicklung des eigenen Proletariats im höchsten Masse auch die der Arbeiterklasse aller anderen Nationen bedingt. Diesen fruchtbaren Gedanken zu bewahren und ihn vor Verdunkelungen und Beeinträchtigungen zu schützen, war und ist natürlich keine leichte Aufgabe, zumal es in den letzten Zeiten an der vollen Bewahrung in anderen Nationen betrüblich gefehlt hat. Dennoch erscheint diese Auffassung als die alleinige Auffassung, die geeignet ist, die nationalen Streitfragen wenigstens allmählich der Lösung zuzuführen. Was soll man aber zu einem Minister sagen, der auf der einen Seite den Wählern die Sozialdemokratie als zu wenig national denunziert (denn schon Bienert's berühmte Wahllüge, dass der Sozialdemokratische Verband die slawische Obstruktion unterstützt habe, ist jene Denunziation), auf der anderen Seite aber pharisäisch darüber klagt, dass die Sozialdemokratie „nicht einmal aus den eigenen Reihen den nationalen Geist hinwegzuschaffen vermocht hat“; was soll man zu einem Staatsmann sagen, der sich über unseren nationalen Geist beschwert, die nationalistische Verbohrtheit seiner Myrmidonen aber als die höchste Tugend preist?

Unsere ausländischen Freunde haben sich darüber nicht selten verwundert, uns um die Konsolidierung des Staates so angestrengt bemüht zu sehen, und wollten den Widerspruch nicht begreifen, dass wir, die revolutionäre Partei, deren Ziel die Niederwerfung der kapitalistischen Ordnung ist, so lebhaft besorgt erscheinen, den Staat, der doch von dieser Ordnung ein Ausdruck ist, zu festigen und zu kräftigen. Der Widerspruch ist freilich nur scheinbar: weil der Zerfall Oesterreichs an der gesellschaftlichen Struktur nichts zu ändern vermöchte und weil die Ersetzung der kapitalistischen Ordnung ihre Entwicklung und Ausreifung zur Voraussetzung hat, wir also, um das kapitalistische Oesterreich zu überwinden, vor allem die seine Entwicklung hindernden Tendenzen, eben die nationalen Wirren, beseitigen müssen. Wir bleiben also nur im Rahmen unserer geschichtlichen Mission und ihr treu, wenn wir die Entwicklung des Staates zu beschleunigen suchen, wenn wir ihm helfen, die zentrifugalen Kräfte zu überwinden — nicht minder unseren nationalen Pflichten treu, weil der nationale Fortschritt gar nicht mehr im Kampfe der Nationen, sondern nur mit ihrer gesammelten



Kraft zu erzielen ist. Wir haben selbst den Verdacht nicht gescheut, als eine österreichische Staatspartei zu erscheinen, und dazu hat schon beinahe Heroismus gehört: denn mit dem Patriotenvolk verwechselt zu werden, das hierzulande für Thron und Altar wirkt, ist eine Möglichkeit, der jeder aufrechte Mann in weitem Bogen aus dem Wege gehen wird. Aber nun vergleiche man mit diesem Widerspruch den Widerspruch, den Herr v. Bienenrth der österreichischen Welt offenbart. Ein Ministerpräsident, der den nationalen Frieden dadurch fördern will, dass er die Wähler zum Chauvinismus bekehrt, der glücklich wäre und darin seine höchste Befriedigung fände, wenn es in Oesterreich Internationale überhaupt nicht mehr gäbe und die Chauvinisten das ganze Feld beherrschten! Ein Ministerpräsident, der den nationalen Ausgleich dadurch vorbereitet, dass er die Träger der Ausgleichsidee erschlagen lässt! Wie arg muss die Begriffsverwirrung gediehen sein, wenn man diesen Bienenrth, diesen Propagator des nationalen Kampfes, als Wegbereiter des nationalen Friedens ausgeben konnte!

Wenn wir sagen, dass Herr v. Bienenrth die Sozialdemokratie „erschlagen lässt“, so ist das natürlich nur bildlich zu nehmen; wir wissen schon, dass die Sozialistenfresserei des Herrn v. Bienenrth nur ein ärmliches Plagiat ist, werden also der Geschmacklosigkeit nicht verfallen, die „Gefahren“, die unserer Partei von ihm drohen, etwa zu übertreiben. Er hat, wie das Exempel der Neuwahlen dartut, „noch keinen gefressen“, und schon der Versuch eines Feldzuges wider uns ist schmäählich verunglückt. Aber da es doch Leute gibt, und ihrer mehr als man glaubt, die es Herrn v. Bienenrth als ein Verdienst nachrühmen werden, dass es ihm gelungen sei, die sozialistische Hydra um zwanzig Köpfe zu kürzen, so musste der Tiefsinn dieser Politik einmal entschleiert werden. Die Sozialistenhatz ist überall verächtlich und kulturwidrig, in Oesterreich ist sie überdies dumm.

---

## Karl Renner: Der Bankerott des Kleinbürgersozialismus

Politische Windstille vor dem Sturm — so erschien uns vor einigen Monaten das politische Leben in Oesterreich\*. Ein lähmender Gleichgewichtszustand drückte auf uns und gab dem Regime Bienenrth den Charakter der Unerschütterlichkeit. Aber unter der Oberfläche der Tagespolitik, im wirtschaftlichen Unterbau der Gesellschaft, konnten wir auf bedeutsame Neugestaltungen hinweisen, die wir auf die Umschichtung aller Klassen zurückführten. In dem letzten Jahrzehnt sind Bürger und Bauern in Oesterreich ökonomisch anders geworden. Der siegreich vordringende Kapitalismus hat Oesterreich endgültig industrialisiert und selbst die Landwirtschaft seinen Wirtschaftsgrundsätzen unterworfen; in dem Spiegel des allgemeinen Wahlrechts, im Wettkampf aller Klassen um den Einfluss auf den Staat, haben die bürgerlichen Klassen sich selbst erkennen gelernt und die überlieferten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Vorstellungen, die im christlichen Sozialismus programmatisch festgelegt waren, allmählich überwunden. Die ökonomische Umschichtung der Klassen müsse so folgerten wir, früher oder später eine politische Umwälzung des Parteiensystems zur Folge haben. Es fehlte nur der äussere Anstoss. So bald dieser eingetreten, weiche die Windstille wieder dem Sturm.

Wie ein ahnungsloses Kind, das lächelnd mit einem blinkenden Taster spielt und eine furchtbare Explosion hervorruft, hat Bienenrth durch die Parlamentsauflösung den Sturm entfesselt. Die Neuwahlen sollten nach Bienenrths Annahme nur ein klein wenig ändern, das Parteiensystem des Parlaments sollte qualitativ dasselbe bleiben, nur sollten die Nationalen und Christlichsozialen quantitativ ein paar Mandate den Sozialdemokraten abgewinnen und Bienenrths alte Mehrheit stärken. Also ein Rechenexempel, das ein Volksschüler lösen kann, das war die politische Weisheit dieser Neuwahlen. Aber

\* Siehe „Kampf“, 4. Jahrgang, Heft 5.



leider hat Bienenrth die Grundregel des politischen Philisters ausseracht gelassen, die da lautet: es kommt immer anders als man gemeint hat. Es ist anders gekommen: die Wahlen haben die Rechenmaschine der politischen ABC-Schützen, die da ein paar schwarze und blaue Kügelchen hinzugeben und ein paar rote wegnehmen wollten, grausam zerstört und anstatt des gelungenen Rechenexempels die gewaltige Katastrophe der grössten Partei, der eigentlichen österreichischen und habsburgischen Staatspartei ergeben! Und wie angedonnert standen Bienenrth und seine Bewunderer da und begriffen zum erstenmal im Leben, dass es sonderbarerweise in der Politik doch nicht so einfach sei — wie bei der Aepfelrau!

Der grösste Stolz der österreichischen Reaktion, ihre kühnste Eroberung dreier Jahrzehnte, die römisch-klerikale dynastische Partei der Reichshauptstadt, die „Reichspartei“ geköpft und zerschlagen! Man erzählt von einem römischen Kaiser, der nach der Vernichtung seiner Kerntruppen in Verzweiflung seine Kleider zerrissen und gerufen habe: Varus, gib mir meine Legionen wieder! So mögen wohl die Herren der Kamarilla am 20. Juni gejamert haben: Bienenrth, Bienenrth, wo hast du unsere Barrierestöcke?! Allein, die Klage ruft die Toten nicht zurück.

Der Unverstand der Herrschenden ist indessen nicht zu bedauern, sondern eher zu begrüssen: Wirkt er doch als Beschleuniger der Entwicklung, indem er das, was sonst langsam faulte und fiele, rasch stösst und stürzt. Und so hat Bienenrth das grosse historische Verdienst, eine tragende Säule des österreichischen Staates, der Regierung und der Dynastie eingerissen zu haben: den christkatholischen Kleinbürgersozialismus. Dessen Zusammenbruch ist für die Arbeiterklasse von höchster Bedeutung.

Als der grosse Krach des Jahres 1873 die österreichische Gesellschaft mit Schrecken erfüllte, erhob sich in ihr ein mächtiger Widerstand gegen den Kapitalismus und Liberalismus, gegen das „Manchestertum“. Gegen das herrschende Grossbürgertum erstand die Rebellion der Kleinbürger. Die Hofkreise, der Adel, die Bureaukratie und die Hierarchie nährten diese Rebellion und Vogelsang und die Seinen gaben ihr die Ideologie des „christlichen Sozialismus“.

Beinahe vierzig Jahre hat diese Ideologie auf die bürgerliche Welt Oesterreichs gewirkt; wir können heute mit historischer Ruhe auf ihre Wirksamkeit zurückblicken. Unwahrhaft und ungerecht ist es, in ihr, nach Art der „Neuen Freien Presse“, bloss die Kulturschande des Antisemitismus zu sehen, falsch ist es, diese Bewegung als nichts anderes zu beurteilen, denn als römischen Klerikalismus oder Ultramontanismus, lächerlich geradezu wäre es, sie als politische Reaktion schlechtweg zu bezeichnen, da sie ja den ganzen Sumpf der politischen Indolenz des Mittelstandes aufgerührt und zur Demokratisierung Oesterreichs mehr beigetragen hat als jemals der Liberalismus, auch in seinen besten Zeiten — man denke nur an die Wahlreform. Diese Schlagwörter treffen je eine wichtige Begleiterscheinung des christlichen Sozialismus und haben also ihre begrenzte Berechtigung, aber sie treffen nicht den Kern dieser Bewegung, geschweige sie erschöpfend zu charakterisieren.

Dieser Kleinbürgersozialismus ist zugleich Antisemitismus und Verjudung des Volksgeistes, zugleich Klerikalismus und Gefährdung der kirchlichen Hierarchie (man denke an die Tiroler Altkonservativen) — die Los von Rom-Bewegung ist ja nur ein anderer Ast auf demselben Zweig der Kleinbürgerpolitik — er ist zugleich Reaktion und Rebellion, Demokratie und doch zugleich die schlimmste Gefährdung der Demokratie, er ist der fleischgewordene Widerspruch aller politischen Methoden und dennoch eine im Grunde sehr einfache Sache:

Die historisch überlieferten „Stände“ geraten bei uns in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in das zersetzende Feuer der kapitalistischen Entwicklung und widerstreben ihrer Auflösung und Umbildung im Namen der anderthalbtausendjährigen christlichen Gesellschaftsordnung. Diese Gesellschaftsordnung mit ihren tausendfachen Bindungen erscheint gegenüber der Anarchie des Kapitalismus als soziale Ordnung, somit als Sozialismus.

Heute, wo diese Umbildung vollzogen ist, lässt sie sich schlagend veranschaulichen:



Im Jahre 1860 war der Grossgrundbesitzer noch Standesherr, sein Wirtschaftsbetrieb rangierte neben seinem Adel, neben seiner Stellung im Staat und Landtag in zweiter Linie. „Ein Windischgraetz macht keine Geschäfte“, hiess es damals. Der bürgerliche Grossgrundbesitzer galt als Eindringling, die feudale Politik war „grosse“ Staatspolitik (Zentralismus, Föderalismus u. s. w.) — heute ist Dr. Schreiner neben dem Fürsten Auersperg der als gleichberechtigte „Agrarier“ — Vieh- und Fruchtpreise sind der Inhalt ihrer Politik. Sie stehen fest und ganz auf der Basis dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung und repräsentieren nichts als die nationalökonomische Kategorie „Grundrente“, alle anderen Dinge sind ihnen Hekuba!

Früher stand der „Bauer“ als Untertan tief unter ihnen, heute ist er als „Grundbesitzer“ umschmeichelter agrarischer Bundesbruder. 1860 war der Bauer, wenigstens in seiner Einbildung, noch König auf seiner Scholle, der in erster Linie für den Eigenbedarf wirtschaftete. Sein Hof war sein Reich. Bauernfideikomnisse für die Grossen, erbliche Heimstätten für die Kleinen sollten diese Zwergreiche in den Zwergdynastien erblich machen. wie den Gutsbesitz in den Adelsfamilien Kredit nehmen hiess damals Schulden machen, Kreditgeben Wucher, Kauf und Verkauf Schacher. 1911 aber sind diese Art Bauern Marktlieferanten, ihr Reich von ehemals ist aufgelöst in walzende Parzellen, mit denen man schachert und der Gottessegens der Ernte von früher ist heute Ware, mit der man wuchert. Bewusst, ja mit leidenschaftlicher Freude stehen die agrarischen Grossbauern auf dem Boden des kapitalistischen Schachers und Wuchers.

Der Bürger der Städte aber war vor Jahrzehnten Handwerksmeister im eigenen Hause, wenn schon nicht König in seinem Reiche, so doch selbständiger, unabhängiger Gebieter seiner Gesellen und Versorger seiner individuell gekannten Kunden, durch ererbtes Handwerk und Vermögen sein eigener Herr. Heute aber scheidet sich das Bürgertum in alle Grade grösster, mittlerer und kleiner „Unternehmer“, die auf der einen Seite einer gespenstischen Allgemeinheit von Abnehmern, dem Warenmarkt ausgeliefert sind und auf der anderen Seite vom Arbeitsmarkt jeweils die nötige Anzahl „Hände“ beziehen. Der Bürger von ehemals ist nicht mehr patriarchalischer Machthaber, sondern simpler Warenlieferant und noch simplerer Arbeitgeber, blosser Profitmacher, aber das aus voller Leidenschaft kapitalistischer Instinkte.

Die kapitalistischen Schichten haben die Eierschalen ihrer ständischen Herkunft abgestreift, die alten Gesellschaftsformen haben ihre Romantik abgestreift, der Kapitalismus seine Schrecken. Die Methoden des „jüdischen“ Schachers und Wuchers sind die Normalmethoden des christlichen Herrenvolkes geworden. Der Kapitalismus atomisiert auch nicht mehr, er organisiert; das Unternehmertum hat sich für den Warenmarkt in Kartelle, für den Arbeitsmarkt in Arbeitgeberverbände organisiert. Welche Armeligkeit stellt der alte Zunftmeister dar gegen ein modernes Kartellmitglied, welche Herrengewalt verleiht der Arbeitgeberverband im Vergleich zur Zunft!

Der christliche Sozialismus drückt das ohnmächtige Sichsträuben des kleinen Mannes gegen den Kapitalismus aus, solange dieser neu ist, das vergebliche Widerstreben der ehemals Selbständigen, der eigenherrlichen Existenzen gegen ihre Einreihung in den Waren- und Arbeitsmarkt, gegen ihre Umprägung in die bloss ökonomische Kategorie Profit und Rente. Sobald die Markt-, Geld- und Kreditwirtschaft als allgemein geltende Tatsache sich durchgesetzt und das bürgerliche Bewusstsein durchdrungen hat, wird er sinnlos. Damit hat die christlichsoziale Heilslehre von ehemals so absolut ausgespielt, dass sie seit einem Jahrzehnt nicht einmal mehr in der Agitation eine Rolle gespielt hat, dass der Versuch Weiskirchners, in den Stichwahlnöten noch einmal die alten Akkorde vom mobilen Kapital anzuschlagen, wirkungslos blieb. Die Uebergangsepoche ist abgeschlossen — der Landwirt ist Agrarkapitalist, der Gewerbsmann Industriekapitalist, jeder bewusst und entschlossen es zu sein. Alle jene aber, die in dieser Uebergangszeit unter den Hammer gekommen, alle die im Sturm der Konkurrenz zu Zwergwirten verkümmert sind, sind Proletarier geworden, bewusste und entschlossene Proletarier. Aus dem Konkurs des christlichen Sozialismus gehen drei Klassen hervor: Industrielle, Agrarier und Proletarier. Für uns als Partei gilt es, die Adepten des kleinbürgerlichen Sozialismus, welche den arbeitenden Schichten angehören, ob des Irrtums nicht zu verspotten, sondern über den notwendigen Zusammenbruch ihrer Ideologie zu belehren und zum wahren Sozialismus herüberzuführen.



Dass dieser historische Irrtum zum Schluss in allgemeinem Spott und Gelächter zugrunde gehen musste, ist nicht verwunderlich. Vor 20 Jahren begriff das jeder, wenn der Bürger dem Bauersmann seinen Hof, der Bauer dafür dem Bürger sein Gewerbe als Lebensnahrung und Basis der Familie garantieren, wenn der Handwerker im Gesellen den künftigen Meister, der Bauer den Tagelöhner zum Landwirt erziehen wollte. Es war damals schon ein Irrtum, aber ein eben noch möglicher. Heute aber, in der entwickelten Konkurrenz aller gegen alle, bricht der Streit los. Heute hasst der christliche Bürger den ebenso christlichen Kunschak, beschimpft Kunschak den engherzigen Bürger, heute flucht der christliche Bürger und Arbeiter über den ebenso christlichen Bauern, der in die Stadt übergreift, um ihr die Preise zu diktieren. Nicht wegen der Kleinheit und Schlechtigkeit der Führer endigt diese Bewegung in gegenseitigem Krakeel, der unausweichliche Krakeel hat sich seine Leute erzogen. Gerade diejenigen, welche am ehrlichsten geglaubt haben, die Idealisten, sind die verbissensten Krakeeler, die jeden anderen des Verrates an der Idee beschuldigen. Die Weltkinder der Bewegung, die schon längst hinter das Geheimnis der tauben Nuss gekommen sind, haben natürlich als geborene Zyniker sofort mit beiden Händen zugegriffen, um ihr Schäflein ins Trockene zu bringen, bevor das Schiff untergehe. Sie haben zum Krakeel den Skandal hinzugefügt. Aber nicht die Schlechtigkeit der Führer hat die schuldlose Partei vernichtet, die Nichtigkeit dieser Parteibildung hat die Korruption erzeugt.

Wir Sozialdemokraten haben schon im Anbeginn der Bewegung ihr das Horoskop gestellt, dass sie wie alle Kleinbürgerei in der Politik ausgehen werde gleich dem Hornberger Schiessen. Verwunderlich ist nur, dass sie bei uns zu solcher Macht gelangen konnte, da sie sonst überall nicht über kleine Anfänge hinausgekommen ist (Stöcker, Boulanger u. s. w.). Es gibt Leute, welche diesen Aufstieg der überragenden Persönlichkeit Luegers zuschreiben. Es wird kein Jahrzehnt mehr dauern und die Welt wird Lueger so einschätzen, wie er es verdient. Vereinfacht wurde dieser staunenerregende Aufstieg durch den Fünfguldenzensus, der durch ein halbes Menschenalter die Politik geradezu dem Kleinbürger auslieferte. Durch die Mauer des Zensus dem Proletariat unangreifbar, infolge des Handelskammern- und Grossgrundbesitzerprivilegs von diesen Kreisen nicht beirrt, lebte und tobte sich der kleine Mann bei uns nach Herzenslust aus und ward in der christlichsozialen Partei der Beherrscher des Staates. Unter dem allgemeinen Wahlrecht mitten hineingestossen zwischen Grosskapital und Proletariat und in Gefahr, politisch wie zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden, schrie er entrüstet über den Verrat am Handwerk auf und schlug wie toll und grotesker denn ein Hanswurst um sich. So kam die Partei zum Schluss auf ihres Wesens Kern, auf den Heiliger.

Und dennoch gab es eine Möglichkeit, die Partei aus dem Wirrsal widerstreitender Interessen herauszuführen und neu zu gestalten. Wäre Lueger wirklich ein Staatsmann gewesen, oder hätte Liechtenstein oder Gessmann oder irgend einer der Epigonen politisches Ingenium, kraftvolle Persönlichkeit und politischen Ernst besessen, so hätte er aus den verwirrten Massen die Partei der konservativen Demokratie geschaffen, die in unserem Parteiensystem, in unserem Staate fehlt. Einen Anlauf hiezu nahmen die Christlichsozialen unter Beck, wie denn überhaupt dieser Staatsmann die konservative Demokratie in Wort und Tat überaus prächtig darstellte. Sein Regime breitete auch vielen Glanz gerade über diese Partei. Hätte sie seine Reden zu ihrem Programm gemacht und nach ihnen gehandelt, hätte sie sich seiner Führung anvertraut, vielleicht stünde es heute um sie anders. Aber ihre Führer waren zu klein, Beck nur zu begreifen, sie selbst waren es ja, die Beck stürzten und Bienerth einführten — die Entwicklung gab ihnen die rechte Strafe, indem sie Bienerth zu ihrem Totengräber machte. Statt dieses Ausweges wählten sie vielerlei Abwege: Als konservative österreichische Partei mussten sie sich national zurückhaltend und transigent verhalten, durften sie dem Nationalismus keine Konzessionen machen — aber sie liefen dem Deutschen Nationalverband nach, liefen mit ihm um die Wette, um doch zum Schlusse von ihm treulos verlassen zu werden. Als konservative Partei mussten sie die Sozialreform ernst nehmen — denn es ist eine Grundregel des Konservatismus, die Bismarck meisterhaft gehandhabt hat, den Bourgeois in ständiger Furcht vor dem roten Gespenst zu erhalten und ihm dadurch Sozialreformen abzunötigen, welche den Anhang der konservativen



Parteien in den Massen erhalten. Niemals durften sie ein Ministerium der reinen Staatsnotwendigkeiten wie Bienenrath dulden, das den Massen keine Konzession macht. Denn solche Ministerien reiben die Parteien auf, auf die sie sich stützen. All das begriffen sie nicht, denn sie waren staats-, national- und sozialpolitisch völlig ideenlos. Sie gaben sich Gessmann zum Führer — sie machten dadurch den unermüdlichsten, geschicktesten Quartiermeister zum Feldherrn, wahrscheinlich nur, weil sie keinen Feldherrn hatten.

Es scheint vielleicht verwunderlich, dass jene altkonservativen Kreise, die früher einmal Oesterreich regiert haben, ihnen keine politischen Talente beistellten. Und jene Konservativen besaßen immer Talente. Um nichts aber ist es heute jammervoller bestellt als um diese Kreise. Die Feudalherren, die Kirchenfürsten, die hohen Bürokraten — das gab vor Jahrzehnten ein reiches Reservoir von Staatsmännern. Von Leo Thun und Rauscher bis zu Schönborn und Steinbach zählen wir viele bedeutende konservative Begabungen. Aber heute? Diese Herren, welche da den obersten Staatswillen auf Schleichwegen beeinflussen, haben heute nicht mehr die Dynastie, das Reich, die Staatsgewalt im Herzen: Sind sie Grundherren, so denken sie in erster Linie an Vieh- und Kornpreise; sind sie Kirchenfürsten, so denken sie an den Kirchenstaat und die Kongrua; sind sie Bürokraten, so denken sie an ihre parlamentarischen Protektoren oder spekulieren auf Gouverneursposten. Die wenigen hohen Talente, die uns aus früheren reichlicher bedachten Zeiten überkommen sind, treten das Pflaster, nachdem sie abgenützt worden. Was da heranwächst und sich breit macht, was sich da insbesondere im Herrenhaus staatsmännisch zu spreizen anhebt, ist politische Unzulänglichkeit untersten Grades. Wäre es denn sonst denkbar, dass ein Bienenrath (mitsamt seinem Einbläser Aehrenthal) im Herrenhause politische Lorbeeren pflückt, ein Mann, der es verstanden hat, Wolf und Klopac zu den zwei Angelpunkten zu machen, um die sich Oesterreichs Politik dreht!

Indessen, die Fehler jener Kreise sind unsere Gelegenheiten, sie dienen uns mehr als es politische Tugenden vermöchten. Wir sind Bienenrath ernsthaft gram, weil er an der abermaligen Vereitelung der Altersversicherung schuld trägt. Aber in der Torheit dieser Reichsratsauflösung liegt die versöhnende Nebenwirkung, dass sie uns in wenigen Tagen den angefaulten Körper der christlichsozialen Partei aus den Städten weggeräumt hat, wozu wir normalerweise sehr viele Jahre gebraucht hätten. Ein neuer Kampf setzt ein, der Kampf mit den Erben. Von nun ab sind die sogenannten Deutschnationalen die gebietende Partei des Parlaments, als Sieger ziehen sie in das Haus ein, in ihre Hände ist das Schicksal des Parlaments und der deutschen Nation in Oesterreich gelegt. Vier Jahre waren wir an das Marterholz des Volkshauses geheftet: Brutale Klassenwahlen haben uns jeder Verantwortung entbunden, mögen denn die Triumpatoren aus Böhmen zeigen, was sie können. Die eine hohle Ideologie, die des christlichen Sozialismus, ist zerstört, nun kommt die zweite, hohlere an die Reihe, die Ideologie des nationalen Radikalismus. Das gibt neuen frischfröhlichen Kampf, wir treten ihn an mit der Zuversicht, die uns Sozialdemokraten am allerstärksten aus Niederlagen erwächst. Wie oft hat uns Lueger in Wien von 1896 an besiegt, wie oft und wie gründlich! Und heute? Was anderen eine verlorene Schlacht scheint, war uns allezeit nur eine strenge Kampfschule und das Beispiel der Triumphe und des Sturzes der Christlichsozialen beruhigt uns sehr. Wir wissen, wie rasch wir ausgelernt sind. Auch die Sieger von heute werden bald ihren Meister an uns finden!

---

## Josef Seliger: Was lehren die Wahlen in Deutschböhmen?

Es kann und soll nicht geleugnet werden: wir haben bei den letzten Reichsratswahlen in Deutschböhmen schmerzhafteste Verluste erlitten. Im Jahre 1907 hatten wir im ersten Treffen schon zwölf Mandate, also allein mehr als alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen erobert und bei den Stichwahlen fielen uns weitere vier Mandate zu, so dass wir von den fünfundfünfzig Mandaten Deutschböhmens sechzehn dem Besitz-



stand der Partei einverleiben konnten. Diesmal behaupteten wir von den in der Hauptwahl 1907 gewonnenen zwölf Mandaten nur acht, zwei davon verloren wir schon in der Hauptwahl, die weiteren zwei in der Stichwahl und von den im Jahre 1907 in der Stichwahl eroberten vier Mandaten konnten wir überhaupt keines behaupten. So haben wir von dem Besitzstand an Mandaten nur die Hälfte behaupten können. Neu erobert wurde nur das Ascher Mandat in der Stichwahl und zwar dadurch, dass es den schönerianischen Unternehmern diesmal nicht gelang, die Arbeiter, die sie in der Hauptwahl noch für den alldeutschen Kandidaten zur Wahl gepresst hatten, auch dem deutschradikalen Kandidaten zuzutreiben. Das Ascher Mandat ist nicht mit alldeutschen bürgerlichen Stimmen, sondern mit den Stimmen der Arbeiter gewonnen worden, die sich diesmal mit Erfolg gegen den Terrorismus der Unternehmer auflehnten, die sie zwingen wollten, einem der gehässigsten und hinterhältigsten Feinde der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen.

Zwei von den verlorenen Mandaten, und zwar Gablonz-Stadt und Bodenbachtetschen-Stadt, brauchen wir deshalb nicht auf das Konto der schmerzhaften Verluste zu buchen, weil uns diese beiden Mandate bei den Wahlen im Jahre 1907 nur infolge innerer Zerwürfnisse des Bürgertums in diesen beiden Bezirken zugefallen sind. Dort befanden sich die Deutschradikalen und Deutschfortschrittlichen aus lokalen Gründen in einer so heftigen Fehde, dass sie bei den Stichwahlen nicht miteinander gehen konnten. Die Arbeiterschaft in diesen beiden Bezirken ist aber weder zahlenmässig noch organisatorisch so stark, dass sie das Feld hätte durch eigene Kraft behaupten können. Und so musste man darauf gefasst sein, diese beiden Mandate dann zu verlieren, wenn die beiden feindlichen Brüder die Streitaxt wieder begraben und sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Sozialdemokraten einigen würden. Das ist, wie vorauszusehen war, diesmal auch eingetreten und so braucht der Verlust dieser beiden Mandate vom Standpunkt des politischen Machtbesitzes nicht so hoch bewertet zu werden, wie der Verlust der anderen Mandate. Allerdings: dass der Arbeiterschaft Oesterreichs zwei so pflichteifrige und tüchtige Vertreter genommen und durch kapitalistische, beziehungsweise agrarische Interessenvertreter ersetzt wurden, ist für uns noch immer schmerzhaft genug.

Scheiden wir diese beiden besonderen Fälle aus, so bleibt noch immer die bittere Tatsache, dass wir sechs Bezirke verloren haben, in denen die Arbeiterschaft, wenn sie geschlossen vorgeht, stark genug ist, ihren Besitzstand zu behaupten und dass wir ferner, was das Schmerzhafte ist, in einigen Gebieten Deutschböhmens, und zwar gerade in den industriell am stärksten vorgeschrittenen, anstatt Stimmen zu gewinnen, Stimmenverluste zu verzeichnen haben, die natürlich unseren Gegnern Anlass gaben, in ein Jubelgeschrei über den „Rückgang der Sozialdemokratie in Deutschböhmen“ auszubrechen. Der Jubel ist freilich verfrüht und die Feinde der Arbeiterklasse, der Unternehmerklüngel und seine deutschnationalen Trossknechte, werden das schon noch praktisch erfahren müssen, aber als bezeichnende Erscheinung dieser Wahlen bleibt diese Tatsache doch bestehen und uns obliegt es nun, ihre Ursachen zu erforschen, um vorsorgen zu können, dass die Scharte ehe baldigst wieder ausgewetzt werde.

Die Verluste begannen bereits mit dem Ausfall der vorjährigen Nachwahl im Gablonzer Landgemeindenbezirk und das für uns betrübliche Ergebnis der allgemeinen Wahlen ist nur der allgemeine Effekt einer Erscheinung, die wir schon bei der Gablonzer Nachwahl wahrnehmen konnten: Was nicht niet- und nagelfest bei uns stand, war gegen uns. So war es auch jetzt wieder im allgemeinen und ausnahmslos in ganz Deutschböhmen. Um unsere Fahne hat sich geschart, was mit seinem Herzen und Hirn bei der Sozialdemokratie ist und durch keinen Terror, durch keinerlei Verleumdungen und Lügen über die Sozialdemokratie in seiner Ueberzeugung und in seinen Gefühlen wankend gemacht werden konnte. Und selbst da, wo die Organisationen der Partei eine über den allgemeinen Durchschnitt reichende Kraft erlangt haben, wird die Zahl der Sympathiewähler nur eine ganz geringe sein, die sie von dem Sprung ins feindliche Lager zurückhalten konnten. Wir können also sagen: Die Zahl der diesmaligen sozialdemokratischen Stimmen umschreibt scharf unseren Besitz an Herzen und Gehirnen erwachsener Männer in Deutschböhmen.



Aber so erfreulich es an sich ist, dass die Partei in diesem Lande über ein so grosses Heer überzeugter Kämpfer verfügt, so drückt sich in dem Umstand, dass wir bei unseren Fahnen nur erhalten konnten, was uns gehört, doch anderseits die Tatsache aus, dass unsere Werbekraft bei diesen Wahlen, zum guten Teil wenigstens, und zwar dort, wo wir an Stimmen nichts gewonnen, sondern sogar noch verloren haben, versagt hat. Und das ist der springende Punkt, an dem unsere Untersuchung einzusetzen hat.

Es wäre natürlich falsch, nach einem Grund zu suchen, der allein die Erklärung für diese Tatsache schaffen würde, es ist vielmehr eine ganze Reihe von Momenten ins Auge zu fassen, deren Zusammenwirken unsere Werbekraft gelähmt und deren Wirksamkeit nicht erst mit dem Wahlkampfe — wie eben die Gablonzer Nachwahl zeigt — begonnen hat. Wir wollen hier einige der wichtigsten Ursachen hervorheben:

Vor allem darf nicht übersehen werden, dass die Fruchtlosigkeit des ersten Parlaments des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes von unseren Gegnern gerade in Deutschböhmen mit einigem Erfolg in den politisch indifferenten Kreisen der Bevölkerung agitatorisch gegen uns ausgenützt werden konnte. Dabei kam den Gegnern wirksam der Umstand zustatten, dass neben uns auch die zeitweilig obstruierenden Parteien der Slawischen Union in der Opposition standen. „Seht, die deutschen Sozialdemokraten machen gemeinsame Sache mit den Slawen gegen die Deutschen, sie sind Verräter an der deutschen Sache“, dieses lügnerische Schlagwort, das von Wien aus von den verschiedenen „Korrespondenzen“ durch die ganze bürgerliche Provinzpresse ohne Parteiunterschied in allen Variationen seit Jahren immer und immer wieder in Umlauf gesetzt wurde, hat, das darf nicht geleugnet werden, unter denen, die kein eigenes politisches Urteil haben und von der sozialdemokratischen Presse nicht erreicht werden, immerhin seine Wirkung getan. Von denselben Quellen wurde die Provinzpresse aller Parteischattierungen fortgesetzt auch mit anderen Lügen- und Verleumdernotizen gegen die Sozialdemokratie bedient und dazu kam, dass diese Presse, von den Tagblättern angefangen bis herunter zum letzten Winkelwochenblättchen, die Arbeit der Sozialdemokraten im Parlament systematisch totgeschwiegen hat. Man wird in diesen Blättern, die Tagblätter nicht ausgenommen, in den letzten zwei, drei Jahren vergeblich nach einer sozialdemokratischen Rede, nach einem sozialdemokratischen Antrag oder Gesetzentwurf suchen. Alles wurde systematisch totgeschwiegen. Es ist dies eine Art ausserparlamentarischer Fortsetzung der Einkreisungspolitik der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie im Parlament, die dort allerdings schmählich zusammengebrochen, hier aber nicht ohne Wirkung geblieben ist. Allerdings: dass sie eine Wirkung haben konnte — und weswegen wir sie überhaupt hier erwähnen — zeigt im Grunde nur einen Mangel auf unserer Seite. Wir waren nicht stark genug, ihr erfolgreich zu begegnen. Das heisst: Wir haben mit unserer Presse nicht weit genug in diese Bevölkerungskreise eindringen können, um sie vor dem Einfluss der nationalen, liberalen und klerikalen Lügenpresse zu bewahren. Bei unserer Presse in Deutschböhmen wird also ein Hebel einzusetzen sein, um künftigen Misserfolgen vorzubeugen und neue Siege vorzubereiten. Wir müssen unsere Presse so ausgestalten, dass wir imstande sind, durch sie den innigsten Kontakt zwischen dem Leben und Wirken der Partei und jedem einzelnen aus der grossen Masse der arbeitenden Bevölkerung zu schaffen, wir müssen sorgen dafür, dass die vielen Zehntausende von Arbeitern in Deutschböhmen, die wir noch nicht in unsere Reihen eingliedern konnten, in steter Fühlung mit der Partei durch unsere Presse sind und durch sie über die Arbeit der Sozialdemokraten in- und ausserhalb des Parlaments unterrichtet werden.

Dass wir das bisher in diesem Umfang nicht konnten, ist wohl zum Teil die Ursache daran, dass von unseren Gegnern auch und nicht ohne Erfolg der Streit um die gewerkschaftliche Organisationsform gegen die deutsche Sozialdemokratie in Böhmen ausgenützt werden konnte. „Der tschechische Arbeiter ist national, er will sogar seine nationale Selbständigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation, um seiner nationalen Eigenliebe willen zerschlägt er die starke gemeinschaftliche Kampforganisation; der tschechische Arbeiter will mit dem deutschen Arbeiter nichts gemein haben, er



fühlt national, er rechnet sich und hält zur Nation, nur der deutsche Sozialdemokrat will von seiner Nation nichts wissen, ist international und verleugnet und verrät seine Nation“ — in dieser Tonart und mit zahlreichen Variationen dieses öden Sprüchleins wurde auf die indifferente Arbeiterschaft eingewirkt. Dass unsere Gegner den Gewerkschaftsstreit in dieser verlogenen Weise ausschroteten, ist nicht zu verwundern, das gehört auf das allgemeine Konto der Lügenmethode des politischen Kampfes gegen uns, aber es darf nicht die Tatsache von der Hand gewiesen werden, dass schliesslich von allen verlogenen Schlagworten dieses gerade am meisten bei den indifferents deutschen Arbeitern verfangen hat. Es wäre töricht, ableugnen zu wollen, dass gerade dieses Moment unsere Werbekraft beeinträchtigt und dazu geführt hat, einen, wenn auch im Verhältnis zu der grossen Masse der Arbeiterschaft in Deutschböhmen geringen Teil der deutschen Arbeiter von uns abzusprenge. Und so hat sich an diesem Beispiel gezeigt, dass von jedem Zwiespalt im Innern der Arbeiterbewegung nur die Feinde der Arbeiter den Nutzen haben. Freilich: von Dauer wird die Freude der Unternehmer und ihrer Trossknechte nicht sein. Sie wird nicht länger dauern, als der Streit in unseren Reihen währt, höchstens so lange, bis sich diese Arbeiter davon überzeugt haben, dass sie die Geprellten sind und das wird nicht zu lange dauern.

Aber noch ein Weiteres hat sich bei diesen Wahlen gezeigt. Niemals noch ist mit einem solchen schamlosen Terrorismus der verbündeten Unternehmer und Gemeindegewaltigen gegen uns gearbeitet worden, wie diesmal. Es ist hier nicht der Ort, die Mittel der Wahlbeeinflussung und Wahlnötigung im einzelnen aufzuzählen, das geschieht ausreichend durch unsere Tagespresse, aber ausgesprochen soll werden, dass in dieser Methode des Kampfes die deutschnationalen Unternehmer und Kommunal-machthaber in Deutschböhmen vielfach schon die christlichsozialen Terroristen in Nieder-österreich übertrumpft haben. Von Drohungen mit Entlassung aus der Arbeit, von Wohnungskündigungen angefangen bis zum gemeinen Stimmenkauf ist kein Mittel unversucht geblieben, die Arbeiter um die freie Ausübung ihres Rechtes nach ihrer Ueberzeugung zu betrügen. In einzelnen Wahlbezirken wurden die Arbeiter wie Herden zur Schlachtbank von den nationalen Beamten und Meistern — die Unternehmer selbst besorgen dieses schmutzige Geschäft ja nicht persönlich — zu den Urnen geführt. Dass dieser Terror gegenüber Arbeitern, wie wir sie zu Zehntausenden in den Tausenden der verstreuten Industriedörfer und Kleinstädte in Deutschböhmen haben, leichter verfängt als gegenüber Arbeitern in den Grossstädten, ist schon aus dem Grunde erklärlich, weil diese Arbeiter, wenn sie aus der Arbeit hinausgeworfen werden, gezwungen sind, in anderen Orten Arbeit zu suchen, also auszuwandern.

Aber am Ende verzeichnet auch die Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien diesen Terrorismus mit Erfolg gegen uns spielen lassen konnten, nur eine Schwäche bei uns. Denn haben wir genug starke und kräftige gewerkschaftliche und politische Organisationen, die den Arbeitern einen Rückhalt bietet, dann muss der Terrorismus der Unternehmer und Gemeindegewaltigen auch in den Industriedörfern und in den Kleinstädten, die sich ja noch nicht weit über das Milieu des Dorflebens erhoben haben, ebenso versagen wie anderwärts. So bieten diese Vorgänge selbst auch einen Fingerzeig für die Parteigenossen in Deutschböhmen, wo in der nächsten Zeit mit vervielfachter Kraft eingesetzt werden muss. In jedem Dorf müssen politische und gewerkschaftliche Organisationen erstehen und wo sie bereits sind, müssen sie so ausgebaut werden, dass sie zu festen Burgen werden, an denen sich auch der rücksichtsloseste Terror unserer Feinde machtlos brechen muss. Mit der Stärke unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation wächst in jedem Ort auch nicht nur das Ansehen und die Macht der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum, sondern vor allem auch gegenüber den Gemeindegewaltigen, die es dann gar nicht einmal versuchen werden, das Wahlgluck unserer Feinde durch terroristische oder betrügerische Mittel zu korrigieren.

Die praktischen Lehren, die wir für die nächste Zukunft und für unsere künftige praktische Arbeit in Deutschböhmen aus diesen Wahlen ziehen müssen, sind also die: Wir müssen unsere Presse so ausgestalten, dass wir weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung mit ihr erfassen können, als das bisher geschehen ist. Wir haben trotz alledem an 165.000 Stimmen bei diesen Wahlen wieder aufgebracht, aber die Gesamt-



aufgabe unserer deutschböhmischen Parteipresse beträgt nicht einmal ein Drittel davon, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass sie viele Abnehmer hat, die noch nicht wahlberechtigt sind. Wir müssen nicht nur unsere Wähler, die Parteigenossen sind, zu ständigen Lesern unserer Parteipresse machen, wir müssen über diesen Kreis hinaus unsere Presse in das Heer der Indifferenten, in die grosse Masse der politischen Schwarmgeister tragen, die aus der Peripherie der Arbeiterbewegung leicht entweder wieder in den politischen Indifferentismus zurückfallen oder gar eine Beute unserer und ihrer eigenen Feinde werden. Dazu müssen wir uns, soweit wir sie nicht schon durch eifrige Propagandaarbeit für die bestehende Presse gewinnen können, ein eigenes, dem politischen Auffassungsvermögen dieser Schichten angepasstes billiges Organ schaffen. Ebenso notwendig aber ist, dass wir methodisch und fortgesetzt an dem Ausbau unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation arbeiten. Dazu ist die Einrichtung von Sekretariaten in allen Bezirksorganisationen unbedingte Notwendigkeit, und wo das nicht durch die Kraft der einen Organisation allein geschehen kann, dort muss das Ziel durch das Zusammenwirken von Gewerkschaft und politischer Organisation erreicht werden. Denn das ist das unerlässliche Erfordernis für das Gedeihen der Organisationen ohne Unterschied: dass sie von einer möglichst unmittelbaren Stelle aus fortgesetzt betreut, überwacht und angeeifert werden, und dass von dieser Stelle aus die Agitation für die lokalen Organisationen methodisch, planmässig geleitet wird. Nur durch die stete Beeinflussung durch die unmittelbare Zentralstelle kann den lokalen Organisationen der Zusammenhang mit dem Ganzen und damit Leben und Kraft erhalten werden. Die Kontinuität der Anregung und Kontrolle, die Planmässigkeit und Beständigkeit der Werbearbeit sind die Elemente der Kraft und Lebendigkeit unserer Organisation. Wenn wir in Deutschböhmen diese Lehren ziehen aus dem letzten Wahlkampf und in die Tat umsetzen, dann werden wir in diesem Lande dem Proletariat eine Feste bauen, an der sich unsere Feinde vergeblich die Köpfe einrennen sollen.

---

## Otto Bauer: Zu neuen Formen

### Die Spaltung der tschechoslawischen Sozialdemokratie.

Mitten im Wahlkampf ist die tschechoslawische Sozialdemokratie gespalten worden. Am 15. Mai tagte in Brünn der konstituierende Parteitag der neuen Partei. Sie nennt sich „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei“, im Gegensatz zu der alten Partei, die sich bekanntlich „Tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ nennt. Es gibt also jetzt innerhalb der tschechischen Nation zwei Parteien, von denen jede sich allein für berufen hält, den Klassenkampf des tschechischen Proletariats gegen den kapitalistischen Klassenstaat zu organisieren und zu führen.

Diese Abspaltung eines Teiles der tschechischen Genossen von der alten „tschechoslawischen“ Partei war lange schon vorbereitet. Sie wurde herbeigeführt durch den Streit um die gewerkschaftliche Organisation. Zentralisten und Separatisten standen einander auch in der politischen Organisation als Gegner gegenüber. Die „tschechoslawische“ Partei hat nun in Mähren die Führer der Zentralisten — unter ihnen Genossen, die seit Jahrzehnten im ersten Treffen der tschechoslawischen Sozialdemokratie gekämpft hatten — und ganze politische Organisationen, in denen die Zentralisten die Mehrheit bildeten, aus der Partei ausgeschlossen. Tausende altbewährter Genossen sahen sich nun aus dem Parteikörper ausgeschieden. Da sie trotzdem auf die politische Betätigung als Sozialdemokraten nicht verzichten wollten, gründeten sie neue politische Organisationen neben den Organisationen der alten Partei. Diese neuen Organisationen zogen allmählich die Zentralisten auch der anderen Länder an. Auch in Niederösterreich, in Schlesien, in Böhmen standen die Zentralisten innerhalb der Organisationen der alten Partei im heftigen Kampfe gegen die separatistische Führung. Durch diese Kämpfe erbittert, der Hoffnung, innerhalb der alten Partei den Separatismus besiegen zu können, seit der Ausschliessung der mährischen Zentralisten beraubt, traten nun auch diese Genossen aus der Partei aus, um neue, selbständige Organisationen zu gründen. So



entstanden neben den Organisationen der alten Partei 135 neue politische Organisationen, die von Zentralisten gegründet und geleitet wurden. Diese Organisationen haben sich nun als „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ konstituiert.

Die Spaltung der tschechoslawischen Sozialdemokratie bewirkte zugleich auch die Spaltung der tschechischen Zentralisten. Denn nur ein Teil der tschechischen Zentralisten schloss sich der neuen Partei an. Viele tschechische Genossen, die den internationalen gewerkschaftlichen Organisationen angehören, wollen trotzdem Mitglieder der alten, ihrer Mehrheit und Führung nach separatistischen Partei bleiben. Der Kampf zwischen Zentralisten und Separatisten wird nun durchkreuzt durch den Kampf der Zentralisten untereinander.

Die Konstituierung der neuen tschechischen Partei erfolgte in einem Augenblicke, in dem das Abgeordnetenhaus aufgelöst war. Die neue Partei beschloss, sofort in den Wahlkampf einzutreten. Sie ging in diesen Wahlkampf mit eben erst gegründeten schwachen Organisationen, mit einer unzulänglichen Presse, mit dem Vorwurf belastet, dass ihr selbständiges Auftreten die Reihen der Arbeiter spalten und dadurch die Klassengegner des Proletariats stärken müsse. In Böhmen fühlte sie sich zu schwach, Kandidaten aufzustellen. In Niederösterreich fielen ihre Stimmen den deutschen Kandidaten zu. Das Kampfgebiet beschränkte sich also auf die tschechischen Wahlbezirke Mährens und Schlesiens. Aber auch hier blieben die Erfolge der jungen Partei hinter ihren Erwartungen zurück. Im ganzen konnte sie 19.358 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigen. Und von ihnen entfielen nicht weniger als 8180 Stimmen auf den Wahlbezirk des Genossen Cingr. Die Stimmen, die Cingr erhielt, können aber der neuen Partei nicht restlos zugerechnet werden; sie sind erstens Stimmen persönlichen Vertrauens zu dem alten Vorkämpfer der Bergarbeiter, sie sind zweitens zum Teil nicht tschechische, sondern polnische Stimmen. Von diesem einen Wahlbezirk abgesehen, in dem die Person des Kandidaten und die nationale Zusammensetzung der Wählerschaft die junge Partei begünstigten, hat sie nur 11.178 Stimmen erzielt. Das ist ein bescheidener Erfolg, der ihre Mitglieder enttäuscht hat.

Der Misserfolg der neuen Partei erscheint um so grösser, als die alte Partei gerade in dem wichtigsten Kampfgebiete, in Mähren, einen grossen Erfolg erzielt hat. Zwar ist die Stimmenzahl der „tschechoslawischen“ Sozialdemokratie in Mähren seit 1907 von 101.985 auf 93.481 Stimmen gesunken. Aber trotz der verringerten Stimmenzahl konnte sie die Zahl ihrer Mandate von 5 auf 11 vermehren. Diesen Erfolg verdankt sie freilich nicht der eigenen Kraft, sondern einem Wahlkompromiss mit dem bürgerlichen Liberalismus. Aber der Masse, die vor allem nach dem äusseren Erfolge urteilt, wird dies trotzdem als ein Triumph der „tschechoslawischen“ Partei in Mähren erscheinen, der den Misserfolg der neuen Partei noch grösser erscheinen lässt.

Dieses Wahlergebnis wird die fernere Entwicklung der neuen Partei sehr erschweren. Andererseits wird innerhalb der alten Partei ihr mährischer Flügel, der den aggressivsten Separatismus vertritt, gestärkt. Mit diesen Tatsachen müssen wir rechnen. Die Wahlen haben den tschechischen Zentralismus geschwächt: wir müssen also mit der Tatsache rechnen, dass die Rückführung der tschechischen Arbeiter in die gewerkschaftlichen Zentralverbände in absehbarer Zeit nicht erwartet werden kann. Die Wahlen haben den aggressivsten Teil der tschechoslawischen Partei gestärkt: wir müssen also mit der Tatsache rechnen, dass die Festigung unserer Beziehungen zu der tschechoslawischen Partei auf stärkere Hindernisse stossen wird. Unser solchen Umständen wird die Regelung unserer Beziehungen zu den Parteien des tschechischen Proletariats zum wichtigsten Problem der Gesamtpartei.

### Die deutsche Sozialdemokratie und die beiden tschechischen Parteien.

Es gibt in der deutschen Partei Genossen, die alle Beziehungen zu der neuen Partei ablehnen wollen, um im Bunde mit der alten Partei zu bleiben. Sie begründen diese Forderung in folgender Weise: Erstens sei die alte Partei allein die Vertreterin der breiten Massen des tschechischen Proletariats, die neue Partei nur eine kleine Sekte innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft. Zweitens seien die Gründer der „tschechischen“ Partei „Rebellen“, die das kostbare Gut der Einheit der Partei zerstört



und dadurch die Kraft der Arbeiterklasse geschwächt hätten. Drittens habe die „tschechische“ Partei im erbitterten Kampfe gegen die „tschechoslawische“ schwere Fehler begangen, sie habe den Kampf mit unerlaubten Waffen geführt.

Ich halte diese Gründe für nicht beweiskräftig. Es ist wahr, dass die „tschechoslawische“ Partei gross, die „tschechische“ klein ist. Aber ist sie auch eine kleine, so ist sie doch eine sozialdemokratische Partei, die sich von der grossen Partei des tschechischen Proletariats nur darum geschieden hat und nur dadurch unterscheidet, dass sie im Gewerkschaftsstreit die rechte Sache, die Sache der Internationale vertritt. Es ist wahr, die mährischen Zentralisten haben die tschechische Partei gespalten. Aber daraus könnte man nur dann einen Vorwurf gegen sie schmieden, wenn ihnen die Möglichkeit gewährt worden wäre, ihre Ansichten innerhalb der alten Parteiorganisation zu vertreten. Da man sie aus der alten Partei ausgeschlossen hat, mussten sie eine neue Partei gründen, wenn sie nicht darauf verzichten wollten, als Sozialdemokraten tätig zu sein. Es ist wahr, die Anhänger der neuen „tschechischen“ Partei haben sich von ihrer Erbitterung zu manchem unüberlegten Wort, zu mancher unbesonnenen Tat hinreissen lassen. Aber was wiegen diese Fehler gegen die Fehler, die die alte „tschechoslawische“ Partei begangen hat? Wie bedeutungslos erscheinen alle Irrtümer der Zentralisten gegenüber der einen Tatsache allein, dass die tschechoslawische Partei einen einstimmigen Beschluss unserer höchsten Körperschaft, des Internationalen Sozialistenkongresses, gröblich verletzt hat!

Und wie könnten es die deutschen Arbeiter verstehen, dass wir von allen tschechischen Genossen gerade diejenigen von uns stossen, die gewerkschaftlich zu uns stehen, und nur die in brüderlicher Liebe umfassen, die unsere gewerkschaftliche Organisation spalten? Können wir den deutschen Arbeitern Mährens sagen: Im gewerkschaftlichen Kampfe müsset ihr mit den Jura, Merta, Veska zusammenstehen; aber im politischen Kampfe dürfet ihr nicht sie, sondern nur die Vanek, Tusar, Bechyne als eure Verbündeten behandeln? Vanek ist euer Genosse; Jura ist ein „Rebell“ gegen das kostbare Gut der Einheit der Partei! Der Arbeiter hat nur eine Seele: er kann nicht als Sozialdemokrat lieben, wen er als Gewerkschafter hasst; er kann nicht im gewerkschaftlichen Kampfe den Gewerkschaftssekretären vertrauen, wenn man ihn lehrt, sie auf dem politischen Gebiete als verabscheuungswürdige „Rebellen“ zu betrachten und zu behandeln. Die Ablehnung aller Beziehungen zu der neuen „tschechischen“ Partei ist mit dem gewerkschaftlichen Internationalismus unvereinbar. Wenn deutsche Genossen nur den Bürger Vanek als Genossen betrachten, den Genossen Jura aber aus der österreichischen Internationale ausschliessen wollen, dann mögen sie vor die deutschen Arbeiter hintreten und ihnen sagen: Wir haben geirrt! Die ganze Internationale hat geirrt! Wir wollen keine internationalen Gewerkschaften mehr! Gründet deutsche Gewerkschaften!

Aber nicht nur das Interesse der Arbeiter an der internationalen gewerkschaftlichen Organisation macht eine solche Politik unmöglich. Das Interesse der Partei verbietet uns ebenso wie das der Gewerkschaften eine Politik, die die Jura, Merta, Burian von uns stösst, um die Vanek, Tusar, Bechyne zu gewinnen. Nichts Schlimmeres kann einer Partei widerfahren als eine Einbusse ihres moralischen Ansehens. Würden wir nicht unser moralisches Ansehen vor der gesamten deutschen Oeffentlichkeit schmälern, wenn wir auch nur den Schein erwecken wollten, als ob wir aus politischen Opportunitätserwägungen — nur dazu, um die Hilfe der stärkeren, an Mitgliedern und Wählern zahlreicheren unter den tschechischen Parteien nicht zu verlieren — denen, die mit uns für die gemeinsame Sache kämpfen, die uns nicht nur in gewerkschaftlicher, auch in politischer Hinsicht, in ihrer Auffassung proletarischer Internationalität näher stehen, die Treue brechen wollten?

Aus diesen Gründen halte ich die Politik, die die „tschechische“ Partei von uns stossen will, um nur der „tschechoslawischen“ verbunden zu bleiben, für schlechthin unmöglich. Ich bin überzeugt, dass die Genossen, die, wohl ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein, eine solche Politik empfehlen, eine winzige und hoffnungslose Minderheit innerhalb der deutschen Partei bilden.

Eine andere Richtung innerhalb der deutschen Partei vertritt die entgegengesetzte Forderung. Sie fordert, die deutsche Partei solle alle Beziehungen zu der „tschecho-



slawischen“ Partei abbrechen, um mit der neuen „tschechischen“ Partei eine neue internationale Gesamtpartei zu begründen. Auf dem Bodenbacher Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen wurde diese Forderung noch kurz vor den Reichsratswahlen, insbesondere von den Reichenberger Delegierten sehr entschieden vertreten. Sie wird damit begründet, dass die tschechoslawische Sozialdemokratie durch die Zerstörung der Gewerkschaften, durch die Missachtung des Kopenhagener Beschlusses, durch die Zugeständnisse, die sie auch auf politischem Gebiete dem Nationalismus macht, das Recht verwirkt habe, der proletarischen Internationale anzugehören. Ich halte auch diese Gründe nicht für beweiskräftig. Die tschechoslawische Partei ist unzweifelhaft eine sozialdemokratische Partei: sie ist eine Arbeiterpartei ihrer Zusammensetzung, eine Partei des Klassenkampfes ihrer Tätigkeit nach, eine sozialistische Partei ihrer Lehre und ihrem Ziele nach. Es wäre ein schlechtes Mittel, unsere internationale Gesinnung zu betätigen, wenn wir uns aus lauter Internationalität von der Partei trennen wollten, die den grössten Teil des tschechischen Proletariats vertritt. Wohl ist es richtig, dass wir als Gewerkschafter wie als Politiker der tschechoslawischen Partei viel, sehr viel vorzuwerfen haben; aber wir halten gewiss auch manches für verfehlt, was französische und englische, italienische und russische Sozialdemokraten getan haben, und denken darum doch nicht daran, die Beziehungen zu diesen Genossen abzubrechen. Die Meinungsverschiedenheiten über Einzelfragen dürfen uns die grundsätzliche Uebereinstimmung nicht vergessen lassen.

Was würde denn die Ausscheidung der „tschechoslawischen“ Partei aus der österreichischen Internationale bewirken? Im politischen Kampfe gegen den Klassenstaat, im Kampfe um Arbeiterrecht und Arbeiterschutz müssten wir trotzdem Schulter an Schulter kämpfen. Nur träte an die Stelle der organisierten Kooperation ein ungeordnetes Nebeneinander. Dadurch würde der politische Einfluss der Arbeiterklasse nur geschwächt. Aber auch den Gewerkschaften wäre damit nicht gedient. Es gibt heute Tausende tschechischer Arbeiter, die zwar in der tschechoslawischen Partei ihre politische Vertretung erblicken, trotzdem aber den internationalen gewerkschaftlichen Organisationen angehören und in ihnen bleiben wollen. Würden wir die Beziehungen zu der tschechoslawischen Partei abbrechen, dann würden diese Tausende gereizt und erbittert, sie würden dadurch dem gewerkschaftlichen Separatismus in die Arme gejagt. Der gewerkschaftliche Zentralismus würde dadurch geschwächt, der Gewerkschaftsstreit in Gebiete getragen, die bisher von ihm verschont geblieben sind. Prinzipielle und taktische, politische und gewerkschaftliche Erwägungen sprechen also in gleichem Masse gegen die, die die Bande zerreißen wollen, die die deutsche mit der tschechoslawischen Partei verknüpfen. Angesichts der Ergebnisse der Reichsratswahlen wird es wohl wenige Genossen geben, die sich dieser Erkenntnis verschliessen.

Wir müssen also beide Parteien des tschechischen Proletariats als sozialdemokratische Arbeiterparteien anerkennen, mit beiden gemeinsam den Klassenkampf des Proletariats führen.

Es wird freilich nicht leicht sein, dies den Streitenden begreiflich zu machen. Die „tschechoslawische“ Partei betrachtet die Anerkennung der neuen Partei als eine Unterstützung der „Rebellion“ gegen das kostbare Gut der Parteieinheit. Die „tschechische“ Partei wieder meint, wir seien verpflichtet, alle Beziehungen zu der alten Partei abzubrechen, die ja die Sache des Separatismus vertritt. Wenn wir aber das Für und Wider offen und deutlich auseinandersetzen, dann werden auch die tschechischen Genossen beider Richtungen bei nüchterner Erwägung schliesslich einsehen müssen, dass die deutsche Partei weder die Beziehungen zu den alten Mitkämpfern der tschechoslawischen Sozialdemokratie zerreißen, noch die neue Partei, die unsere Genossen aus den internationalen Gewerkschaften umfasst, von sich stossen kann. Freilich, die diplomatischen Communiqués und Resolutionen der deutschen Parteivertretung sind nicht geeignet, das Wachstum dieser Erkenntnis zu fördern. Diese Kunstwerke der Parteidiplomatie suchen ihren höchsten Vorzug darin, dass jeder aus ihnen das ihm Beliebigste herauslesen könne. Die Masse der Parteigenossen aber, die mit der kunstvollen Sprache der Diplomatie nicht vertraut ist, versteht diese Stilübungen nicht. Eine Sache, die ihrer gewerkschaftlichen Seite wegen das Interesse jedes Arbeiters in jeder Werkstätte berührt, muss von



unserer Parteipresse offen und verständlich erörtert werden, wenn unsere Stellung von den deutschen und von den tschechischen Arbeitern verstanden werden soll.

Die heutige Organisation der Gesamtpartei lässt freilich einen Bund mit beiden tschechischen Parteien nicht zu. Wir können die „tschechische“ Partei in die Gesamtorganisation nicht aufnehmen, ohne die „tschechoslawische“ abzustossen. Wir können der „tschechischen“ Partei aber auch nicht die Eingliederung in die Gesamtpartei verweigern, ohne zu ihren Ungunsten die Neutralität zu verletzen. Der Streit zwischen den beiden tschechischen Parteien sprengt also die heutige Form der internationalen Gesamtorganisation. Sie ist nicht mehr lebensfähig. Damit schliesst eine Entwicklung ab, die lange schon im Zuge war. Und eine Entwicklung setzt ein, die uns zu neuen Formen internationaler Zusammenfassung führen muss.

### Das Problem der Gesamtpartei.

Wir hatten in Oesterreich vom Hainfelder Parteitag bis etwa zum Jahre 1905 eine einheitliche sozialdemokratische Gesamtpartei, deren Glieder seit 1897 die sechs nationalen Parteiorganisationen waren. Diese Gesamtpartei ist allmählich abgestorben. Es gibt heute keine österreichische Sozialdemokratie mehr, sondern nur eine deutsche, eine tschechische, eine polnische, eine ruthenische, eine südslawische und eine italienische Sozialdemokratie, die in einem losen Bundesverhältnis zu einander stehen.

Schon die Mitgliedschaft der Gesamtpartei ist nicht zu begrenzen. Der Bürger Vanek ist ordentliches Mitglied, ja sogar Abgeordneter der tschechoslawischen Sozialdemokratie, die der Gesamtpartei angehört. Trotzdem wollen viele deutsche Sozialdemokraten ihn nicht als Genossen ansprechen, während sie die Jura, Merta, Veska, deren Organisation der Gesamtpartei nicht angehört, als Genossen betrachten.

Die Organe der Gesamtpartei sind, eines nach dem anderen, abgestorben. Seit dem Jahre 1905 wurde kein Gesamtparteitag einberufen. Heute könnte man ihn wohl gar nicht mehr einberufen, da das Organisationstatut immer noch auf den alten, nicht mehr bestehenden Wahlkreisen der V. Kurie beruht! Es ist also nicht einmal mehr geregelt, welche Organisationen zur Beschickung des Gesamtparteitages berechtigt sind. Die Gesamtexekutive ist gewiss noch ein wertvolles Instrument zur Verständigung zwischen den sechs nationalen Parteien; aber ein Organ zur einheitlichen politischen Leitung der Partei ist sie nicht mehr. Blieb noch der parlamentarische Verband als lebendige Verkörperung der Einheit der Partei! Aber dass auch er nicht mehr unerschüttert war, hat — von kleineren Zwischenfällen abgesehen — die bekannte Dauerrede des Genossen Modráček unmittelbar vor der Auflösung des Parlaments gezeigt. Sie hat den Schein erweckt, als hätte die Sozialdemokratie die tschechische Obstruktion unterstützen wollen, und dieser Schein hat uns im Wahlkampf die grössten Schwierigkeiten bereitet. Und doch hatte Modráček seine Dauerrede gehalten ohne Ermächtigung des Verbandes! Wir wurden mitverantwortlich für eine Tat, die wir nicht mitbeschlossen hatten und der wir unsere Zustimmung unbedingt verweigert hätten, wenn man uns überhaupt gefragt hätte. Wenn ein einzelner tschechischer Abgeordneter mit Zustimmung der tschechischen Parteipresse in einem — das hat ja die Folge gezeigt! — entscheidenden Augenblick die Verbandsdisziplin in solcher Weise verletzen kann, dann muss wohl auch das letzte Organ der Gesamtpartei brüchig geworden sein.

Aber auch im ganzen Empfinden der Parteigenossen lebt keine Gesamtpartei mehr, sondern nur noch ein lockerer Bund von sechs sozialdemokratischen Parteien. Das haben die Vorgänge bei den Wahlen deutlich gezeigt. In drei Wahlbezirken haben die tschechischen Genossen Gegenkandidaten gegen uns aufgestellt. In einem Wahlbezirk haben sie Wahlenthaltung beschlossen. In anderen Wahlbezirken haben sie ihre Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten an Bedingungen geknüpft. Und wo sie uns unterstützt haben, haben sie nicht zur Wahl der Kandidaten der internationalen Sozialdemokratie, sondern zur Unterstützung der Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie aufgefordert, — so etwa, wie schliesslich auch bürgerliche Parteien einmal zur Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten auffordern können. Die tschechoslawischen Genossen kennen also keine österreichische Sozialdemokratie mehr, sondern nur noch eine



deutsche und eine tschechische Sozialdemokratie, die einander einmal unterstützen, das anderemal bekämpfen können, wie es die politische Situation im Augenblick eben erfordert.

Unter solchen Umständen ist die Gesamtpartei in ihrer alten Form nicht mehr als eine Fiktion. Die Reibungen, die die Spaltung der tschechoslawischen Arbeiterpartei unvermeidlich macht, werden auch diese Fiktion zerstören. Soll die internationale Organisation der Arbeiterklasse in Oesterreich kein leeres Wort sein, dann muss die Gesamtpartei auf neuer Grundlage in neuen Formen neu geschaffen werden.

Die erste Voraussetzung eines solchen Neubaus ist die Beendigung des Gewerkschaftsstreites. Solange der Kampf um die gewerkschaftliche Organisation tobt, ist die Einheit des politischen Kampfes unmöglich. Dass es in absehbarer Zeit möglich werden könnte, die Masse der tschechischen Arbeiter in die Zentralverbände zurückzuführen, kann nach der Reichsratswahl kein Einsichtiger mehr glauben. Andererseits können wir unter keinen Umständen dem zustimmen, dass die Arbeiterschaft desselben Ortes, desselben Betriebes in mehrere nationale Gewerkschaften zersplittert werde. Es gibt heute also nur eine mögliche Lösung des Gewerkschaftsstreites: die territoriale Abgrenzung der Wirkungsgebiete der internationalen und der tschechoslawischen Gewerkschaften. Die internationalen Gewerkschaften müssen ihre Ortsgruppen in den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens auflösen und ihre Mitglieder den tschechoslawischen Verbänden zuführen, sobald die tschechoslawischen Verbände auf jedes Eindringen nach Wien und Niederösterreich, nach Deutschböhmen und Deutschmähren, nach dem deutschen und dem polnischen Teile Schlesiens ernsthaft und für immer verzichten. Ich habe diesen Gedanken schon im Dezember-Heft des „Kampf“ vertreten. Ihn zu propagieren, erscheint mir heute als die wichtigste Aufgabe aller, denen die Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung am Herzen liegt. Gelingt es, den Gewerkschaftskonflikt auf dieser Grundlage beizulegen, dann werden die beiden tschechischen Parteien wieder zu einer verschmolzen und zur Neuorganisation der österreichischen Gesamtpartei auf neuer Grundlage ist dann die Möglichkeit geschaffen. Auf diesem — und nur auf diesem! — Wege kann die Gesamtpartei wieder hergestellt werden.

Der Gedanke der territorialen Abgrenzung der Gewerkschaften hat freilich viele Gegner. Die Zentralisten sagen mit Recht, dass eine einheitliche internationale Gewerkschaftsorganisation eine viel bessere Wehr der Arbeiterklasse wäre als mehrere territorial begrenzte Verbände. Aber die internationale Einheit der Organisation ist — das sollte man angesichts der Wahlergebnisse nicht leugnen! — in absehbarer Zeit nicht zu erzielen. Das, was noch erreicht werden kann und muss, ist dies, dass es in einer Fabrik, in einem Ort nur eine Organisation geben darf! Würde dies erreicht, dann wären wir weit stärker als wir heute sind. Die Gefahr, dass die Arbeiterschaft desselben Betriebes, desselben Ortes in mehrere konkurrierende Organisationen zersplittert würde, wäre vermieden. Und die Kräfte, die die Zentralverbände heute auf die Verteidigung ihrer Positionen in den tschechischen Gebieten aufwenden müssen, könnten dann mit viel grösserem Erfolge zur Eroberung neuer Positionen in den deutschen Industriegebieten gebraucht werden.

Andererseits werden auch die tschechischen Genossen einsehen müssen, dass jeder Versuch, die tschechischen Minderheiten in Wien und in Niederösterreich, in Deutschböhmen und in Deutschmähren aus den internationalen Verbänden hinauszulocken, auf einen unüberwindlichen Widerstand stossen wird. Und wenn selbst ein solcher Versuch da oder dort gelänge, dann hätte er trotzdem die schlimmsten Folgen. Er würde die Kraft der Arbeiter gegen die Unternehmer schwächen. Er würde die deutschen Arbeiter mit Tschechenhass erfüllen und dadurch den deutschen Chauvinismus stärken, die Lage der tschechischen Minderheiten erschweren, die Entwicklung der schwarztrotgold drapierten Gelben fördern. Die Verantwortung für solche Wirkungen ihrer Gewerkschaftspolitik können die tschechischen Genossen nicht tragen. Sie werden sich daher zu der territorialen Abgrenzung der Wirkungsgebiete ihrer Gewerkschaften verstehen müssen, wobei natürlich die politische und die kulturelle Autonomie der tschechischen Arbeiter im deutschen Gebiet sehr gut gewahrt werden kann.

Die territoriale Begrenzung der tschechoslawischen Verbände ist die Hauptsache. Ist sie erst durchgesetzt, dann ist die Reibungsfläche beseitigt oder doch sehr verringert



Ein Ueberbau über die Gewerkschaften, wie er im Dezember-Heft des „Kampf“ von Braun vorgeschlagen und während der Verständigungskonferenzen erörtert worden ist, wird sich dann allmählich von selbst entwickeln. Und wenn erst der Gewerkschaftskonflikt beseitigt ist, dann ist mir um die Wiederherstellung der Einheit der Gesamtpartei nicht bange.

Aber ich bin nicht Optimist genug, zu hoffen, dass all das von heute bis morgen durchgesetzt werden kann. Wir müssen dem Gedanken der territorialen Abgrenzung Zeit lassen, in den Köpfen der Genossen hier und drüben zu reifen. Es wird wohl geraume Zeit währen, ehe er stark genug wird, sich durchzusetzen. In dieser Entwicklungsphase aber sind die alten Formen der Gesamtpartei nicht mehr lebensfähig, während zur Schaffung neuer Formen die Zeit noch nicht gekommen ist. Darum darf sich die deutsche Partei an die überlebten Formen der Gesamtorganisation nicht klammern. Wir müssen uns entschliessen, unseren eigenen Weg zu gehen — stets bereit, mit beiden tschechischen Parteien zu kooperieren, wo Uebereinstimmung der Meinungen besteht, aber auch entschlossen, ohne schwächliche Kompromisse unserer eigenen Einsicht gemäss zu handeln, wo die Uebereinstimmung heute nicht zu erzielen ist.

In wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten wird sich diese Uebereinstimmung stets unschwer herstellen lassen. Anders in nationalen Fragen! Wir haben bisher gewartet, ob es gelingen wird, uns mit den tschechischen Genossen über die Ausgestaltung unseres Nationalitätenprogramms zu verständigen. Heute lässt es die Verschärfung der Konflikte innerhalb der Arbeiterschaft nicht mehr als wahrscheinlich erscheinen, dass dies in kurzer Zeit gelingen werde. Die deutsche Sozialdemokratie aber kann nicht länger warten. Sie kann sich und muss sich also schon auf dem nächsten Parteitag ihr eigenes Nationalitätenprogramm schaffen.

So auch im Parlament. Es ist gewiss notwendig, die sozialdemokratischen Abgeordneten aller Nationen zu gemeinsamer Aktion in allen Fragen zu vereinen, die unmittelbar die Klasseninteressen des Proletariats berühren; der Einfluss der Arbeiterklasse würde empfindlich geschwächt, wenn jeder der fünf nationalen Klubs auch in solchen Fragen ganz selbständig vorgehen wollte. In solchen politischen und nationalen Fragen aber, über welche volle Uebereinstimmung der Meinungen nicht besteht, darf der deutsche Klub nicht in schwächlichen Kompromissen mit der entgegengesetzten Ansicht der tschechoslawischen Genossen das Heil suchen, sondern er muss nach eigener Einsicht tatkräftig handeln und den tschechischen Genossen überlassen, dasselbe zu tun.

Die hoffnungslosen Bemühungen, an lebensunfähigen Formen der alten Gesamtorganisation festzuhalten, entfremden uns einander nur immer mehr. Mit diplomatischen Künsten können die Gegensätze nicht verdeckt werden. Nur in kraftvoller Selbständigkeit können wir neue Formen der Gesamtorganisation vorbereiten. Die Spaltung der tschechoslawischen Partei hat die alte Gesamtorganisation gesprengt. Nun muss die deutsche Sozialdemokratie ihre vollkommene Selbständigkeit gewinnen, um eine neue Gesamtorganisation in neuen Formen zielbewusst vorzubereiten.

---

## Louis de Brouckère (Brüssel): Klosterregime und Klosterwirtschaft in Belgien

### I.

Die katholische Partei Belgiens ist seit 1884 an der Macht. Ihr Regierungsantritt verursachte seinerzeit keine geringe Ueberraschung in der Oeffentlichkeit und die alten Rentner unserer Politik wiegten sich in dem Glauben, dass dieser Sieg der Ausfluss einer Ueberrumpelung sei, dem keine Dauer beschieden sein würde. Aber der Sieg hielt an, dauert weiter und die klerikale Partei, die man totgeboren wähnte, hält seit langem den Rekord der Langlebigkeit fort. Man glaubte vollends, dass sich die Richtigkeit dieser Meinung erweisen müsste, als im Jahre 1893 unter dem Druck der Oeffentlichkeit das Zensuswahlrecht abgeschafft und das Pluralvotum eingeführt wurde,



das bei all seiner Ungerechtigkeit den demokratischen Elementen der Bevölkerung einen Anteil an Einfluss sicherte. Die Majorität wurde indes kaum erschüttert. 1900, als das Proportionalsystem zur erstmaligen Anwendung kam, schöpfte man neuerdings Hoffnungen, da die Klerikalen den Profit, den sie früher aus den Stichwahlen gezogen hatten, nunmehr einbüßen würden. Die Majorität blieb aber wiederum, wenn auch geschwächt, so doch noch immer ansehnlich genug, um weiterzubestehen. Seither zerbröckelt sie von einer Wahl zur anderen, aber — sie besteht.

Sie verfügte 1902 über 20 Stimmen (von 166 Abgeordneten) und ist jetzt auf 6 gesunken. Man hofft, dass sie nächstes Jahr, dank der durch die Volksvermehrung nötig gewordenen Vermehrung der Abgeordnetenzahl, endlich verschwinden wird. Es ist zu wünschen, dass diese Hoffnung nicht scheitert, wie das 27 Jahre hindurch bei 14 aufeinanderfolgenden Wahlen unter drei verschiedenen Wahlsystemen geschehen ist.

Diese ausserordentliche Zähigkeit der klerikalen Mehrheit erscheint als ein wahres Rätsel allen jenen, die wissen, dass Belgien im grossen ganzen antiklerikal ist und es mehr und mehr wird. Vor dem Jahre 1884 hatte Belgien nur drei ausgesprochen klerikale Ministerien und ein einziges von einigermaßen längerer Dauer. Jedesmal hatte die öffentliche Meinung jedem Versuch einer ultramontanen Politik widerstanden. Seither hat die Freiheit des Gedankens, wie noch unter keinem früheren Regime, unzweifelhaft Fortschritte gemacht; unsere Bevölkerung ist weniger religiös als je. Alle massgebenden Beobachter stellen das fest. Erst kürzlich hat ein bedeutender Politiker der klerikalen Partei auf die erschreckende „Entchristianisierung“ der wallonischen Provinzen aufmerksam gemacht. *Van der velde* schrieb über diesen Punkt\*:

„Es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass Belgien sich immer mehr und mehr klerikalisiert und im Zuge sei, ein zweites Spanien zu werden. Wenn auf der einen Seite das Werk von Regierung und Klerus seine Wirkungen mit Erfolg weiter übt, sind auf der anderen Seite andere Faktoren mit noch grösserer Macht vielleicht als in jedem anderen Lande in entgegengesetzter Richtung tätig.

Vor allem ist die Freiheit der Presse völlig unbeschränkt; das Eindringen der Ideen begegnet keinem anderen Hemmnis als dem Analphabetismus und der geistigen Indolenz eines Teiles der Bevölkerung.

Zweitens hat die kommunale und provinzielle Autonomie starke traditionelle Wurzeln. Alle grossen Städte und die drei reichsten und bevölkertsten Provinzen — Lüttich, Hennegau und Brabant — sind von Liberalen und Sozialisten verwaltet... Endlich und in besonderem Mass übt der machtvolle Aufschwung, der die grossen Siedelungen schuf, die Verkehrs- und Transportmittel vervielfältigte, mittels der Arbeiterzüge die auf dem Land zerstreuten Arbeitskräfte heranzog und die ehemals an die Scholle Gefesselten entwurzelte, einen weitaus bedeutenderen Einfluss auf die Denkweise der Bevölkerung aus, als die Propaganda des Klerus und der sozialen Gewalten. Aus diesem Grund hat auch das Freidenkertum unter der katholischen Regierung mehr Fortschritte gemacht, als ehemals unter den Liberalen. In zahlreichen industriellen Orten gibt es mehr Zivilbegräbnisse als kirchliche. Viele Arbeiter beobachten nicht mehr die religiösen Pflichten und andere sind, wengleich sie dies noch tun, nicht mehr gläubig. Und der Bourgeois bewahrt, selbst wenn er der katholischen Partei angehört, von der Religion meistens nur die äusseren Akte.“

Hat nun die Regierung, um sich unter so ungünstigen Bedingungen zu behaupten, eine besondere Geschicklichkeit bewiesen? Sie hat im Gegenteil Fehler auf Ungeschicklichkeiten gehäuft. Ohne Unterlass gab sich die öffentliche Meinung unzweideutig gegen sie kund, oft auf gewaltsame Art. Bei zwei Gelegenheiten wenigstens hat sie vor der offenen Revolte zurückweichen müssen: das erstemal 1903 bei der Verfassungsrevision, das zweitemal 1908 bei der Zurückziehung des Wahlreformentwurfs des Ministers Van den Peereboom. Sie hat gegen sich die Mehrheit der Presse, eine sich unbeschränkt äussernde öffentliche Meinung, die liberale Tradition des Landes, beinahe alle irgendwie

\* Die letzten zehn Jahre der Regierung Leopolds II.



bedeutenden Städte und die grosse Mehrheit der Bewohner. Sie wird durch ernste innere Zwiste zersetzt. Und trotz alledem bleibt sie. Diese paradoxe Erscheinung gilt es zu erklären.

## II.

Man erklärt sich oft hierzulande die Machtverewigung der katholischen Partei aus unserem Wahlsystem, das die Mehrheit der Sitze der Minorität des Landes gibt. In dieser Auffassung steckt sicher ein Stück Wahrheit, wovon man sich leicht durch eine Prüfung der Ziffern überzeugen kann. Unser System der Proportionalvertretung ist mangelhaft, weil es in jedem Wahlkreis für jede Partei „Ueberschüsse“ an Stimmen unvertreten lässt. Die Regierung, deren Truppe am Wahltag als geschlossene Masse kämpft, hat es mit zwei verschiedenen Oppositionsparteien zu tun: mit einer liberalen und einer sozialistischen. Die Gegner haben daher im allgemeinen zwei „Ueberschüsse“, wo die Regierung nur einen hat und die Zahl der verlorenen Stimmen der ersteren ist daher infolgedessen grösser. Damit erklärt sich, dass die Regierung noch eine Majorität von sechs Stimmen bekam, obgleich bei den letzten Wahlen die Listen ihrer Kandidaten weniger Stimmen erhielten als die Gesamtheit der ihr gegenüberstehenden oppositionellen Parteien. Die Statistiker der verschiedenen Parteien, die sich mit der Frage beschäftigt haben, sind nicht zu vollkommen übereinstimmenden Resultaten gekommen. Hier die Ziffern, die die Regierung selbst (Minister Berryer im Senat am 22. November 1910) geliefert hat: Katholische Partei 1,224.918, Opposition (Liberale und Sozialisten) 1,208.565. Es muss aber bemerkt werden, dass der Minister zu den Aktiven der Regierung die ungefähr 30.000 Stimmen der Liste der katholischen Dissidenten zugezählt hat und dass es zumindest sonderbar ist, dass die Regierung für die Bildung ihrer Majorität die Stimmen selbst jener beansprucht, die ihr das Vertrauen verweigert haben. Andererseits hat man die 32.265 Stimmen der christlichen Demokraten, die einen offenen Kampf gegen die Regierung führen und deren einziger Vertreter in der Kammer, Pierre Daëns, formell zur Opposition gerechnet wird, nicht als „Oppositions“stimmen betrachtet. Man erhält sonach, wenn man diese doppelte Korrektur berücksichtigt, folgendes Resultat:

Opposition (Sozialisten, Liberale und Dacusisten) . . . . .	1,240.830	Stimmen
Regierungsklerikale . . . . .	1,194.620	„
Katholische Dissidenten . . . . .	30.298	„
Stimmen ohne politische Bedeutung . . . . .	9.747	„

Man kann natürlich über die Geltung dieser und jener Stimmengruppe endlos herumstreiten und je nachdem man in einem der Regierung wohlwollenden oder feindlichen Sinn rechnet, zu irgend einem zwischen den beiden Extremen vermittelnden Resultat gelangen. Was jedoch aus all dem unzweifelhaft hervorgeht, ist die Tatsache, dass die Regierung nicht mehr die unbestreitbare Majorität der Stimmen des Landes hat und offenbar nur die Minorität auf sich vereint.

Zählt man nun gar statt der Stimmen die Wähler, so stellt sich die Position der Regierung noch schlimmer. Es soll hier nicht der Versuch unternommen werden, den Leser durch das Labyrinth unseres verzwickten Pluralsystems hindurchzuführen. Es sei nur daran erinnert, dass es in vielen Fällen dem Bildungsprivileg, in der Mehrheit der Fälle dem Alter und dem Vermögen eine zweite, beziehungsweise dritte Stimme zuspricht. Es ist ferner oft aufgezeigt worden, dass es das Land zum Nachteil der Städte bevorzugt und die Kleinbürger und Bauern zu ungunsten der Arbeiter. So verfügen in den Vororten der Hauptstadt 100 Arbeiter über 110 Stimmen, 100 Nichtarbeiter über 183 Stimmen. Die städtischen Bezirke des Brüsseler Wahlkreises haben durchschnittlich 44 Prozent Pluralstimmen, die ländlichen Teile 64 Prozent. Und da überreichlich bewiesen ist, dass die Katholiken ihren hauptsächlichen Anhang in den ländlichen Kreisen und unter den städtischen Bürgern haben, kann man behaupten, dass die Ungerechtigkeit der Pluralität ihnen einen ungeheuren Vorteil sichert, den genau zu werten sicher schwer ist, der aber kaum mit weniger als 15 bis 20 Prozent einzuschätzen ist. Die Regierung hält sich an der Macht, ohne mehr als zwei Fünftel der Wähler hinter sich zu haben.



Diese wichtigen und unantastbaren Tatsachen erklären indessen nicht hinreichend warum die Klerikalen seit 27 Jahren, entgegen der Gesinnung des Landes, am Ruder bleiben. Das alte Zensuswahlrecht sicherte ihnen weit grössere Vorrechte als das Pluralsystem und doch hatten sie niemals ihre Herrschaft befestigen können. Die allgemeine Erfahrung beweist, dass eine öffentliche Meinung, die wie die unsere sich unbehindert und kraftvoll ausdrücken kann, sich wohl trotz der Ungerechtigkeit des Wahlsystems durchzusetzen vermöchte, wenn sich nicht eine stärkere Macht ihrem Triumph entgensetzte. Diese Macht wollen wir untersuchen.

### III.

Um die wahre Ursache der klerikalen Erfolge zu verstehen, muss man sich erinnern, dass sie mit dem Erwachen des belgischen Sozialismus zeitlich zusammenfallen.

Unsere Arbeiterbewegung blieb lange Zeit matt und auffallend schwach. Das Jahr 1848 rührte kaum an den stagnierenden Sumpf unserer Politik. Die Gründung der Internationale machte nur einen vorübergehenden Eindruck und es ist zu vermerken, dass das erste klerikale Ministerium von längerer Dauer gerade zwischen 70 und 78 fiel. Unsere Gewerkschaftsbewegung kam in Westeuropa als letzte an die Reihe. Nirgends fand eine industriell prosperierende Bourgeoisie ein so fügsames und ergebenes Proletariat vor, nirgends auch konnte sie sich mit einem solchen Gefühl der Sicherheit einer so zynischen Ausbeutung hingeben. Unser unglückliches Land verdiente lange die berühmte Bezeichnung eines „Paradieses der Kapitalisten“.

Nach der endgültigen Konstituierung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Gothaer Kongress beginnt sich indes eine politische Bewegung des flämischen Proletariats abzuzeichnen, um sich aber erst später zu entwickeln. In den Achtzigerjahren bilden sich überall Gruppen und schliessen sich zu Föderationen, freilich oft von kurzer Dauer, zusammen. Die Arbeiterblätter vermehren sich, die Arbeiterklasse scheint aufzuleben. Im Jahre 1885 konstituiert sich endlich die Arbeiterpartei. 1886 werden die herrschenden Klassen durch ungeheure, blutig-revolutionäre Streiks aufgeschreckt und durch sie gezwungen, wie ein katholischer Schriftsteller damals schrieb, die soziale Frage beim lodernnden Schein der Feuerbrände zu diskutieren. Es kam dann die gewaltige Agitation des Jahres 1893 gegen das Zensuswahlrecht, die durch den Generalstreik — den ersten, den die Geschichte gekannt hat — erzwungene Revision der Verfassung. Das Jahr 1894 brachte dann die Triumphwahlen, die mit einem Schlag die belgische sozialistische Gruppe zur verhältnismässig stärksten der Welt erhoben. Bei jeder folgenden Teilwahl verdoppelten, verdreifachten sich unsere Stimmen. Nach den industriellen eroberten wir die ländlichen Zentren — es schien wirklich, dass wenige Jahre genügen würden, um dem Proletariat die Macht zu bringen. Nur wer diese fieberhaften Jahre miterlebt hat, kann die Begeisterung begreifen, die sich damals der Arbeiterklasse bemächtigte, und die Kopflosigkeit der Bourgeoisie verstehen, die an solche Schrecknisse wenig gewöhnt war. Gegen die drohende Revolution musste sie um jeden Preis einen Retter finden. Sie nahm den, der sich ihr bot: den Klerikalismus.

Sie akzeptierte ihn vorerst nur verstohlen und unter einem erborgten Namen. Im Jahre 1884 hatten sich die Katholiken in Brüssel als „Unabhängige“ vorgestellt. Bei den folgenden Wahlen war der Sozialismus so stark geworden, dass die erschreckten Zensuswähler sie nunmehr unter ihrem wahren Namen wiederwählten. Hernach waren es die liberalen Wähler selber, die den Weiterbestand des klerikalen Ministeriums sicherten; 1896, als bei Teilwahlen nur 76 Deputierte zur Wahl standen, sicherten sie der Regierung einen Gewinn von 44 Stimmen! Das war die eingestandene offene Allianz und der Klerikalismus gewissermassen offiziell beauftragt, im Namen der Konservativen, gleichviel welchen Kalibers, der Religiösen wie der Freidenker, die Staatsgeschäfte zu übernehmen.

Es versteht sich von selbst, dass diese neue Haltung der besitzenden Klassen nicht ihre Zustimmung zu den katholischen Dogmen einbegriff: es gibt in der klerikalen Partei unzweifelhaft Ungläubige bis in die Reihen der Führer und Deputierten hinein. Was man von der Kirche erwartete, war übrigens weit weniger eine Wiederbelebung des Christentums beim Volke, als vielmehr dessen Zahmmachung nach der



neuen Methode, für die die Encyklika rerum novarum die Formel geben sollte. Manche glauben irrthümlicherweise, in dieser Enzyklika einen Schritt zur Demokratie, eine Art oppositionellen Tones gegenüber dem herrschenden Kapitalismus zu erblicken, dieweil sie vielmehr eine Versöhnung von Kirche und industriellem Kapitalismus darstellt, zwischen welchen beiden es bisher vielfach Missverständnisse gegeben hatte. Sie zeigt das Ende der unabhängigen christlichen Demokratie an, die ab 1891 allmählich in fast allen Ländern vom Papst eine Verurteilung erfuhr. Sie erscheint in eben dem Augenblick, wo allenthalben auch eine wachsende Anzahl von Industriellen die Stufen der klerikalen Parteien hinaufzuklimmen begann. Sie bietet dem Unternehmertum den geschicktesten Aktionsplan, den man je gegen den Sozialismus zusammengestellt hat. Die Kirche bietet mit einem Wort den Industriemagnaten denselben Beistand gegenüber dem Lohnproletariat an, den sie bisher den Grundherren gegenüber den Bauern erwiesen.

Die besondere Stärke der Kirche liegt darin, dass sie jederzeit ihre Methoden umzuwandeln und den Umständen anzupassen versteht. Auch hat sie einen viel zu ausgeprägten Wirklichkeitssinn und ist zu klug, um zu meinen, dass einige morsche Dogmen genügen, um eine Welt zu regieren, in der jedermann liest, denkt und diskutiert. Sie rechnet vor allem mit ihrer gleichermassen kunstvollen wie schmiegsamen, durch die Jahrhunderte begünstigten und vervollkommeneten Organisation.

Sie sucht die Proletarier in einem Netz von „sozialen“ Werken einzufangen und die Geistlichen beschäftigen sich weit weniger damit, nachzuforschen, ob der Arbeiter seinen Katechismus kennt, als sich zu vergewissern, ob er einem der klerikalen Unterstützungsvereine oder einer christlichen Gewerkschaft angehört. Was sie in den Dienst des Unternehmers stellt, ist ihre alte Erfahrung in der Kunst, Menschen gefügig zu machen. In der Absicht, diese immer besser auszunützen, hat das belgische Unternehmertum ihr gestattet, die Herrschaft zu ergreifen.

Ueberall, wo die katholische Kirche stark organisiert ist, spielt sie wie bei uns die Rolle des Wächters über das Proletariat im Dienste der Bourgeoisie. Aber bei uns spielt sie sie in noch stärkerer Masse dank ihrer politischen Macht, die sie befähigt hat, die Entwicklung der Klöster zu fördern und damit ihre Macht zu vermehren. Diese hat sie zur beinahe uneingeschränkten Herrin der Schulen gemacht und half ihr, nachdem sie ihr so die Grundlagen einer intensiveren sozialen Aktion geboten hatte, direkt und auf mannigfaltige Art ihr Werk der Menschenzähmung zu vollenden.

An der belgischen Erfahrung, die gerade hierin interessant ist, sieht man, bis zu welchen Grenzen sich das antisozialistische, gegen die Arbeiter gerichtete Werk des Klerikalismus entwickeln kann, man kann aus ihr schliessen, was er überall täte, wenn er die Macht dazu hätte. Das belgische Exempel ist lehrreich und die Darlegung der Tatsachen kann anderen nützen. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr ferne, wo wir zu noch grösserem Nutzen zeigen können, wie ein erstarktes Proletariat sich der klerikalen Ketten entledigt.

#### IV.

Die Klosterorden bewirken in zweifacher Beziehung die Befestigung der kirchlichen Macht. Sie bereichern sie erstens und stellen ihr zweitens Tausende von Männern und Frauen zur Verfügung, die sich von allen menschlichen Interessen losgesagt haben und nur ihr angehören.

Waren in Belgien schon vor 1884 die Klöster zahlreich genug, so haben sie sich seither ins Unendliche vermehrt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die katholische Regierung zu ihrer Vermehrung mächtig beigetragen hat. Vorerst verschont die Regierung die Geistlichkeit mit allen Massregeln, denen sie in den Nachbarländern ausgesetzt sind. Sie bedürfen hier keiner behördlichen Genehmigung, unterliegen keiner Kontrolle. Wenn sie auch nicht als juristische Personen anerkannt sind, so ist es ihnen doch ausserordentlich leicht gemacht, mit Umgehung des Gesetzes eine wahre tote Hand zu errichten und derart ihre Güter den Nachlasssteuern, die auf den Privatvermögen lasten, zu entziehen. Zudem entziehen sie sich auch noch in beträchtlichem Masse den allgemeinen Steuern. Ihre industriellen Unternehmungen entrichten ganz lächerlich geringe Gewerbesteuern. Erst kürzlich wussten die Zeitungen zu berichten, dass eine Reihe von Grund-



stücken, seit sie in den Besitz religiöser Orden übergegangen waren, im Grundbuch eine Reduktion auf zwei Drittel ihres ursprünglichen Schätzwertes erfahren hatten.

Es ist nicht verwunderlich, dass dieses ausserordentliche Wohlwollen der Regierung alle Mönche und Nonnen der benachbarten Länder anzog, die sich dort nicht eben behaglich fühlten. Sie kamen aus England, aus der Schweiz, aus Italien und nach dem Trennungsgesetz wie die Heuschrecken aus Frankreich. Durch die portugiesische Revolution ist uns ein neuer Zustrom beschieden. Weiters hat die Regierung die Vermehrung der Geistlichkeit damit gefördert, dass sie eine starke „Nachfrage“ nach klerikalischen Dienstleistungen einzurichten verstand. So hat sie ihr ein wahres Glaubensmonopol im Spitaldienst geschaffen. Sie hat ihr durch reichliche Subventionen die Eröffnung von unzähligen Gewerbe-, landwirtschaftlichen und Hausfrauenschulen etc. ermöglicht, gar nicht zu reden von den Volksschulen und Kindergärten. Und da der Gewerbeinspektor gewöhnlich vor den Toren ihrer Unternehmungen kehrtmacht, hatten ihre Unternehmungen leichtes Spiel.

So konnte es nicht ausbleiben, dass unter so günstigen Bedingungen die Geistlichkeit in immer reichlicherer Masse zuströmte. Man beurteile nach den nachstehenden Ziffern, in welcher erschreckender Weise das geschehen ist.

Im Jahre 1880 gab es 1559 Klöster mit 4120 Geistlichen und 21.242 Nonnen. Im Jahre 1900 gab es 2500 Klöster mit 6237 Geistlichen und 31.668 Nonnen. Die Resultate der Volkszählung von 1910 sind noch nicht bekannt, aber nach einer glaubwürdigen Schätzung soll die Zahl der Klöster Ende 1906, knapp nachdem die französischen Orden ihren Auszug begonnen hatten, 2764 betragen haben, die Zahl der Geistlichkeit männlichen und weiblichen Geschlechts Ende 1908 auf 47.000 angewachsen sein — das ist eine Vermehrung um fast 10.000 Personen seit der letzten Zählung.

So gibt es denn auch kaum ein Dorf, wo sich nicht irgendein klösterliches Gebäude erhebt. Die kleine Stadt Tirlemont, die noch nicht 20.000 Einwohner hat, zählt 11 Klöster. Ypern, bei der gleichen Bevölkerungszahl, hat das Glück, deren 25 zu besitzen. Tournai hat 43 Klöster bei einer Einwohnerzahl von 36.000 Personen. Dabei sind die Listen, die zur Aufstellung dieses kleinen Verzeichnisses dienten, nichts weniger als vollständig... Auch glaube man ja nicht, dass dies Ausnahmen und Einzelfälle sind. Courtrai, Brügge, Löwen, Namur und andere Städte sind nicht weniger begnadet. Ebenso wenig fehlt es der Hauptstadt an Schwarzröcken. Jedes Stadtviertel, jede bedeutendere Strasse schmückt irgendein klösterlicher Bau — und man baut alle Tage.

Was den Klösterreichtum Belgiens betrifft, so will ich es unterlassen, eine Schätzung zu geben, die notgedrungen unzuverlässig sein müsste. Alle, die sich bisher um seine Bestimmung bemüht haben, sind zu einander widersprechenden Resultaten gekommen. Was begreiflich ist angesichts der peinlichen Vorsichtsmassregeln, die die Mönche beobachten, um ihr Vermögen zu verheimlichen. Wollte man auf die Volkslegende hören, dann müsste man glauben, dass in den Klöstern das Gold mit Scheffeln gemessen wird... Diese Legende spricht den Jesuiten auch eine Anzahl von Unternehmen und grossen Geschäftshäusern zu, mit denen sie aber höchstwahrscheinlich nichts zu tun haben. Aber selbst nach Abzug all dieser unvermeidlichen Uebertreibungen darf man ruhig annehmen, dass der Klösterreichtum enorm sein muss und sich rapid anhäuft.

Die Geschichte des Klosters ist immer und immer wieder dieselbe. Zwei oder drei Mönche oder etliche Schwestern mieten in irgendeinem neuen Stadtviertel ein bescheidenes Häuschen und lassen sich da in aller Stille gemächlich nieder. Ehe das Jahr um ist, bringen sie das Häuschen käuflich an sich; das nächste Jahr kaufen sie das zur Rechten, bald darauf das zur Linken, und so breiten sie sich immer mehr aus, bis ein Riesenkomplex dasteht, aus dem die Kapelle protzig emporstrebt. Aus den zwei, drei Mönchen sind zwei Dutzend geworden, die ein mächtiges Unternehmen leiten.

Das Kloster hat eine wunderbare Fähigkeit, Schätze anzuhäufen. Es nimmt reiche Legate ebenso wie die dürftigsten Gaben. Manche Klosterschwester geht in die Häuser, um Küchenreste zu erbetteln, manche holen sich Kleider, Wäsche und was nicht alles noch! Dann wieder tritt eine reiche Erbin in den Orden. Flugs steht das Kloster auf der Wacht, dass ihm auch kein Tüpfelchen des zu ergatternden Vermögens entwischt, von dem man beim Tod der Nonne auch keinen roten Heller wieder loslässt. Nimmt



ein armes Mädchen, das am Leben gescheitert ist, den Schleier, dann kann man sicher sein, dass die Familie, so bescheiden ihre Verhältnisse immer sein mögen, eine Spende macht und dass sie auch weiter um kleine Geschenke angegangen werden wird — und wären es bloss etliche Meter Leinwand oder ein paar Pfund Butter, die zu holen sind.

Das Kloster nimmt von allen Seiten, aber es gibt niemals wieder etwas heraus und verbraucht selbst sehr wenig. Da die Klosterangehörigen gemeinsam hausen, eine mässige Lebensweise führen, keine Kinder ernähren, für Zerstreuungen nichts ausgeben, stellt sich ihr Unterhalt unglaublich billig. Was sie bekommen, halten sie zusammen und vermehren es noch durch eigene Arbeit und vorzugsweise, indem sie andere für sich arbeiten lassen.

Hierin offenbart sich denn auch die empörendste Seite des sozialen Wirkens der Klöster. Da sind zunächst die Laienbrüder und Laienschwestern, die für ein bischen Nahrung für die Klöster in deren industriellen oder halbindustriellen Unterehmungen arbeiten. Sie bemächtigen sich der Waisen, der Greise, selbst der Kranken und Krüppel und lassen sie für sich arbeiten, ohne einen wirklichen Lohn zu entrichten. Die berühmten Prozesse des „Guten Hirten“ in Nancy haben gezeigt, mit welcher Gier diese angeblichen „Schützlinge“ ausgebeutet werden. In dergleichen Art werden die Kinder in den Fachschulen und Arbeitswerkstätten der Klöster ausgenützt. Unter welchen Bedingungen arbeitet in Belgien, eingerechnet der Klosterangehörigen, eine Armee von mehr als 10.000 Personen, deren auf so billige Weise hergestellte Produkte den Arbeitsmarkt schädigen und die Löhne der freien Arbeiter herabdrücken.

Welchen Zwecken diese ganze Zwangsarbeit der Klöster dienstbar gemacht wird? In erster Linie liefern sie damit der Kirche für ihre sozialen und Propagandawerke einen Regimentsstab, der an Arbeitslohn so gut wie nichts kostet. Sie machen ferner den weltlichen Krankenpflegern eine tödliche Konkurrenz; ihre Nonnen dringen in den Volksschulunterricht, wo sie gegen ein an den Orden, nicht an sie selbst, zu bezahlendes Honorar von 400 bis 500 Frcs. tätig sind. Augenblicklich, und das lässt die klerikale Frage in einem eigentümlichen Licht erscheinen, spielt sich in den katholischen Schulen selbst eine förmliche Revolte gegen die geistlichen Lehrkräfte ab.

Aber das ist nur ein ganz geringer Teil von dem grossen Heerhaufen, über den das Kloster verfügt. Der Rest wird zu den verschiedenartigsten Dienstleistungen meist industrieller Art angehalten. Es wird so ziemlich alles fabriziert: Bier, Schokolade, Schnäpse, Konfektion, Holzarbeiten etc. Insbesondere sind es die Frauenberufe, die unter der Konkurrenz der Klöster zu leiden haben. Manche Nonnenorden zum Beispiel haben die Wäscherei ganz an sich gerissen, fast überall bereiten sie durch ihre Stick- und Wäschenäharbeiten dem normalen Gewerbe eine zu Hungerlöhnen führende Konkurrenz. Ein flandrisches Kloster liefert für Brüsseler Geschäftshäuser Männerhemden, die es von seinen „Schülern“ herstellen lässt und für die es für das Stück 20 Centimes erhält. Eine geschickte Arbeiterin kann bei zwölfstündiger Arbeit 3, höchstens 4 Hemden im Tag herstellen. Ein anderes Kloster lässt sich für ein Dutzend Schürzen Frcs. 1·80 bezahlen. Früher hatte man in der Heimarbeit Frcs. 4·20 dafür bezahlt und die Arbeiterinnen konnten knapp dabei leben.

In der Nähe von Löwen hat man in einem kongregationistischen Waisenhaus eine mechanische Fabrik für Selkanten-(Litzen)Pantoffel eingerichtet, in der etwa 100 Mädchen, Pensionärinnen der Anstalt, arbeiten, die für ihre Arbeit keinerlei Entgelt bekommen. Die Waren werden für einen Spottpreis an einen Brüsseler Unternehmer geliefert. Eine gründliche Enquete würde diese Tatsachen in noch ganz anderem Masse aufhellen. Doch ist bei der wunderbaren Geschicklichkeit der Klöster, ihre Ausbeuterei im Dunkel zu praktizieren, eine solche schwer durchführbar. Aber man kann sich von diesem geheimen Treiben einen ungefähren Begriff machen, wenn man an die seinerzeitigen Enthüllungen über die Schulen für Spitzenarbeiten denkt — ein Gewerbe, das glücklicherweise dank der siegreichen mechanischen Konkurrenz seinem baldigen Ende entgegengeht.

Die klösterlichen Spitzenklöppelschulen waren Schulen nur dem Namen nach. Man lernte dort gewöhnlich nicht einmal richtig lesen, dagegen lernten die Mädchen und zuweilen auch die Knaben die Spitzenarbeit, die, wie sich von selbst versteht, zum



Nutzen des Klosters verkauft wurde. Von den 42.000 Schülern, die man im Jahre 1857 in den Klosterschulen zählte, ist heute kaum ein Fünftel übrig geblieben. Der Gewinn, den diese Einrichtungen erzielten, war ganz ungeheuer. Ungefähr die Hälfte dieser Klosterschulen verzeichnete einschliesslich der Löhne — denn man zahlte grossmütigerweise etliche Centimes für die Woche — eine jährliche Ausgabe von 149.371 Frcs. Der Verkauf der Spitzen brachte das Sümchen von 3,045.800 Frcs. herein! Noch im Jahre 1883 begann die Arbeitszeit um 5 und  $\frac{1}{2}$  Uhr morgens, um um 8 oder  $\frac{1}{2}$  Uhr abends zu enden. Unter den Kindern, die unter diesem mörderischen System frondeten, gab es solche im Alter von 6, 5 und 4 Jahren! Eine sorgfältig überprüfte offizielle Enquete von 1881 konnte die unglaubliche Tatsache berichten, dass in Tournai und Wareghem sogar zweijährige Kinder zur Profitvermehrung herangezogen wurden. . . . Heute verbietet das Gesetz, selbst unter dem Vorwand, dass es sich um eine „Schule“ handelt, die industrielle Arbeit von Kindern unter zwölf Jahren. Die letzte Enquete über diese Sache, die das Mitglied der klerikalen Partei, Verhaegen, zum Urheber hat, musste jedoch konstatieren, dass in den etwa 120 klösterlichen Spitzenschulen im allgemeinen die Kinder schon vom neunten und zehnten Jahre an zur Arbeit herangezogen werden. Von anderer Seite erfährt man, dass die Ausbeutung schon vom sechsten Jahre an beginnt.

Eine allgemeine Enquete über die Klosterarbeit wäre sehr wertvoll und lehrreich. Es ist aber wohl ausgeschlossen, dass die klerikale Regierung je in eine solche willigt. Aber die Enthüllungen, die der Prozess des „Guten Hirten“ herbeiführte, dessen Organisation mit der vieler belgischer Klöster identisch ist, lässt einen Teil der verheimlichten Wahrheit erraten, man kann darnach würdigen,<sup>1</sup> in welcher verhängnisvoller Weise diese ganze industrielle Tätigkeit der Klöster das wirtschaftliche Leben des Landes beeinflusst. Die Lohnarbeit hat die Konkurrenz einer in halber Sklaverei gehaltenen Arbeit, ähnlich der in Gefängnissen verrichteten zu erdulden. Ebenso leidet das private Gewerbe; und die Arbeiterinnen und oft auch die Arbeiter stossen auf eine neue Schwierigkeit im Kampf um die Verbesserung ihrer Lage. Wenn das Uebel weiter Platz griffe, wären einige unserer grossen Industrien dem sicheren Verfall preisgegeben.

Man begreift sonach, dass sich eine, weit mehr auf ökonomische, denn auf religiöse Erwägungen gegründete zunehmende Feindseligkeit gegen Klöster kundgibt, wie man sie übrigens in allen Ländern beobachtet hat, in denen die Kongregationen sich über das erlaubte Mass ausgebreitet haben. Es ist charakteristisch, dass diese Feindseligkeit bis in die Reihen der Katholiken hineinreicht wie in Frankreich, wo die Weltgeistlichkeit selbst die Ausweisung der Mönche nicht ungerne gesehen hat. So geschieht es, dass die Klöster, die die kirchliche Macht begründen, durch ihren Aufschwung selbst zu einer Ursache der Schwäche für die Kirche werden und ihr die Bevölkerung abwendig machen: die Arbeiter, die die Klöster zum Elend zwingen; das Kleinbürgertum, dessen Aufschwung sie hemmen und selbst zuweilen die Bourgeoisie, der sie das Geschäft verderben. Fast immer sind es Massregeln gegen die Mönche, mit denen die Bewegungen der antiklerikalen Reaktion einsetzen und es lässt sich nicht verhehlen, dass in Belgien gegenwärtig die Mönche äusserst unpopulär sind.

---

## Adolf Braun: **Unternehmerkartelle und Gewerkschaften**

Bald ist ein Vierteljahrhundert verstrichen, seitdem Lujo Brentano in der österreichischen Gesellschaft der Volkswirte seinen Vortrag über die Kartelle hielt, der zum erstenmal die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf die neuen industriellen Zusammenfassungen lenkte, über die schon vorher Kleinwächter ein Buch herausgegeben hatte, das aber wenig Beachtung fand. Eine vollständige Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse in naher Zukunft glaubten damals Brentano und Kleinwächter prophezeien zu können: Die Kartelle werden Ordnung bringen in die verwirrte Gesellschaft des



privaten Eigentums. Alle möglichen bedeutsamen Folgen wollten sie von den Kartellen ableiten. Mit Kleinwächter hoffte Brentano, damals der erste Theoretiker der Gewerkschaftsbewegung, von den Kartellen für die Arbeiterklasse einen gerechten Anteil an dem Produktionsertrag, eine Verminderung der Krisen, eine Sicherung der Lebensbedingungen der Arbeiter, eine Minderung der heutigen sozialen Not.

Die Kartelle haben grosse Bedeutung gewonnen, sie haben sich kräftig entwickelt, wenn sie auch nicht alle Möglichkeiten der Entfaltung ausgenützt haben. Steinmann-Bucher sagte einmal, die Kartelle würden weit mehr die ganze Volkswirtschaft beherrschen, wenn man nicht fürchten müsste, dass die Konzentration der industriellen Kräfte dem Staat den Gedanken der Monopolisierung zur Deckung seiner immer wachsenden Auslagen für Militär und Marine nahelegen würde. In einem Zeitalter des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes könnten sich die Kapitalisten bei aller Sympathie, die der Staat ihnen schenkt, nicht dauernd auf ihn verlassen. Es könnten Zeiten kommen, die den Staat zwingen könnten, mit dem Prinzip der Deckung seiner Auslagen durch indirekte Steuern zu brechen, wenn der Staat am Ende seiner Finanzpolitik angelangt sei und deshalb den Gedanken der Monopolisierung aufnehmen müsse, der am leichtesten durchzuführen sei, wo die Interessen nur weniger verletzt würden, wie das bei den kartellierten Industrien der Fall wäre. So kann man begreifen, warum sich die Kartelle doch nicht so rasch entfaltet haben, wie man erwarten konnte. Aber es fehlt trotzdem nicht an einer sehr bedeutsamen Entwicklung. Die Kartelle sind zu gewaltigen Körpern gediehen, die auf die Arbeiterverhältnisse einen sehr kräftigen Eindruck ausüben, freilich einen durchaus anderen, als Kleinwächter und Brentano in ihren ersten Erörterungen über die Kartelle angenommen haben.

Wer nur einen Blick auf die Statistik der Tarife wirft, die nun regelmässig von der Abteilung für Arbeiterstatistik im Statistischen Amt des Deutschen Reiches herausgegeben werden, weiss, dass diese Statistik keine Nachweisungen für die kartellierten Industrien bringt. Die Kartelle haben sich in der Regel auf einen über alle Massen schroffen Standpunkt der Ablehnung jeder Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen gestellt. Auch diejenigen, die ausserhalb der Arbeiterklasse die Fragen des Koalitionsrechtes, des Tarifvertrages, der Würdigung der Arbeiterinteressen beim Lohnvertrage, wenn auch nur ganz theoretisch erörterten, wie die bürgerlichen Nationalökonomien sozialpolitischer Färbung, haben sich stets unfreundliche Ablehnungen von den Herren der Kartelle geholt. Nirgends wird der Gegensatz, nirgends wird der Abstand zwischen Unternehmertum und Arbeiterorganisation kräftiger betont, wie im Machtbereiche der Kartelle. So mancher Gewerkschaftsbeamter hat merkwürdige Veränderungen bei den Chefs grosser Industrieunternehmungen bemerkt, nachdem die von ihnen geleiteten Betriebe fusioniert oder gar syndiziert wurden. Wurden die Leiter dieser Unternehmungen, nachdem sie Teile eines grösseren Ganzen geworden waren, bei den Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen von den Gewerkschaftsbeamten in die Enge getrieben, so gaben sie — die meisten recht ungerne — die Meinung ab, dass sie nun nicht mehr selbst entscheiden können, dass das letzte Wort dieser oder jener Bankdirektor, dieser oder jener Generaldirektor in einem anderen Orte zu sprechen habe. Diese Erfahrung lehrt schon, dass das Verhandeln unverhältnismässig schwieriger wird. Der Gewerkschaftssekretär kann häufig weder in friedlicher Verhandlung noch nach Führung eines Kampfes bei dem Leiter des Unternehmens, für das er bessere Arbeitsbedingungen erreichen will, ihren Abschluss durchsetzen, er muss damit rechnen, dass an anderer Stelle, die er nicht selbst beeinflussen kann, Voraussetzung und Bedingungen des künftigen Arbeitsverhältnisses geprüft werden, dass man diese Stelle nicht belehren kann, dass sie auch durch die gewerkschaftlichen Kampfmittel weniger bestimmt werden kann wie der Besitzer oder Direktor einer einzelnen Unternehmung.

Wenn auch die Leiter der Kartelle vielfach erklären, dass sie mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht befasst werden, so geht doch aus dem ganzen Wesen der Kartelle hervor, dass das Niederhalten der Produktionskosten für die Kartelle eine ganz bedeutsame Voraussetzung gedeihlicher Wirksamkeit für ihre Mitglieder ist, so dass jede die Produktionskosten verschiebende Regelung der Arbeitsbedingungen in einem kartellierten Werke die Kartelleitung beschäftigen muss. Ferner ist zu beachten, dass die zentral



geübte ganz genaue Produktionskostenkontrolle die Leiter jedes einzelnen Werkes, wenn sie in ihrer zumeist fürstlich bezahlten Stellung verbleiben wollen, zwingen muss, nicht zu ungünstigeren Bedingungen zu produzieren als die anderen Kartellwerke. Hieraus ergibt sich das Prinzip aufs höchste getriebener Sparsamkeit, nervöser Eifersucht, in der Wahrung der kapitalistischen Interessen nicht hinter den Kollegen zurückzubleiben, und hieraus ergibt sich endlich die stärkste Halsstarrigkeit bei jeder Verhandlung mit den Arbeitern und mit ihren Organisationen, auch bei gleichgültigen Dingen, weil man die Kraft der Ablehnung in der Konsequenz sucht und weil man die Arbeiter und ihre Organisationen abschrecken will, sich mit ernsteren Forderungen hervorzuwagen.

Die begeisterten Anhänger der Kartelle haben freilich hier und da die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass der Vorteil der Kartelle für die Arbeiter darin bestehen könne, dass man nicht mit den Direktoren der einzelnen Kartellwerke, sondern mit der Leitung des ganzen Kartells verhandle. Aber die Zusammenhänge der Kartelle liegen bekanntlich nicht offen; vielfach weiss man nicht, ob ein Unternehmen zu einem Kartell gehört oder nicht, der oberste Leiter des Kartells wird den an ihn herantretenden Arbeitern und ihren Vertretern sagen, dass sich das Kartell mit Arbeiterverhältnissen nicht befasse, das Unternehmen dem Kartell überhaupt nicht angehöre. Wenn er das nicht gerade leugnen wollte, wird er behaupten, das Kartell habe nur den Zweck des Warenverschleisses, kümmere sich aber sonst um die Verwaltung der Werke nicht, man müsse sich an den Direktor wenden, der allein zu bestimmen habe. Für die Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen hat die Verhandlung mit dem Kartell noch den weiteren Nachteil, dass weit grössere Fragen aufgeworfen werden, als im Sinne und in der Absicht der Gewerkschaftsorganisation liegen könne. Sie kann sich wohl stark genug fühlen, mit einem Unternehmen den Kampf aufzunehmen, in dem 2000 Arbeiter beschäftigt sind, aber die Frage so zu stellen, dass der Angriff sich nicht gegen ein Unternehmen mit 2000 Arbeitern, sondern gegen 10- bis 20.000 Arbeiter richten müsse, vermag vielfach der Gewerkschaftssekretär nicht zu verantworten. Gibt es keine Kartelle, so sucht sich die Arbeiterorganisation den Betrieb aus, in dem die günstigsten Organisationsbedingungen, die besten Aussichten für einen Erfolg und die geringste Widerstandskraft des Unternehmers zusammenfallen. Statt diese günstigen Aussichten nützen zu können, muss er in einer kartellierten Industrie daran denken, allen gleichzeitig den Kampf zu erklären, trotz verschiedenartiger Organisationsbedingungen, trotz ungleicher Aussichten eines Erfolges, trotz unverhältnismässig grösserer Kapitalkraft des Gegners. Der monopolisierte Betrieb fürchtet nicht die Konkurrenz der Aussenstehenden, der einzelne Betrieb fürchtet immer, dass ihm Kunden abgeschnappt werden können, dass er aus altgewohnten vorteilhaften Geschäftsbeziehungen herausgedrängt werden könne, dass deshalb das Nachgeben für ihn von Vorteil sein könnte. All diese Erwägungen sind dem Kartell fremd und stärken damit seine Widerstandskraft den Arbeitern gegenüber.

Im isolierten Betriebe spielen noch immer die Persönlichkeit des Besitzers oder Leiters, seine Gemütsverfassung, sein langjähriges Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft, die gesellschaftliche Umgebung des Fabriksleiters und so manch andere unwägbar und doch bedeutsame Momente mit. All das fällt weg im kartellierten Betriebe. Dort treten in den Hintergrund, ja erleichen zu völliger Bedeutungslosigkeit alle persönlichen Momente, die auf das Arbeitsverhältnis früher, wenn auch keinen entscheidenden, so doch nicht ganz irrelevanten Einfluss gehabt haben. Die Versuche, durch die öffentliche Meinung zu wirken, die mannigfachen Rücksichten, die ein privater Unternehmer gehabt hat, die auch für den Direktor eines grossen Unternehmens bestanden, haben völlig aufgehört. Die Kartelleitung ordnet an und der Herr Generaldirektor folgt ihr weit pünktlicher und sorgsamer, als der letzte Hofkehrer in der Fabrik seinen Vorgesetzten. Das gesamte Unternehmertum konzentriert sich im Kartell in einer einzigen willensstarken Person, dessen Absichten aufgenötigt werden, weil es ausserhalb des Kartells keine Möglichkeit gibt, in gewohnter Weise seine Arbeitskraft zu verwerten. Hochmut, Ueberhebung erwächst aus jeder Uebermacht. Können auch die Gewohnheiten Iwan des Schrecklichen oder eines türkischen Sultans von einem Kartellherrscher nicht zum Ausdruck gebracht werden, so tritt das Machtgefühl eines unum-



schränkten Industriebeherrschers oft aufs kräftigste in Erscheinung: Den Abnehmern, auch einer Regierung und ihrer Bureaucratie gegenüber, und selbstverständlich erst recht den direkt vom Unternehmer Abhängigen, den Ingenieuren, den kaufmännischen Angestellten und Arbeitern gegenüber.

Der Einwand, dass wir unsere Arbeiter doch organisiert haben, dass sie eine geschlossene Macht dem Unternehmer gegenüber bilden, trifft am allerwenigsten den Kartellen gegenüber zu. Der Anteil der Organisierten an der Gesamtheit der Arbeiter ist in dem modernen Mammutbetriebe und vor allem in den kartellierten Betrieben relativ ungünstig. Nur zu viele Arbeiter fühlen sich — auch vereint — klein und wehrlos gegenüber der unfassbar gewaltigen Macht des höchsten Unternehmertums, des privaten Industriemonopols. Man kann leicht den Arbeiter zur Organisation bewegen, wenn man ihm als Gegner den Betrieb mit 100, 200, 400 Arbeitern zeigt, wenn man ihn auf die Erfolge aufmerksam machen kann, die schon früher in dem gleichen Betrieb erzielt worden sind. Die Vorbereitung des Kampfes gegen die Kartelle erfordert aber eine überaus schwierige, auf das höchste gesteigerte Organisations- und Agitationsarbeit, eine ganz besondere Aufklärung der Arbeiter, die vielfach in ihren notwendigen Methoden noch nicht erkannt ist.

Das Kartell und der Mammutbetrieb werden sich in den nächsten Jahren ganz erheblich vermehren. Wir stehen vor neuen, ganz bedeutsamen Vertrustungserscheinungen, die die Bedeutung des bisherigen Kartellwesens für die gesamte Volkswirtschaft, aber auch für die Arbeiter ganz ausserordentlich in ihrer Bedeutung steigern werden. Vor völliger Vertrustung steht die deutsche Elektrizitätsindustrie, der deutsche Elektrizitäts-trust wird einen Welttrust der Elektrizitätsindustrie zur Folge haben, denn fast alle grossen Elektrizitätsfirmen in europäischen Staaten sind Gründungen der deutschen Elektrizitätsfirmen; kräftige Fäden verbinden die Berliner Elektrizitätsfirmen mit den grossen Elektrizitätsgesellschaften in den Vereinigten Staaten. Ist einmal der elektrische Trust zustande gekommen, so wird er den engen Zusammenschluss der Maschinenfabriken anregen, beide werden neuen Anstoss geben zu erhöhter Kombination in der Berg- und Hüttenindustrie. So zeigen uns die Trustbildung wie die durch die Hilfe der Grossbank sich vollziehenden Fusionierungen der Industrieunternehmungen neue Stärkungen des Kapitalismus und ein Wachstum der Unternehmermacht den Arbeitern gegenüber, so dass eine Verschärfung und Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes ins Auge gefasst werden muss.

Auch dort, wo das Prinzip der Konkurrenz durchaus selbstverständlich erscheint, so zum Beispiel dort, wo sich Zeitungen nur dadurch Existenzmöglichkeiten schaffen wollen, dass sie anderen Zeitungen ihre Abnehmer durch Verbilligung des Bezugspreises, durch steigende Leistungen der Berichterstattung abjagen, da wird plötzlich eine Solidarität der Unternehmer geschaffen, da wird ohne Ueberlegung die Gleichheit der Interessen erkannt, wenn die Arbeiterorganisation durch einen überraschenden Angriff dem Unternehmer etwas abnötigen will. Ein Musterbeispiel hierfür war der Kampf des Personals der Firma A. Scherl u. Cie. gegen die Druckerei des „Lokalanzeiger“. Die schärfsten Konkurrenten, Ullstein, der Verleger der „Morgenpost“, Rudolf Mosse, der Verleger der „Berliner Morgenzeitung“, waren sofort zu den grössten Opfern bereit, als die Arbeiter von der Firma Scherl etwas forderten, was über die Bestimmungen des Tarifvertrages hinausging. Ja es geschah noch mehr: sämtliche bürgerlichen Berliner Zeitungsverlagsanstalten erklärten sich absolut solidarisch mit der angegriffenen Firma, sie stellten für alle Zukunft ihre Solidarität fest, indem sie jeden Vorteil, der aus dem Angriff von Konkurrenten durch die Arbeiter entstehen könne, ablehnten und engstes Zusammenhalten in ähnlichen Fällen versprachen. Hieraus ersieht man, wie kräftig sich das Unternehmertum als Gemeinschaft gegen die Arbeiter zur Abwehr stellt. Die Arbeiter streben nicht nur ihre eigene Solidarität an, sie solidarisieren auch ihre Klassengegner.

Ein immer grösserer Teil von Arbeitern wird von den Kartellen beschäftigt. Eines der bekanntesten ist das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, das hauptsächlich das Dortmunder Revier beherrscht, wo im Jahre 1909 fast 81 Millionen Tonnen Kohle — 57·73 Prozent der gesamten preussischen Kohlenförderung — gewonnen wurden. Bloss 5·15 Prozent der Kohlenförderung in diesem Revier gehörten nicht dem Syndikat



an. Die Zahl der Bergarbeiter im Dortmunder Revier wuchs von 1860 auf 1908 von 29.320 auf 320.475. Diese grosse Anzahl von Arbeitern zu gewinnen war nur möglich durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte, so auch aus Böhmen und Oesterreichisch-Schlesien. Dass man sich dabei zu manchen Lohnsteigerungen bequemen musste, dass diese notwendig waren, um das Abströmen dieser Arbeiter nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu verhindern, kann als sozialpolitische Leistung nicht gewertet werden. Wir wissen im Gegenteil, dass die Klagen über die angeblich zu grosse Belastung der Industrie durch die Sozialpolitik zum erheblichen Teil von den an den Kartellen interessierten Industriellen herrühren.

Die Erwartung, dass die Kartelle eine Gleichmässigkeit der Konjunktur sichern würden, dass sie Krisen verhindern werden, hat sich als unbegründet erwiesen. Ganz im Gegenteil hat sich die Rücksichtslosigkeit der Kartelle gegen ihre Abnehmer in den Zeiten der Krise am stärksten gezeigt. Die den Abnehmern aufgenötigten langfristigen Lieferungsverträge mit hohen Preisen wurden auch nach Beginn der Krise in keiner Weise gemildert, so dass die Kartelle nicht selten die Schuld an den Verschärfungen der Krise trugen.

Die Entwicklung der Arbeitskämpfe hat uns im Aprilheft 1911 des „Kampf“ der Hamburger Genosse August Winnig unter dem Gesichtspunkte einer möglichen Humanisierung der Kampfformen dargestellt. So interessant seine Ausführungen waren, so forderten sie die Kritik heraus. Bald nachdem er seinen Artikel veröffentlichte, in dem er auch hervorhob, dass die Opfer der Justiz allmählich etwas geringer werden, erging das fürchterliche Urteil gegen seinen Kollegen Fröhlich im Köln-Deutzer Landfriedensbruchprozess und in der dritten Woche des Juni 1911 wurde aus Anlass eines unerheblichen Streiks der Holzbildhauer Maurer vom Lippeschen Schwurgericht zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. So scheint uns zu einer optimistischen Beurteilung der Gerichtsbehörden kein Anlass vorzuliegen. In Deutschland wie in Oesterreich wurden in der letzten Zeit Gesetze vorbereitet, die das Koalitionsrecht der Arbeiter beschneiden sollten. In Oesterreich wie in Deutschland hat die Sozialversicherungsvorlage eine Minderung der Rechte der Arbeiter bezweckt. Vor allem scheint uns die wirtschaftliche Entwicklung, die Konzentration des industriellen Kapitals dafür zu sprechen, dass der gewerkschaftliche Kampf erheblich erschwert wird. Aber mit Genugtuung können wir feststellen, dass auch die Kraft der Gewerkschaften wächst, dass ihre Schulung steigt, dass ihr Zusammenhalt und ihre finanzielle Kraft sich erheblich bessern. Aber das ist auch notwendig, denn die Kämpfe werden immer schwieriger für die Gewerkschaften.

Nicht dass die Kämpfe der Gewerkschaften aussichtslos wären, wollen wir behaupten, aber dass sie sich verantwortungsvoller gestalten. Nicht übermässigen Pessimismus wollen wir predigen, aber dem sich in der Gewerkschaftsbewegung hier und da zeigenden vorschnellen Optimismus möchten wir eine Warnung entgegenstellen.

---

Hugo Poetzsch (Berlin):

## Zurückgebliebene Bataillone im Heer der deutschen Arbeiterklasse

Die deutschen Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt einen so gewaltigen Aufschwung genommen, wie ihn selbst die grössten Optimisten noch in den 1890er Jahren des vergangenen Jahrhunderts voraussagen nicht gewagt hätten. Wurden doch im Jahre 1891 in 62 Zentralverbänden zusammen erst 277.659 Mitglieder gezählt, die sich bis zum Jahre 1899 etwas mehr als verdoppelt hatten, nämlich auf 588.473 gestiegen waren. Im Jahre 1904 war die erste Million überschritten (1,052.108). Von nun ab geht die Steigerung in gewaltigen Dimensionen — fast jedes Jahr um einige Hunderttausende — weiter, bis das Jahr 1909 mit 1,832.667 Mitgliedern abschliesst. Nur das



Jahr 1907, das Jahr der schwersten Krise, bringt einen kleinen Rückgang um rund 34.000 gegen das Vorjahr, während die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse für das Jahr 1910 (die vollständigen Zahlen liegen noch nicht vor) bei allen Gewerkschaften wieder einen bedeutenden Aufschwung erkennen lassen, so dass an der zweiten Million nur noch wenig fehlen dürfte\*). Einzelne deutsche Gewerkschaften haben sich zu Riesenverbänden entwickelt, so die Bauarbeiter, die nach ihrer Verschmelzung (Maurer und Bauhilfsarbeiter) zusammen (Ende 1909) rund 228.000 Mitglieder zählten; die Fabrikarbeiter 136.000, die Bergarbeiter 113.000, Holzarbeiter 149.000, Textilarbeiter 101.000 und endlich die Metallarbeiter mit 365.000 Mitgliedern. (Diese Zahlen beziehen sich alle auf den 31. Dezember 1909.) Der Transportarbeiterverband, der soeben seinen Jahresbericht für das Jahr 1910 veröffentlicht, brachte die Mitgliederzahl von 96.623 auf 152.954. Nach Abzug von 23.716 Ueberschreibungen aus den Verbänden der Hafendarbeiter und Seeleute, die sich mit dem Transportarbeiterverband verschmolzen haben, verbleibt demnach noch ein Zuwachs von 32.615 in einem Jahre, eine Ziffer, die bisher wohl noch niemals erreicht wurde.

Dazu kommen die anderen Gewerkschaftsgruppen, die Christlichen, die Hirsch-Dunckerschen, die sogenannten nationalen Verbände, die, wenn auch nicht so stark wie die freien Gewerkschaften, so doch immerhin eine stetige Zunahme zu verzeichnen haben. Die Gelben können natürlich als gewerkschaftliche Organisationen nicht betrachtet werden. Dagegen nehmen die verschiedenen Privatangestelltenverbände immer mehr einen gewerkschaftlichen Charakter an. Aber alle diese Gruppen können bei unserer Betrachtung ausscheiden, wir können uns bei der nachfolgenden Betrachtung auf die Vergleiche innerhalb der freien Gewerkschaften beschränken.

An dem Aufschwung der freien Gewerkschaften sind nicht alle Berufsorganisationen in gleichem Masse beteiligt. Es gibt einige Berufe, denen es an grösserer Ausdehnungsmöglichkeit fehlt, Organisationen, wie die der Bildhauer, Notenstecher und einige andere, die, obgleich sie nur wenige Tausende Mitglieder zählen, doch schon den grössten Teil der im Beruf Beschäftigten in sich vereinigen. Andere, wie die Metallarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, steigern unablässig und im schnellen Tempo ihren Mitgliederbestand, ohne dass damit ihr Werbegebiet wesentlich eingeschränkt würde. Diese Industrien greifen immer weiter aus, sie sind imstande, immer neue Scharen von Arbeitern in sich aufzunehmen.

Neben diesen gibt es nun einige Gewerkschaften, deren Fortschritte, gemessen an denen jener, recht bescheidene zu nennen sind. Hierzu gehören neben den Schlächtern, Friseuren, Müllern, Handlungsgehilfen vor allem die Gastwirtsgehilfen.

Am 1. Jänner 1898 traten sieben Lokalvereine mit nur 915 Mitgliedern zu dem Zentralverband deutscher Gastwirtsgehilfen zusammen. Der Verband stieg in zweijährigen Perioden wie folgt: 1387, 1973, 2704, 3908, 6702, 9572; die letztere Zahl wurde erreicht am 31. Dezember 1909, das Jahr 1910 schliesst mit 11.019 Mitgliedern ab. Also nach 13jähriger Organisationsarbeit ein recht bescheidenes Resultat, wenn man bedenkt, dass schon einige Lokalvereine seit dem Jahre 1890 bestanden hatten.

Welche Ursachen hat diese bedauerliche Erscheinung? Das soll in nachstehendem untersucht werden. Nicht alles, aber vieles von dem, was in dieser Beziehung über die gastwirtschaftlichen Angestellten zu sagen ist, dürfte auch auf die übrigen oben auch genannten Berufsgruppen zutreffen.

An Ausdehnungsmöglichkeit fehlt es im Gastwirtsgewerbe nicht. Die Zahl der darin beschäftigten Personen hat im letzten Jahrzehnt ganz gewaltig zugenommen, sie steigt ständig. Die Gewerbezahlung von 1895 stellte das Vorhandensein von 234.427 Betrieben fest, während im Jahre 1907 329.577 gezählt wurden, in denen insgesamt (mit den Betriebsinhabern) 803.603 Personen Beschäftigung fanden. Die Zahl der beschäftigten Hilfspersonen stieg in der gleichen Zeit von 268.088 auf 302.252. Hierzu kommen die im Betrieb mit tätigen Familienangehörigen, deren Zahl von 135.970

\*) Die zweite Million ist nun gründlich überschritten, die Metallarbeiter haben fast 500.000 Mitglieder, auch die Zahlen der anderen Organisationen sind in ähnlichem Verhältnisse gewachsen.



im Jahre 1895 auf 253.249 im Jahre 1907 stieg. Auch von den letzteren dürfte ein nicht unerheblicher Teil als organisationsfähig zu betrachten sein.

Hält man sich die oben angeführten Zahlen gegenwärtig, so erkennt man ohne weiteres, dass im Gastwirtsgewerbe noch immer die Kleinbetriebe vorherrschen. Die übergrosse Mehrzahl der Beschäftigten entfällt auf diese und auf die Mittelbetriebe; in den Grossbetrieben (mit über 50 Hilfspersonen) sind überhaupt nur 21.339 Personen beschäftigt.

Wenn in den Grossstädten auch im Gastwirtsgewerbe das Schlafen im Hause mehr und mehr abkommt, wenigstens soweit die Schankbetriebe in Betracht kommen, so ist der Kost- und Logiszwang in den Kleinstädten noch fast allgemein. Hier hemmen also zunächst alle Momente den Organisationsgedanken, die mit dem Kost- und Logiszwang ganz allgemein verknüpft sind: die Abgesondertheit von der grossen Masse der Berufsgenossen, die Abhängigkeit vom Unternehmer, dessen Bevormundung über die Grenzen des Arbeitsverhältnisses hinaus u. s. w.

Dazu erschweren die besonderen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Gastwirtsgewerbe die Organisierbarkeit, ebenso wirkt die überaus lange ermüdende Tätigkeit. Wenn man bedenkt, dass die im Jahre 1902 erlassene Bundesratsverordnung, die — aber nur für das gelernte Personal — den 16stündigen Normalarbeitstag bringt, dennoch als eine Verbesserung gegen den früheren Zustand empfunden wird, so kann man sich eine Vorstellung von der hier herrschenden Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft machen. Wie schon erwähnt, gelten die gesetzlichen Bestimmungen, die übrigens, wie aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, nur zum kleinsten Teil eingehalten werden, nur für Kellner, Köche, Buffetiers u. s. w., nicht für das grosse Heer der ungelerten Arbeiter, deren Arbeitszeit noch heute gänzlich unbegrenzt ist. Nach den von der Organisation angestellten Ermittlungen ist es gar nicht selten, dass zum Beispiel Hoteldiener 24 Stunden, 36 Stunden und länger nicht aus ihren Kleidern herauskommen. Die meisten von diesen haben nämlich nach angestrengtem Tagesdienst die Nachtwache zu übernehmen, wobei sie die spät heimkehrenden Fremden einlassen müssen, die früh Abreisenden zu wecken haben.

Die wenigen Stunden Schlaf, denen sie sich hingeben können, gleichen einer Art Dämmerzustand zwischen Wachen und Schlafen. Es bedarf keiner weiteren Beweisführung, dass derart ausgebeutete Leute dem Organisationsgedanken nur schwer zugänglich sind. Haben sie doch kaum Zeit, über ihre eigene Lage auch nur nachzudenken. Die Versammlungen für die Hausdiener wie für die Kellner müssen meist des Nachts abgehalten werden. Uebermüdet kommen sie dahin, unfähig, das Gehörte mit dem nötigen Verständnis aufzunehmen. In den Hoteldienerversammlungen, die vielfach in die Abendzeit zwischen 9 und 12 Uhr gelegt werden müssen, ist ein stetes Kommen und Gehen die Regel; die einen haben bei abgehenden, die anderen bei ankommenden Bahnzügen berufliche Verpflichtungen.

Am ehesten waren immer noch die Kellner der grossstädtischen Riesenbetriebe für die Organisation zu gewinnen. Diese wohnen meist ausser dem Hause, hier werden auch die Bestimmungen über den Ruhetag wenigstens einigermaßen durchgeführt. Auf diese wie auf den Hoteldiener konnte somit eine Einwirkung von aussen her erfolgen. Die ersteren erhalten zudem Gelegenheit, in unzähligen Versammlungen die Lehren der Arbeiterbewegung verkünden zu hören, deren werbende Kraft konnte auf die Dauer nicht ohne Einfluss bleiben.

Anders steht es um das grosse Heer der Hilfspersonen in Küche und Keller, auf den Etagen u. s. w. Es ist von der Aussenwelt fast gänzlich abgesperrt. Dazu kommt, dass sich gerade bei diesen Kategorien eine grosse Fluktuation, nicht bloss von Stelle zu Stelle bemerkbar macht, es besteht hier auch ein dauernder Wechsel des Berufes. Die Hausdiener zum Beispiel sind bald im Gastwirtsgewerbe, bald im Handelsgewerbe tätig. Die Schwierigkeiten, die allgemein bei der Gewinnung von weiblichen Angestellten für die gewerkschaftliche Organisation vorhanden sind, treten hier in verschärfter Masse auf, namentlich infolge der langen Arbeitszeit und weil die weiblichen Hotelbediensteten ihre Tätigkeit weit weniger als ihren Beruf auffassen.



Hierzu kommt ein weiteres, sehr wichtiges Moment: In den Fabriken sind alle Arbeiter einander ziemlich gleich gestellt in wirtschaftlicher wie sozialer Beziehung. Wenigstens sind meist grössere Gruppen von Arbeitern vorhanden, deren Arbeitsbedingungen die gleichen sind. Hier kann sich jenes schöne Solidaritätsgefühl entwickeln, das wir an den Industriearbeitern mit so grosser Freude beobachten. Im Gastwirts-gewerbe dagegen sind zahlreiche Abstufungen vorhanden. Die Kellner in einem Haus nehmen unter Umständen drei verschiedene Stellungen ein: Oberkellner, Zimmer-, Saalkellner. In der Küche ebenso. Neben dem Küchenchef die Ressortköche und die Aides. Beide Gruppen vermeinen mit souveräner Verachtung auf die untergeordneten Hilfs-personen herabblicken zu dürfen. Daraus entwickelt sich jener Standesdünkel, der im umgekehrten Verhältnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Lage dieser Arbeiter steht. Vereinsmeierei und -Spielerei ist die weitere Folge. Zahllose Vereine und Vereinen haben sich gebildet; die Hotel-, Restaurant- und Cafékellner sind in besonderen Vereinen getrennt und bekämpfen sich gegenseitig oft auf das heftigste. In diesen Vereinen gefällt man sich, stundenlange Debatten über goldene und silberne Medaillen und Vereinsabzeichen zu pflegen, die Prinzipalität anzuheben; selbstverständlich ist man auch gut patriotisch. Daneben bemüht man sich, die studentischen Trinksitten nachzu-äffen, sich auf den Gigerl hinauszuspielen. Leider ist unter den Gastwirtsangestellten auch der Spielteufel und das Wetten noch sehr verbreitet. Alle diese Untugenden hängen natürlich ebenfalls mit den Arbeitsverhältnissen zusammen. Die Angestellten, namentlich die Kellner, haben Gelegenheit, die sogenannten „besseren“ Gesellschaftskreise zu beobachten. Sie sehen den Gelehrten, den Schulmann, den Kaufmann u. s. w. nicht von der besseren Seite, nicht bei angestrenzter Arbeit, sondern eben im Gasthaus, wo selbst die ernstesten und tüchtigsten Menschen sich mehr gehen lassen. Sie sehen, wie reiche Protzen leichtfertig ihr Geld, das andere ihnen verdient haben, schlemmend wegwerfen. Dieses schlechte Beispiel kann nicht ohne Rückwirkung auf sie bleiben. Und mit Moral-predigten kann hier natürlich nichts gebessert werden.

Der Standesdünkel richtet sich nicht bloss gegen die „gewöhnlichen Arbeiter“, er hat auch eine dicke Scheidewand aufgerichtet zwischen den einzelnen Gruppen im Berufe selbst. So sind zum Beispiel die Köche in den Kellnerorganisationen in grösserer Anzahl nicht zu finden. Sie dünken sich „Künstler“, obgleich sie zum Teil erschreckend geringe Löhne beziehen, sie haben ihre eigenen Organisationen, eine für die besseren, eine andere für die „gewöhnlicheren“ Köche.

Der Lakaiengeist ist in jenen Elitevereinen, wie sie sich zum Unterschiede von der gewerkschaftlichen Organisation gern bezeichnen, noch so gross, dass die Gewinnung von „Ehrenmitgliedern“ und „passiven“ Mitgliedern aus den Reihen der Unter-nnehmer als besonders wünschenswert und zweckdienlich angesehen wird. So glaubte noch vor ganz kurzem die Leitung eines Köcheverbandes die Mitglieder anspornen zu sollen, doch mehr Mitglieder aus dem Prinzipalstande dem Verband zuzuführen, um das „An-sensen desselben zu heben“.

Die gewerkschaftliche Organisation hat begreiflicherweise einen schweren Stand gehabt, alle diese Untugenden, Vorurteile und Rückständigkeiten zu bekämpfen. Hier musste in dauernder Kleinarbeit eine Aufgabe gelöst werden, und daran wird noch ständig gearbeitet, die grosse Anforderungen an die Geduld und die Aufopferungs-fähigkeit der führenden Personen stellte.

Die grössten Schwierigkeiten aber, die der Organisierung des gastwirtschaftlichen Personals entgegenstehen — ich habe ihre Besprechung bis zum Schluss aufgespart — liegen in der Lohnform. Viele der oben angeführten Uebelstände haben in dieser ihre Wurzeln. Wohl der grösste Teil des an sich organisationsfähigen Personals ist auf Trinkgeld angewiesen. Barlohn erhalten die Kellner, Hoteldiener, Zimmermädchen entweder gar nicht oder sie werden mit lächerlich geringen Summen abgefunden. Aber damit nicht genug, die gastwirtschaftlichen Unternehmer haben es verstanden, ein System der Abgaben einzuführen, wodurch sie in ganz erheblichem Masse an den Trinkgeld-einnahmen ihres Personals teilnehmen. Um nur eine Zahl anzuführen: Nach den Erhebungen, die der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen über die Arbeits- und Lohnver-hältnisse in den Berliner Cafés anstellte, und die sich auf 244 Betriebe erstreckten,



hatten in diesen die Kellner an ihre Herren Prinzipale in einem Jahr die ungeheure Summe von 485.204 Mk. abzugeben. Diese Steuern auf die Trinkgeldereinnahmen werden eingetrieben in der Form von „Prozenten“, „Putzgeld“, „Bruchgeld“ u. s. w. Die Abgaben eines Kellners betragen für den Tag nicht selten 2 Mk. und darüber, nicht gerechnet die Auslagen für Essen und Trinken, da die vom Unternehmer dargebotene Beköstigung in den meisten Fällen ungenügend ist. Der erste oder die ersten Hausdiener eines Hotels müssen häufig einen, beziehungsweise mehrere Hilfskräfte ganz auf ihre Kosten anstellen. Diese den guten Sitten Hohn sprechende Bereicherung der Unternehmer an den Trinkgeldern ihrer Angestellten nimmt eine immer grössere Ausdehnung an, verpflanzt sich von den Grosstädten auf die kleineren Orte, namentlich auf die Saisonplätze.

Die Frage liegt nahe. Warum lassen sich die Kellner solches gefallen, warum setzen sie sich nicht zur Wehr? Antwort: Weil sie zu schlecht organisiert sind. Und sie sind mangelhaft organisiert eben wegen der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Da ist der Ring geschlossen. Statt sich zu wehren, suchen sie die Besteuerung wieder einzuholen durch vermehrten Druck auf die Gäste, sie werden zu „Trinkgeldjägern“. Es bedarf keiner längeren Auseinandersetzungen, dass das Trinkgeldersystem auf die Beteiligten im höchsten Grade demoralisierend wirkt. Wenn der Kellner — vom Hoteldiener gilt dasselbe — zur Arbeit antritt, weiss er nicht, ob er am Schluss seiner 16- bis 18stündigen Arbeitszeit 3 Mk. oder 10 Mk. verdient haben wird. Er hofft auf 10 Mk. Auf diese vage Hoffnung baut er immer und überall. Er nimmt eine Stelle in einem weit entfernten Kurort zu den denkbar schlechtesten Bedingungen an, borgt sich vielleicht das Geld zur Reise, er hofft auf reichlichen Verdienst. Er hat nicht die geringste Gewähr, seine ganze Existenz hängt von Zufälligkeiten, vom Wetter, von der „Güte“ (Laune) der Gäste etc. ab.

Der hohe Verdienst, wo solcher vorhanden, ist vielfach nur ein scheinbarer, erreicht durch eine übermässig lange Arbeitszeit. Ein Tagesverdienst zum Beispiel von 8 oder 10 Mk. nach 16- bis 20stündiger Arbeitszeit kommt doch nur gleich einem Hungerlohn von 50 Pf. für die Stunde. Je länger aber die Arbeitszeit, desto länger auch die Möglichkeit, Trinkgelder einzunehmen. Es kommt vor, dass Hotelangestellte auf ihre Ruhepause verzichten, weil ihnen bekannt ist, dass in dieser Zeit Fremde abreisen, die sie während des Aufenthalts im Hotel bedient haben. Während in allen anderen Berufen die Mehreinstellung von Arbeitern vom übrigen Personal freudig begrüsst wird, ist dies hier nicht immer der Fall, vermindert das doch die Aussichten des einzelnen auf Verdienst.

Die jüngeren Leute legen zudem vielfach weniger Gewicht auf hohen Verdienst als auf ein gutes Zeugnis aus einem grossen Hause. Tausende junger deutscher und österreichischer Kellner gehen alljährlich ins Ausland, um die fremden Sprachen zu erlernen. Auch hier nehmen sie, wenigstens anfangs, Stellungen zu den schlechtesten Bedingungen an.

Durch das schmäbliche Trinkgeldersystem haben die Unternehmer eine kräftige Peitsche in der Hand, durch die sie ihre Angestellten zu den höchsten Kraftanstrengungen treiben, so dass sie „freiwillig“ ihre Arbeitszeit verlängern.

Die Lohnfrage aber ist die Gewerkschaftsfrage überhaupt, neben der Verkürzung der Arbeitszeit ist der hauptsächlichste Zweck der gewerkschaftlichen Berufsorganisation die Erhöhung des Lohnes. So lange sich die geschilderten Berufsbedingungen nicht ändern, müssen sie die Entwicklung der Organisation hemmen. Bedenkt man alle diese Schwierigkeiten, so muss das eingangs abgegebene Urteil wesentlich eingeschränkt werden, dann ist das Resultat der Organisationsarbeit immerhin als ein befriedigendes zu bezeichnen.

Obwohl mir nicht die Aufgabe gestellt wurde, zu untersuchen, ob hier eine Aenderung eintrete, ob eine Beseitigung der Trinkgeldermiswirtschaft in der Zukunft zu erwarten ist, möchte ich doch diese Frage kurz erörtern. Wäre die Frage glatt zu verneinen, dann hätte die gewerkschaftliche Arbeit keine Aussicht auf Erfolg. Das ist indes nicht der Fall. Die Wandlung beginnt sich bereits anzubahnen von unten auf. In den Gewerkschafts- und Volkshäusern der Arbeiterschaft wird das Trinkgeld



durch Barlohn abgelöst. In einer Anzahl von Städten sind vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen mit Einzelbetrieben, zum Teil auch schon mit Unternehmerverbänden Tarifverträge abgeschlossen. In den grossen Saalgeschäften und Konzertlokalen gehen je länger je mehr die Trinkgeldeinnahmen zurück.

Die Abstinenz, beziehungsweise die Mässigkeitsbewegung ergreift alle Schichten der Bevölkerung; es wird nicht mehr so viel getrunken, damit verringern sich die Trinkgelder. Die Festlichkeiten der Arbeiter haben unter dem Einfluss der politischen und gewerkschaftlichen Aufklärung einen ganz anderen Charakter angenommen. In den Berliner Arbeitervereinen zum Beispiel werden heute Konzerte von hohem künstlerischen Wert gegeben. Da werden die Saaltüren geschlossen, da darf nicht serviert werden. Nach Beendigung des Konzertes gehen vier Fünftel der Besucher nach Hause. Vielfach sind die Gastwirte schon gezwungen, bei derartigen Veranstaltungen Saalmiete zu fordern, während sie früher durch den reichlichen Biergenuss ihrer Gäste ihre Rechnung fanden. Die Kellner werden aber trotzdem gebraucht, verdienen aber nicht mehr so viel an Trinkgeld, sie werden zu Lohnforderungen geradezu gedrängt.

Das Reisen wird immer demokratischer; immer grössere Massen gönnen sich einen kürzeren oder längeren Aufenthalt in der Sommerfrische. Diese aber müssen ihre Ausgaben auf das Notwendigste beschränken. Das Gastwirts-gewerbe als Ganzes gewinnt mit dem steigenden Reichtum der Nation, es werden darin auch mehr Leute beschäftigt. Die „Qualität“ der Gäste aber — vom Standpunkt des Trinkgeldarbeiters betrachtet — lässt nach. Sodann gibt es auch „prinzipielle“ Trinkgeldverweigerer unter der Arbeiterschaft.

Auf der anderen Seite gibt es bereits eine Anzahl Hotels ersten Ranges, in denen das Trinkgeld durch einen Aufschlag zur Rechnung „abgelöst“ ist. Staat und Kommune werden sich früher oder später dazu bequemen müssen, die Pächter ihnen gehöriger Lokale (Bahnhöfe, Ratskeller, zoologischer Gärten etc.) in der Pachtsumme so zu stellen, dass sie ihren Angestellten anständige Löhne zahlen. Eine hierauf abzielende Aktion ist bereits eingeleitet.

Dazu kommt schliesslich noch ein sehr wichtiges, erfreuliches Moment. Das wirtschaftliche und soziale Niveau der Arbeiterklasse hebt sich ständig, der Arbeiter wird selbstbewusster, stolzer, durchdrungen von der Würde der Arbeit. Das kann nicht ohne Einfluss bleiben auf die Angestellten im Gastwirts-gewerbe; sie entstammen in ihrer überwiegenden Mehrzahl Arbeiterkreisen, haben dort ihre nächsten Verwandten und Freunde. Mehr und mehr wird es als würdelos empfunden, Trinkgeld zu nehmen, aber auch Trinkgeld zu geben. Der Protz, der Aristokrat, sie werfen verächtlich dem Diener ein Geldstück zu, der Gebildete tut es, ohne geizig zu sein, mit innerem Unbehagen. Es ist kein Zufall, dass in dem geknechteten Russland die Trinkgelderwirtschaft ihre höchsten Triumphe feiert, dass umgekehrt in freien Ländern, wie England und Amerika, das Trinkgeld weniger beliebt ist, dort gewissermassen erst importiert worden ist.

All dies und manches andere, was hier nicht erwähnt wurde, berechtigt zu der bestimmten Erwartung, dass die Zeit kommen wird, in der die Angestellten im Gastwirts-gewerbe festen Lohn fordern werden, statt Trinkgeld. Nicht mit einem Schlage, nur langsam wird das kommen. Die Ansätze sind in mehrfacher Beziehung bereits vorhanden. Wie in allen Berufen sonst, wird es auch im Gastwirts-gewerbe noch zu Lohnbewegungen kommen. Dann werden Tausende der Berufsangehörigen den Weg zur Organisation zu finden wissen.



## Adelheid Popp: Lebensschicksal der Arbeiter

In der Reihe der Schriften des Vereines für Sozialpolitik ist vor einigen Monaten ein Buch erschienen: „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Grossindustrie, dargestellt an den Verhältnissen der Gladbacher Spinnerei- und Weberei-Aktiengesellschaft zu München-Gladbach im Rheinland“, das Dr. Marie Bernays zur Verfasserin hat. Dr. Bernays hat einige Wochen in der München-Gladbacher Spinnerei und Weberei als Spulerin gearbeitet, um das Fabriksleben aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Dr. Bernays hat schliesslich dem Direktor der Fabrik ihre Pläne mitgeteilt und dieser hat ihr noch den ferneren Zutritt in die Fabrik gestattet und auch, dass sie die Fragebogen den Arbeitern und Arbeiterinnen vorlegen konnte. Auch Auszüge aus den Lohnlisten durften gemacht werden. Das Material, das auf 417 Seiten aufgerollt wird, ist für alle, die sich mit Arbeiterverhältnissen beschäftigen, interessant und lehrreich. Die München-Gladbacher Spinnerei und Weberei beschäftigte im Jahre 1908 759 Personen. Die Frauenarbeit zeigt eine steigende Tendenz. Während 1891 in Prozenten 46·9 männliche und 53·7 weibliche beschäftigt waren, haben sich bis 1908 die Ziffern so verschoben, dass 41·5 männliche und 58·5 weibliche in Verwendung waren. Bemerkenswert ist, dass vor 20 Jahren — auf diesen Zeitraum erstreckt sich die Untersuchung — 70 Prozent der Arbeiterschaft unter dem 30. Lebensjahre standen, während in den letzten Jahren eine Zunahme der in höherem Alter stehenden Personen vor sich geht. 1891 waren 73 Prozent unter 30 Jahren, 1908 nur 30·6. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Verschiebung auf Rechnung der im allgemeinen kulturell höheren Lebenshaltung der Arbeiterschaft setzen, womit aber durchaus dieser kein Loblied gesungen werden soll. Aber kürzere Arbeitszeit ist ein Kulturfaktor, der schwer ins Gewicht fällt und in München-Gladbach wurde 1892 der elfstündige Arbeitstag eingeführt. Weiters haben sich die Eintrittschancen der „Jugendlichen“ dadurch verschlechtert, dass für sie eine kürzere Arbeitszeit vorgeschrieben ist. Späterer Eintritt in die Fabrik bedeutet aber längeres Anhalten der Lebenskraft. Das Alter zwischen 17 und 30 Jahren gilt als das günstigste für den Eintritt in die Fabrik. Nach dem 30. Jahre wird die Aussicht schon schwächer, nach dem 40. Jahre ist es für Männer besser wie für Frauen, nach dem 50. Jahre für beide verschwindend gering. Damit im Zusammenhang steht wohl die mit dem 30. Jahre beginnende grössere Stabilität der Arbeiterschaft. Wenn die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen, ungünstig sind, muss getrachtet werden, auf dem alten auch dann auszuharren, wenn man gern wechseln möchte. Es gibt aber zu denken, dass das 30. Jahr für den Proletarier schon die Grenze bildet, wo man beginnt, seine Kraft geringer einzuschätzen. Nichtproletarier stehen in diesem Alter oft erst am Beginn ihrer Karriere. Am meisten wechseln 17- bis 21jährige, also die Altersstufen, in deren Bewusstsein noch nicht die ganze Schwere des Daseins ruht und die auch noch nicht die Hoffnung, ein günstigeres Los zu erlangen, aufgegeben haben.

Interessant ist die Feststellung über die Abstammung der Arbeiterschaft. 24 Prozent stammen aus Textilarbeiterfamilien, fast 16 Prozent aus sonstigen Fabrikarbeiterkreisen, 6·3 Prozent von Erd- und Bauarbeitern, 14·5 Prozent sind Bauernkinder, 13·5 Prozent Handwerkerkinder und 15 Prozent stammen aus „besseren“ sozialen Schichten. Für die letzteren bedeutet die Fabrikarbeit absolut einen Abstieg zur „niedrigeren“ Klasse, relativ auch für die Handwerker- und Bauernkinder. Für die grössere Bedürfnislosigkeit der weiblichen Arbeiterschaft ist es gewiss nicht belanglos, dass die aus höheren Schichten stammenden Kreise der Arbeiterschaft überwiegend männlich sind, während eine grosse Zahl der weiblichen Arbeiterschaft aus tiefsten sozialen Schichten stammt. Aus kulturell tiefstehendem Milieu stammen 35·2 Prozent Arbeiterinnen, Arbeiter nur 24·9 Prozent. Die Abstammung von Handwerkern ist bei den männlichen Arbeitern um fast 10 Prozent grösser als bei den Arbeiterinnen (26·1 Prozent zu 16·7 Prozent). Die Handwerkerkinder haben die bei weitem beste Aussicht in der Fabrik, da die grosse Zahl der Werkmeister aus Hand-



werkerfamilien und „höheren“ Berufen stammt. Der Beruf der Weber, Spinner und Handwerker „erbt“ sich am häufigsten vom Vater auf den Sohn fort. So sind 37·6 Prozent aller Weber und 31 Prozent aller Spinner Söhne von Textilarbeitern, 38·4 Prozent aller Handwerker sind Söhne von Handwerkern. Dies lässt schliessen, dass die Berufe, wo einigermassen bessere Löhne zu erzielen sind, gern von den Kindern übernommen werden. Bei den Arbeiterinnen ist auch hier das Verhältnis ungünstiger. Nur 24 Prozent der gelernten Arbeiterinnen waren Textilarbeitertöchter und nur 7 Prozent die Töchter von Fabrikarbeitern. Die aus „besserem“ Elternhaus stammende Arbeiterschaft ist bei den Arbeiterinnen geringer als bei den Arbeitern, dagegen die aus „unterster“ sozialer Schicht stammende mehr als fünfmal so gross. Bei Webern und Weberinnen, wo es sich um die gleiche Arbeit handelt, tritt dieser Unterschied nicht zutage, um so krasser bei der unqualifizierten Arbeit. Da nimmt bei den Frauen die Abstammung aus der Landarbeiterbevölkerung zu. So waren unter den Strickerinnen 24 Prozent, unter den Spulerinnen 46·6 Prozent, unter den Zwirnerinnen 31 Prozent Landarbeiterstöchter. Bei der qualifizierten, weil eine grosse Fingerfertigkeit erfordernden Arbeit der Hasplerinnen tritt das Landarbeiterelement zurück. Da waren 44·3 Prozent Proletariertöchter, 12·6 Prozent Handwerker- und Bauerntöchter, vorwiegend aber Töchter von in der Fabrik angestellten Meistern. Dieser Umstand erfährt seine Begründung sofort dadurch, dass die Hasplerinnen guten Verdienst und saubere Arbeit haben! Wir haben also mit der Tatsache zu rechnen, dass die Arbeiterinnen aus kulturell niedrigerem Milieu stammen als die Arbeiter, weiters damit, dass ein Teil der guten Posten, wo ein sozialer Aufstieg leichter zu erzielen wäre, mit den Töchtern der Werkmeister besetzt ist, zwei Umstände, die wohl gewichtig genug sind, um uns die Ursachen zu weisen, warum die Arbeiterinnen der Organisation schwerer zugänglich sind als die Arbeiter. Landarbeitertöchter und Protektionskinder von Werkmeistern eignen sich sicherlich schwerer für den Klassenkampf als Proletariertöchter. Wenn auch München-Gladbach allein nicht für diese Schlussfolgerung massgebend sein kann, lehrt es uns doch die Gründe erkennen, die die Schwierigkeit ergeben, die Arbeiterinnen durch die gewerkschaftlichen Organisation zu erfassen. Noch ein weiterer Beweis.

Frau Dr. Bernays hat auch die Gründe erforscht, die die München-Gladbacher Arbeiterschaft bewogen hat, ihren Beruf zu ergreifen. Das Motiv der Not war bei 5·3 Prozent Arbeitern und bei 18·7 Prozent Arbeiterinnen massgebend. Arbeiterinnen, die durch drückendste Not getrieben werden, einen Beruf zu ergreifen, sind ebenfalls auf lange hinaus schlechtes Material für die Organisation. Der eigene Wunsch hat bei Arbeitern doppelt so oft für die Berufswahl entschieden wie bei Arbeiterinnen. Bei den angelernten Arbeiterinnen hat der Wunsch, rasch einen Verdienst zu haben, für die Wahl des Berufes entschieden. So war dieser Grund bei 53·3 Prozent Spulerinnen und bei 43·7 Prozent Zwirnerinnen für den Eintritt massgebend. Nur 26·8 Prozent der Arbeiterschaft hat den Beruf gewählt, weil auch Vater und Geschwister ihn ausübten. Doktor Bernays sagt, wie mir scheint mit Recht, dass man nur bei den qualifizierten Arbeitskräften teilweise von einer Berufswahl nach individueller Neigung und Fähigkeit sprechen kann. Bei den anderen Arbeiterkategorien scheint der innerhalb der Bevölkerung wirksame Auslesefaktor, der den einzelnen zur Fabriksarbeit bestimmt, der „Geldmangel und die Not zu sein“. Und weiters in einer Fussnote (Seite 131): „Dies gilt natürlich für die Frauen noch weit mehr als für die Männer; ebenso wie es ja auch selbstverständlich ist, dass mit der Fabriksarbeit der Frau nicht diejenige innere Hebung verbunden sein kann, die wir sonst gerne als die Wirkung selbständiger Frauenarbeit auf anderem (geistigem) Gebiet ansehen. Von Entfaltung ihrer Persönlichkeit durch Fabriksarbeit kann wohl kaum ernsthaft die Rede sein; freilich aber hatte früher fast keine Frau und haben auch heute noch die wenigsten Frauen anderer Kreise das Recht und die Möglichkeit, durch selbstgewählte Arbeit ihre „Individualität zu entwickeln“. Nur die gelernte Frauenarbeit in der Textilindustrie hat die Tendenz, Lebensberuf zu werden. Denn 70 Prozent Weberinnen, 72 Prozent Ringspinnerinnen, 64 Prozent Vorspinnerinnen, 63 Prozent Hasplerinnen haben nur diesen einen Beruf in ihrem Leben gehabt. Dagegen waren 20 Prozent der angelernten Spulerinnen früher Dienst-



mädchen und ungelernte Arbeiterinnen, weitere 26·6 Prozent nur Dienstmädchen gewesen; von den Zwirnerinnen waren 31 Prozent früher in häuslichen Diensten gewesen, 10·3 Prozent hatten Feld- und Hausarbeit getan. Diese Ziffern sind dadurch interessant, da sie uns den Zug der Dienstmädchen in die Fabrik zeigen. Die Fabrik übt trotz der vielen Nachteile, die sie heute hat, eine grosse Anziehungskraft auf alle aus, die die Gebundenheit des häuslichen Dienstes als Last empfinden. Alle jene, die über den Mangel an „Dienstboten“ klagen, könnten hier den Weg sehen, den sie einschlagen müssten, um den Dienstbotenberuf angenehmer zu machen. Einige freie Stunden am Abend sind wohl das Ziel der meisten Mädchen. Bezeichnend ist der Ausspruch eines der befragten Mädchen, warum sie den häuslichen Dienst verlassen, Die Antwort war: „dass die Werkmeister lange nicht so grob seien wie die gnädigen Frauen“. Und: „wenn man seine Arbeit tut, sagt einem niemand den ganzen Tag lang ein Wort“. Ausserdem können Fabriksarbeiterinnen, die bei ihren Eltern leben, diese besser unterstützen, als dies ein selbst gut bezahltes Dienstmädchen kann. — Interessant ist, dass sich die Abstammung der Arbeiterschaft verändert. Von den Grossvätern der München-Gladbacher Arbeiter waren noch 28·7 Prozent Bauern, von den Vätern nur mehr die Hälfte — 13·7 Prozent. In der jetzigen Generation ist unter derselben Anzahl kein Landmann mehr vorhanden. — Einen Beweis für die grosse Indolenz und Stumpfheit der Arbeiterinnen sieht Frau Dr. Bernays darin, dass 45 Prozent den Beruf des Grossvaters nicht anzugeben wussten.

Doch konnte festgestellt werden, dass 21·7 Prozent die Enkelinnen von Landleuten und 15 Prozent Enkelinnen von Handwerkern waren.

Unter den Vätern ist die Zahl der Handwerker schon geringer (9·7 Prozent), was die fortschreitende Proletarisierung des Handwerks beweist.

Beachtenswert ist auch für die Verschiebung der Berufe von Generation zu Generation, dass bei 6·6 Prozent aller befragten Arbeiter der Vater Handwerker, der Grossvater aber Landmann gewesen ist. Das Generationsschicksal, wie Dr. Bernays das nennt, scheint den Sohn vom Land in die Werkstätte, den Enkel aber von der Werkstätte in die Fabrik zu führen.

Wenn Sozialdemokraten auf diese Entwicklung hinweisen, ist man flugs mit der Behauptung zur Hand, dass die Sozialdemokratie auf die Vernichtung von Bauern- und Handwerkerstand hinarbeite. Hand in Hand mit dem Zug vom Land über das Handwerk zur Fabrik wird die militärische Tauglichkeit herabgemindert.

Von den zur Zeit der Enquete in der Fabrik beschäftigten Arbeitern, die im militärpflichtigen Alter standen, hatten 29 Prozent gedient, 71 Prozent nicht. Unter den Vätern dieser Arbeiter hatten noch 38·1 Prozent der Dienstpflicht genügt. Bei 26·9 Prozent hatte der Vater gedient, der Sohn nicht mehr. Besonders beachtenswert ist aber diese Erhebung nach qualifizierten und nicht qualifizierten Arbeitern. Die Weber und Spinner bleiben noch hinter der Durchschnittszahl zurück. Nur 16 Prozent der Weber und Spinner waren fähig, eventuell „auf Vater und Mutter zu schiessen“, 84 Prozent nicht. Die Zahl der Familien, die in zwei Generationen militäruntauglich sind, ist in den Gruppen der Weber und Spinner fast zehnmal so gross als die Zahl der Familien mit durch zwei Generationen unveränderter Militärtauglichkeit. Ganz anders steht es bei den Handwerkern und Werkmeistern. Von ihnen waren 44·7 Prozent militärtauglich gewesen. Ob die grosse Militäruntauglichkeit, die uns ja deshalb nicht gleichgültig sein kann, weil wir daraus auf eine allgemeine physische Degeneration der Textilarbeiterschaft schliessen müssen, seine Ursache wirklich darin hat, dass die Textilindustrie im allgemeinen diejenigen Arbeiter anzieht, die für schwere Industrien nicht gut zu gebrauchen sind, „eine Auslese der Mindestkräftigen“, vermögen wir nicht zu entscheiden. Auf alle Fälle gibt diese Erscheinung zu denken.

Noch ein Beispiel für die schlechtere soziale Lage der Arbeiterinnen. Von den über 40 Jahre alten Arbeitern wohnten 47·1 Prozent zur Miete, 46·9 Prozent im eigenen Hause oder in der Wohnung des Arbeitgebers; von den Frauen gleichen Alters wohnten 73·1 Prozent zur Miete und nur 17 Prozent im eigenen oder im Hause des Arbeitgebers, von den jugendlichen männlichen Arbeitern lebte fast ein Fünftel, 19·7 Prozent, im eigenen Hause der Eltern, von den weiblichen Arbeitern desselben



Alters nur 10·4 Prozent. Weiters wohnten von den jugendlichen männlichen Arbeitern nur 0·8 Prozent nicht bei den Eltern, von den weiblichen 9·3 Prozent.

Die ganze Skala des Arbeiterinnenelends lebt auf in diesen Zahlen. Grössere soziale Not, grössere Abhängigkeit von den verschiedensten, auch den schlechtesten Einflüssen, ausgeschlossen von jeder Anlehnung an den Schutz der Familie, so stehen schon jugendliche Arbeiterinnen im Leben. Was Wunder, wenn nur wenige von ihnen den Weg finden, der ihnen wenigstens die Hoffnung auf eine Erleichterung bieten würde. Auch die Heiratsmöglichkeit in München-Gladbach ist für die Arbeiterinnen geringer als für die Arbeiter.

\*

So waren von den über 21 Jahre alten männlichen Arbeitern 80·3 Prozent verheiratet, von den über 16 Jahre alten (dies das zulässige Heiratsalter) Arbeiterinnen 36·8 Prozent. Die Zahlen über die Heiratsfrequenz in der Rheinprovinz zeigen im Vergleich mit jenen in der München-Gladbacher Spinnerei, dass die frühe Heiratsmöglichkeit der Textilarbeiterinnen in der Gladbacher Fabrik sehr gering ist. So ist in der ganzen Rheinprovinz die Heiratsfrequenz der 21- bis 30jährigen Männer geringer, die der Frauen des gleichen Alters grösser als in der München-Gladbacher Spinnerei. Es waren von den Männern des genannten Alters verheiratet: In der Rheinprovinz 30·8 Prozent, im Stadtkreis München-Gladbach 38·3 Prozent, von den Arbeitern der Spinnerei 57·4 Prozent. Von Frauen desselben Alters: In der Rheinprovinz 53·2 Prozent, im Stadtkreis München-Gladbach 43·1 Prozent, von den Arbeiterinnen der Spinnerei München-Gladbach nur 23·2 Prozent. Dieses Ergebnis berechtigt zu dem Schlusse, dass der Arbeiter früher zur Heirat entschlossen ist, um ein eigenes Heim, zum Unterschied vom Bettgeherwesen, zu haben, während bei Erhebungen, die die Männer aller Klassen umfassen, die Heiratsabneigung der Beamten, Lehrer und aller in besseren Stellungen befindlichen Männer die Ziffer der Heiratsfrequenz herabdrückt. Bei den Frauen ist es umgekehrt. Die Fabrikarbeiterin hat weniger Aussicht, in ganz jungen Jahren zu heiraten, weil sie kein Heim bieten kann, da steigen die Chancen der Töchter mit Mitgift und solcher, die einen Beruf haben, der einen Verdienst neben der Wirtschaft ermöglicht. Dennoch wird auch nach den vorliegenden Ergebnissen die verheiratete Arbeiterin eine immer häufigere Erscheinung in der Fabrik. Denn 1908 gab es in München-Gladbach doppelt so viele verheiratete Arbeiterinnen als 1891. — Bei der Untersuchung der Fruchtbarkeit ergibt sich die Tatsache, dass, an den Ergebnissen dieser einen Fabrik betrachtet, die Weberinnen und Ringspinnerinnen die unfruchtbarsten Frauen sind. Die Verfasserin will das teilweise damit erklären, dass diese beiden Arbeiterinnengruppen „echtere“ Proletarierinnen sind als die fruchtbareren Vorspinnerinnen. Das heisst, dass zu den Wirkungen des Proletariemilieus oder, besser gesagt, der Frauenarbeit die steigende Unfruchtbarkeit gehört. Die ungelerten, also sozial „tiefst stehenden“ Arbeiterinnen hatten bei geringster Kinderzahl die grösste Sterblichkeitsziffer aufzuweisen. „Von je drei Kindern, die sie geboren hatten, sahen sie zwei sterben.“

Hochinteressant sind die Darlegungen betreffs der Anschauungen, die in München-Gladbach in Bezug auf die Moral der Textilarbeiterinnen gelten. Der Ruf der Mädchen ist so schlecht, dass es den anständigsten — nach bürgerlichen Begriffen — nicht möglich ist, in einem besseren Hause eine Wohnung zu bekommen, obwohl der Gewerbestand der Stadt von der Industriearbeiterschaft lebt. Eine Bäckerfrau empfindet es als Schande, wenn ein Fabrikmädchen im fünften Stock ihres Hauses ein Zimmer hat.

Und die Vergnügungen der Arbeiterschaft? Auf die Frage: „Was tun Sie am Sonntag?“ kehrt immer wieder die Antwort: „Da schlafe ich lange.“ Der eine geht mit der Frau spazieren, der andere spielt mit den Kindern.

„Der Sonntag der verheirateten Arbeiterinnen dagegen ist nicht mit diesen Worten zu charakterisieren, ja es ist zweifelhaft, ob er überhaupt den Namen ‚Ruhetag‘ verdient.“ (Seite 236.)

Eine der Arbeiterinnen antwortete auf die Frage, was sie am liebsten zu ihrer Erholung täte: „Ach, du lieber Gott, hinsetzen und ausruhen.“ Die jugendlichen Arbeiterinnen sind eifrigere Leserinnen als die Arbeiter desselben Alters.



Aber aus was besteht die Lektüre der Mädchen? Hintertreppenromane, Kolportageliteratur der schlimmsten Sorte, daneben Lebensbeschreibungen von Heiligen und Märtyrern, die ihnen von den Priestern gegeben werden. (München-Gladbach ist bekanntlich eine Hochburg des Zentrums.) Die jungen Arbeiter aber lesen Räuber- und Indianergeschichten, sehr selten Dichterwerke.

Frau Dr. Bernays widmet auch der Bedeutung der katholischen Religion im Leben der Arbeiterschaft eine kurze Betrachtung. Sie sucht zu verstehen, dass der Arbeiter, der die Woche über in „hässlicher Umgebung, bei stumpfsinniger Beschäftigung lebt, beim sonntägigen Gottesdienst im grossen Dom, umgeben von schönen Bildern und schöner Musik, sich selbst vielleicht unbewusst gehoben fühlt durch den Zusammenhang mit einer Jahrtausende alten Kultur“. Und dass „die durch Elend stumpf gewordenen Frauen sich am liebsten an die schmerzreiche Frau und Mutter wenden“.

Aber sonderbar: „Uebermächtig ist der Einfluss der katholischen Kirche in der dortigen Gegend“, ihre Herrschaft ist unumschränkt — und dennoch so trostlose Zustände, dennoch eine sittlich tiefstehende Arbeiterschaft, dennoch geschlechtliche Perversitäten in einem Umfang, dass davon geredet wurde. Wo bleibt da der sittliche, der veredelnde Einfluss der Religion?

Das Buch bietet noch viel beachtenswertes Material. Es ist gewiss auch darum beachtenswert, weil es ohne politische Note und Absicht Licht verbreitet über das Lebensschicksal einer bestimmten Schichte der Arbeiterklasse, woraus man auf die Lebenslage von Millionen anderer Männer und Frauen schliessen kann, die, von den Sonnenseiten des Lebens ausgeschlossen, in einer Weise leben, wie sie den Oberschichten der Gesellschaft nicht als lebenswert erscheinen mag.

Zu dieser Erkenntnis trägt für alle, die des menschlichen Empfindens nicht entbehren, das Werk Dr. Marie Bernays wesentlich bei.

## Josef Luitpold Stern: Schundliteratur

Wenn bürgerliche Herren wider die Schundliteratur zu sprechen beginnen, sollten wir immer hinhorchen. Sie sind alle Gegner der Schundliteratur, sie wollen sie aus der Welt schaffen, sie wollen „kämpfen“. Aber dieser Kampfwille deckt zugleich die inneren Widersprüche der heutigen Gesellschaft auf. Wer sich nämlich mit dem Problem der Schundliteratur befasst, kommt sachte darauf, dass sie nur eine Folgeerscheinung ist, dass die Ursachen und Zusammenhänge tiefer im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft stecken. In den Leitsätzen, die eben von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt veröffentlicht werden, heisst es ganz richtig: „Die Schundliteratur erscheint nur als Symptom einer allgemeinen Volkskrankheit. Ihre Bekämpfung im weitesten Umfang bildet daher einen Teil der allgemeinen Kultur- und Bildungsaufgaben und hat im Zusammenhang mit den zu deren Erfüllung zu ergreifenden Massnahmen zu erfolgen.“\* Freilich erklärt sich so, warum die Bekämpfung der Schundliteratur trotz aller Mühe und Anstrengung nur wenig Erfolge erzielt: Der Klassenstaat der Gegenwart hält sein Segel straff auf den Profit gerichtet, freiwillig ergreift er keinerlei Massnahmen um die allgemeinen Kultur- und Bildungsaufgaben zu erfüllen. So bringt der bürgerliche Wille, die Schundliteratur zu beseitigen, immer mehr Worte als Taten hervor und gibt sich schliesslich mit einer Art geistiger Wohltätigkeit zufrieden, aber Wohltätigkeit beseitigt kein Elend.

Die Retterin aus der Not wird auch hier die Arbeiterschaft selbst. Ihr Aufstieg allein ertrotzt den Sieg im Kampfe wider die Schundliteratur, weil die Arbeiterklasse allein die Volkskrankheit heilen wird, deren Symptom die Schundliteratur ist. Der Arbeiter-

\* Bekämpfung der Schundliteratur mit einer Zusammenstellung der bisher getroffenen Massnahmen. Heft 5 der Flugschriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Berlin. Karl Heymanns Verlag. 1911. 52 Seiten. 48 Heller.



klasse bedeutet der Kampf gegen die Schundliteratur einen Teil des Klassenkampfes. Wir haben das grösste Interesse daran, alles Erniedrigende, alles Verdummende, alles Verrohende aus dem Leben der Arbeiterschaft auszuschalten. Die Voraussetzung aller unserer politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Aktionen ist das Selbstdenken der Masse. Nach W. Börner aber gibt es nicht weniger als zwanzig Millionen Deutsche, deren Vorstellungswelt ganz oder teilweise unter dem hirnlähmenden Einfluss der stumpfsinnigsten Kolportageromane sich formt\*. Der Kenner weiss, dass zu diesen zwanzig Millionen Opfern der geistigen Ausbeutung zumeist Arbeiter und Arbeiterinnen zählen. Es ist nicht auszudenken, welchen Kraftverlust diese Tatsache in dem gewaltigen Ringen der Arbeiterschaft um die Veredlung ihres Lebens darstellt. So gewinnt die Forderung nach geistigem Arbeiterschutz überragende Bedeutung. Die Fantasievergiftung ist nicht minder zu bekämpfen als die Bleivergiftung. Der Schauerroman ist ein heimlicher Freund des Kapitalismus: er verhindert die Revolutionierung des Bewusstseins. Aus innerstem Ziel-drang muss sich die organisierte Arbeiterschaft getrieben fühlen, die Schundliteratur aus dem Gedankenkreis ihrer Klassengenossen zu verbannen. Die Kampfmittel, die uns hierbei zur Verfügung stehen, seien im folgenden angedeutet.

Zunächst der Unterhaltungsteil der Arbeiterpresse. Ihn immer sorgfältiger und ideenreicher auszugestalten, ist Vorbedingung aller proletarischen Kunsterziehung. Von den Prinzipien des Arbeiterfeuilletons sei ein andermal die Rede. Hier sei nur betont, dass uns ein systematisches Hinweisen auf gute und billige Bücher für das Haus des Arbeiters noch vollkommen fehlt. Niemand wird leugnen wollen, dass die Buchkritiken unserer Arbeiterpresse unorganisiert und unorganisch, wahllos und irreführend sind. Täglich müssten unsere Arbeiterzeitungen auch über die Welt der Bücher Bericht erstatten, das Schwächliche verwerfen, das Fördernde würdigen, den Arbeitern, den Frauen und der Jugend erwünschten Wink und Rat geben und namentlich Probestellen aus Neuerscheinungen vorlegen. Viel zu wenig oder — sagen wir es nur heraus — überhaupt nicht befasst sich die Arbeiterpresse mit den Fragen der Volksbildungspolitik. Das Bibliothekswesen ist ein Stiefkind unserer Presse. Und doch wäre es notwendig, die Bücherbestände der Volksschulbibliotheken, der Volks- und Arbeiterbibliotheken unter unsere ständige fachkundige Kritik zu stellen, für ihre Subvention durch Stadt und Land einzutreten, ihre bedeutungsvollen Erfolge, die Einstellung neuer Werke, die Herausgabe ihrer Kataloge regelmässig zu verzeichnen und ihre Fortentwicklung mit aller Kraft zu fördern. Das brächte Schwung und Ehrgeiz in das Bildungsstreben jeder Stadt.

Die zweite Waffe in unserem Kampfe um wertvolle und erhebende Lektüre wären die Arbeiterbibliotheken. Sie wären es, wenn wir uns um sie mehr kümmern wollten. Die endliche Durchführung einer radikalen Bibliotheksreform ist unerlässlich. Wir brauchen Bibliothekarkurse, verständige Kataloge, modern eingerichtete und fachmännisch geleitete Zentralbibliotheken. Heisst es denn nicht Schundliteratur begünstigen, wenn eine Wiener Arbeiterbibliothek im Jahre 1908 die 14 Marlitt-Romane, die sie ganz überflüssigerweise auf ihren Regalen duldet, 283 mal entlehnt?\*\*\* Die grössten Verdienste erwürbe sich der Mann, dem es glückte, all die schlechten Bücher aus den Arbeiterbibliotheken zu entfernen. Es sollte hiezu eine eigene Kommission eingesetzt werden. Völlig im argen liegen unsere Lesezimmer. Und doch könnten wir sie leicht ausbauen, allgemein zugänglich machen und uns damit den Dank ganzer Städte erwerben. Ein Jahr ernster Reformarbeit ist unseren Bibliothekaren, unseren Bücherbeständen, unseren Lesezimmern und unseren Katalogen dringend zu wünschen. Eine gebietende Notwendigkeit ist auch die Errichtung zahlreicher Bibliotheken für die Arbeiterjugend. In den 16 Ortsgruppen der Wiener Jugendlichen gibt es im ganzen 2000 meist schlecht gewählte Bücher. Ist das nicht beschämend? Nicht einmal die zehnfache Zahl könnte genügen.

Die Arbeiterjugend — hier ruft überhaupt das breiteste Feld zum Schaffen. Der „Jugendliche Arbeiter“ und die Jugendbeilage der „Arbeiterinnen-Zeitung“ verdienen die reichste Förderung. Weiss die österreichische Arbeiterschaft, mit welchen lächerlich geringen Mitteln der „Jugendliche Arbeiter“ hergestellt werden muss? Dass die Re-

\* Wilhelm Börner: Die Schundliteratur und ihre Bekämpfung. Wien 1910.

\*\*\* Rudolf Neuhaus: Was liest der Wiener Arbeiter. „Bildungsarbeit“, I. Jahrg., Nr. 4.



daktion es sich kaum gestatten darf, einmal statt eines Bildes zwei oder gar drei zu bringen? Und doch wäre es nur klug, wenn wir hier reichste Mittel zur Verfügung stellen wollten. Es würde wieder hereinkommen! Dann die Vereinigungen der „Kinderfreunde“! Sie stehen noch allzusehr im Schatten der Verborgenheit. Alles, was zur Erziehung unserer Jugend beitragen will, muss von uns kräftig unterstützt und in den Vordergrund geführt werden. Es dürfte keine Arbeiterbibliothek ohne Jugendschriftenabteilung geben. Man beachte doch endlich, was schon Genosse Volkert bemerkt hat: Was nützen alle Wünsche in Bezug auf eine Bekämpfung der Schundliteratur, wenn wir nicht das unsrige tun, um den Kindern gute Bücher in die Hand zu geben? So vielfach wird über das mangelnde Lesebedürfnis unserer Arbeiter geklagt und grosse Anstrengungen werden gemacht, hier Wandel zu schaffen. Erziehen wir schon das Kind zum Lesen, so bekämpfen wir diese Uebelstände sehr wirksam\*.

Entscheidend für die Verbreitung des guten Schrifttums ist die Geschicklichkeit unserer Parteibuchhandlungen. Durch originell gestaltete Auslagen könnten sie viel Segensreiches stiften. Sie sollten häufig Ausstellungen guter und billiger Bücher veranstalten und die Arbeiter zu freier Besichtigung in Verbindung mit wirkungsvollen Ansprachen laden. Sie könnten sich dafür einsetzen, dass zur Weihnachtszeit überall Bücher- und Bilderausstellungen zustande kämen. Die Leipziger Parteibuchhandlung gibt Buchsparkarten aus — warum greifen wir die Idee nicht auf? Warum wird nicht jede Volksbuchhandlung zu einer Zentral-Büchersparkasse? Mit besonderer Sorgfalt müssten die Kataloge hergestellt werden. Organisationen und Einzelkäufer sollen in den Leitern der Volksbuchhandlungen verlässliche Ratgeber finden. Nicht mehr aufschiebbar ist eine Neuregelung unseres Kolportagewesens. Wenn man einmal die Kolportage als die bedeutendste Förderin der Schundliteratur bezeichnet hat, so müsste es unser Ehrgeiz sein, die sozialistische Kolportage zur bedeutendsten Förderin des guten und geistweckenden Schrifttums auszubauen. Auch klug verfasste Inserate dürften die Lust am guten Buche steigern.

Ebenso sollten unsere Vortragsabende viel stärker für die Buchpropaganda verwertet werden. Es müsste eigentlich jeder Vortrag mit einer Ausstellung der einschlägigen Literatur verbunden werden. Ebenso notwendig wäre die Verteilung von Merkblättern, die eine Zusammenstellung der Bücher im Anschluss an die einzelnen Vorträge enthalten. Nach jeder Rezitation mache man bekannt, wie billig die vorgetragenen Dichtungen zu erwerben sind, oder Sorge dafür, dass man sie gleich in dem Bildungsverein erhält. Wie sehr eine Verwertung der Vortragsabende die Lektüre zu beeinflussen vermag, beweist ein Vortrag über Ibsen, den jüngst der Gumpendorfer Arbeiter-Bildungsverein veranstaltete. Im Anschluss an diesen Vortrag wurden Ibsens Werke 68mal entlehnt. In Meidling erzielte Ibsen im gleichen Jahre nur 28 Entlehnungen. Diese Tatsache ist denkwürdig.

Besondere Bedeutung messe ich dem Inhalt des Arbeiterkalenders zu. Ihn zu einem Hausbuch des proletarischen Lebenswillens zu gestalten, ist ein Ziel, das erreicht werden muss, wenn wir auch noch recht fern davon sind. Dieser dilettantische Bildschmuck, dieser vormärzliche hundertjährige Kalender, diese planlose Aufeinanderfolge guter und schlechter Aufsätze — das alles hat zu verschwinden und Gehaltvollerem Platz zu machen. Ein Jahrbuch sozialistischer Kultur — das soll der Arbeiter in die Hand bekommen, wenn er den Arbeiterkalender kauft und die ganze Erde, wie sie sich neu formt den Zielen zu, die wir ihr setzen, soll ihm vom ersten bis zum letzten Blatt entgegenleuchten.

Am wirksamsten aber wäre es, wenn unsere Parteiinstanzen (vielleicht in Verbindung mit den Gewerkschaften, mit den Konsumgenossenschaften und mit den freien Volksbühnen) die Gründung eines sozialistischen Sonntagsblattes ermöglichen wollten; damit erst wäre der Boden gewonnen, auf dem die bewusste Erziehung des Proletariats zu kampffrohem Weltgenuss heraufwachsen kann. In den zahlreichen Schriften, die von der Bekämpfung der Schundliteratur handeln, wird die organisierte Arbeiterschaft immer ehrenvoll genannt. Hier weist man auf die guten Romane unserer Presse

\* Karl Volkert: Was lesen unsere Kinder? „Bildungsarbeit“, II. Jahrg., Nr. 4.



hin, dort erwähnt man, dass das Berliner Gewerkschaftshaus Ausstellungen wider die Schundliteratur veranstaltet. Es ist alles recht. Aber unser Ehrgeiz sei unermesslich. Es soll uns nicht genügen, einiges besser zu machen, wenn wir wissen, wie viel mehr zu leisten noch in unserer Kraft liegt. Tausend Männer mühen sich, das schlechte Schrifttum durch das gute zu ersetzen. Wir wollen nicht nur in dieser Bewegung, wir wollen an der Spitze dieser Bewegung marschieren.

## Rundschau

### Keine Blockpolitik

Am 20. Juni haben in Wien die Sozialdemokraten den Liberalen, die Liberalen den Sozialdemokraten Wahlhilfe geleistet. Bürgerlicher Freisinn und proletarischer Sozialismus haben zusammengewirkt, die Christlichsozialen zu stürzen. Dieser Tatsache haben einige reichsdeutsche Parteiblätter eine Erklärung gegeben, die aus Missverständnissen hervorgeht und Missverständnisse herbeizuführen geeignet ist. Bekanntlich ist ein „Block der Linken“, ein Bündnis des deutschen Liberalismus mit der deutschen Sozialdemokratie, der Gegenstand der Sehnsucht des linken Flügels des deutschen Liberalismus und des rechten Flügels der deutschen Sozialdemokratie. Manche unserer reichsdeutschen Genossen scheinen nun zu glauben, Oesterreich zeige einer solchen Politik ein nachahmungswürdiges Vorbild. Der Block „von Bebel bis Bassermann“ habe in einem Block von Adler bis Friedmann sein Vorbild erhalten.

Diese Ausdeutung der Wiener Wahlen ist grundfalsch. In dem grössten Teile Oesterreichs standen wir bei den Wahlen einer Koalition des Liberalismus und des Klerikalismus gegenüber. In den deutschen Wahlbezirken Böhmens, Mährens, Schlesiens, Salzburgs, Kärntens, der Steiermark stand die Sozialdemokratie der „einen reaktionären Masse“ allein gegenüber. Die Christlichsozialen Jerzabek und Neunteufel wurden mit nationalliberaler, zwei Dutzend Nationalverbändler mit christlichsozialer Wahlhilfe gegen uns gewählt. Ausserhalb Niederösterreichs ist kein deutscher Sozialdemokrat mit liberaler Unterstützung gewählt worden. Auch unsere tschechischen Genossen in Böhmen sind einem Kartell der bürgerlichen Parteien gegenübergestanden. Da war also von einem liberal-sozialdemokratischen Wahlkartell nichts zu sehen.

Nur in Wien und in den tschechischen Wahlbezirken Mährens haben Liberale und Sozialdemokraten einander Stichwahlhilfe geleistet. Hier hatten beide Parteien das gemeinsame Interesse, die Uebermacht des Klerikalismus zu brechen.

Aber diese gegenseitige Unterstützung beschränkte sich natürlich auf den Tag der Stichwahl: im Parlament werden wir den Liberalen und Nationalen sofort als Gegner gegenüberstehen. An einen parlamentarischen Block „von Adler bis Friedmann“ denkt in unserer ganzen Partei — von unserer äussersten Linken bis zu unserer äussersten Rechten, von Strasser bis Leuthner — kein Mensch.

Warum haben wir am 20. Juni sieben Liberale und Nationale in Wien gegen die Klerikalen gewählt? Wahrhaftig nicht in der Meinung, dass die Arbeiterklasse von Herrn Waber mehr zu erwarten habe als von dem Prinzen Liechtenstein! Wahrhaftig nicht in dem Glauben, es komme nun für Oesterreich eine Periode der „Kooperation der Klassen“, eine Periode, in der Bourgeoisie und Proletariat gemeinsam die klerikal-agrarische Reaktion niederringen werden! Wir kennen die österreichische Bourgeoisie gut genug, um zu wissen, dass sie es immer vorziehen wird, mit Klerikalen und Agrariern gegen das Proletariat zu marschieren, als sich mit den Arbeitern gegen Klerikale und Agrarier zu verbünden! Die liberale Bourgeoisie mag uns am Tage der Stichwahl ein paar Mandate gönnen; aber im Parlament verschwindet ihr Hass gegen die Reaktion sofort, wenn das Proletariat fordert, was ihre Profite schmälern könnte. Nein, aus ganz anderem Grunde haben wir bei der Stichwahl die Liberalen den Christlichsozialen vorgezogen. Der „christliche Sozialismus“ hat die Klassengegensätze verdecken, er hat „alle arbeitenden Stände“ mit den Mitteln der sozialen Demagogie in einer Partei vereinigen wollen. Darum musste er fallen und darum mussten wir ihn stossen, damit er falle. Sein Sturz macht die Bahn erst frei für den Aufmarsch der Klassen. Ist der „christliche Sozialismus“ aus dem Wege geschafft, dann wird die Bourgeoisie sich im Liberalismus und Nationalismus ihre Vertretung suchen, die Arbeiter, die noch den Christlichsozialen Gefolgschaft geleistet haben, werden heimfinden in das Lager der Sozialdemokratie, das Kleinbürgertum wird in einer ver-



kleinerten Neuauflage der christlichsozialen Partei von neuem den hoffnungslosen Versuch unternehmen, mit den Mitteln des Zünftlertums das Kleingewerbe vor dem kapitalistischen Ansturm zu „retten“. So bereitet der Zusammenbruch der sozialen Demagogie des „christlichen Sozialismus“ die reinliche Scheidung der Klassen, den unverfälschten und unverhüllten Klassenkampf vor. Er führt nicht zur „Kooperation der Klassen“ in einem liberal-sozialdemokratischen Block, sondern zum Klassenkampf zwischen der nationalliberalen Bourgeoisie und dem sozialdemokratischen Proletariat. Unsere Verbündeten vom 20. Juni werden morgen unsere Feinde sein.

O. B.

### Tschechische Kandidaten in deutschen Wahlbezirken

In drei Wahlbezirken Deutschböhmens hat die tschechoslawische Sozialdemokratie Gegenkandidaten gegen die Wahlwerber der deutschen Sozialdemokratie aufgestellt. Zum ersten Male haben wir das beschämende Schauspiel erlebt, dass deutsche und tschechische Sozialdemokraten einander im Wahlkampf gegenüberstanden. Die Verantwortung für diesen Bruderkampf hat die tschechoslawische Sozialdemokratie zu tragen. Die deutsche Sozialdemokratie war bereit, die Kandidaturen der Genossen Jarolim und Koffron zu widerrufen und mit den tschechischen Genossen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Die tschechoslawische Sozialdemokratie hat aber dieses Anbot abgelehnt. Sie hat darauf bestanden, in drei Wahlbezirken Deutschböhmens ihre eigenen Kandidaten aufzustellen.

Die Wirkungen solcher Trutzkandidaturen sind gleich schädlich für das tschechische wie für das deutsche Proletariat. Auf tschechischer Seite hat der Wahlkampf aufgehört, ein Klassenkampf zu sein; er wurde zum nationalen Kampfe. Denn der tschechoslawische Sozialdemokrat, der in einem deutschen Wahlbezirke kandidiert, erhält als einziger tschechischer Kandidat die Stimmen aller Tschechen des Wahlbezirkes, — also nicht nur die Stimmen der tschechischen Arbeiter, sondern auch die des tschechischen Bürgertums. Der Wahlkampf kann also seine Aufgabe, die Scheidung der Klassen zu vollziehen, nicht erfüllen. Auf deutscher Seite aber werden die nationalen Empfindlichkeiten gereizt, wenn um ein Mandat, das in dem in der Reichsratswahlordnung enthaltenen nationalen Ausgleich der deutschen Nation zugerechnet wurde, ein Tscheche sich bewirbt. Gerade in einem Gebiet mit starker tschechischer Einwanderung ist die nationale Reizbarkeit naturgemäss besonders stark. Die Propaganda des Internationalismus versagt hier

vollständig, wenn die deutschen Arbeiter sehen, dass tschechische Proletarier ihnen als Gegner gegenüberstehen. So werden die deutschen Arbeiter dem Nationalismus in die Arme gejagt.

Die Erfolge der tschechischen Kandidaturen zeugen gegen sie. Am besten haben sie in Brüxland abgeschnitten. Hier erhielt:

der Deutschradikale	3600 Stimmen
„ deutsche Agrarier	853 „
„ „ Sozialdemokrat	1427 „
„ tschechische „	2381 „

Diese Zahlen beweisen, dass die Mehrheit der Wählerschaft in diesem Wahlbezirk deutsch ist: ein Tscheche hatte also keinen Anspruch auf das Mandat. Wohl hat der tschechische Sozialdemokrat mehr Stimmen bekommen als der deutsche. Aber er erhielt seine Stimmen eben nicht als Sozialdemokrat, sondern als Tscheche: die tschechischen Kleinbürger haben mit den Arbeitern für ihn gestimmt. Dagegen hat der deutsche Sozialdemokrat natürlich auch hier nur sozialdemokratische Stimmen bekommen; das deutsche Kleinbürgertum hat deuschradikal oder agrarisch gestimmt. Auch innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft hatten also die deutschen Sozialdemokraten die Mehrheit! Die tschechischen Sozialdemokraten konnten also dieses Mandat nicht beanspruchen. Dass sie trotzdem an einer selbständigen Kandidatur festgehalten haben, hat nur die Wirkung gehabt, die deutschen Arbeiter zu erbittern. Das hat sich sehr deutlich bei der Stichwahl gezeigt, in der die deutschen Arbeiter der Stichwahlparole der deutschen Sozialdemokratie nicht Folge geleistet haben. Dadurch wurde zwar das Wahlergebnis nicht bestimmt, da ja der Deutschradikale der agrarischen Stimmen sicher war, also in jedem Falle gewählt worden wäre, aber es ist ein sehr bedenkliches Symptom der nationalen Erbitterung, die die tschechische Sonderbündelei erzeugt hat.

Wenn wir eine Gesamtorganisation haben sollen, dann müssen die tschechoslawischen Genossen anerkennen, dass sie in den 233 Wahlbezirken, die die Reichsratswahlordnung der deutschen Nation zugewiesen hat, die Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie unterstützen müssen, ganz ebenso, wie es die natürliche Pflicht der deutschen Genossen in den tschechischen Wahlbezirken ist, die Kandidaten der tschechoslawischen Sozialdemokratie zu unterstützen. Denn der Nutzen, den die Gewinnung eines Mandats im deutschen Gebiete der tschechoslawischen Sozialdemokratie bringen könnte, steht in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den ein Wahlkampf zwischen deutschen und tschechischen



Genossen der ganzen österreichischen Internationale, wie dem Gedanken der proletarischen Internationalität selbst zufügt. Die Aufstellung tschechischer sozialdemokratischer Kandidaten in deutschen Wahlbezirken nützt nur dem Nationalismus, dem tschechischen sowohl wie dem deutschen. Wir gestehen gern zu, dass die tschechischen Arbeiter in den meisten Wahlbezirken ihre proletarische Pflicht treu erfüllt haben, obwohl die gehässigen Angriffe gegen die deutsche Partei, die mitten im Wahlkampf in den tschechischen Parteiblättern zu lesen waren, ihnen dies schwer genug gemacht haben mögen. Aber in den Bezirken Brüx-Land, Dux-Land und Leitmeritz haben die tschechoslawischen Sozialdemokraten die Pflicht, die die internationale Solidarität ihnen gebot, zum Schaden der ganzen österreichischen Arbeiterbewegung grob verletzt.

Die tschechoslawischen Genossen können diesen schweren Fehler auch damit nicht entschuldigen, dass den tschechoslawischen Kandidaten in Mähren die Kandidaten der tschechischen Zentralisten entgegengetreten seien. Denn erstens hat nicht die deutsche Partei den

Bruderkrieg in den tschechischen Wahlbezirken Mährens herbeigeführt; diese Verantwortung belastet diejenigen, die die mährischen Zentralisten aus der tschechoslawischen Partei ausgeschlossen und die dem Genossen Hornof nur darum, weil er Zentralist ist, seinen Wahlbezirk genommen haben. Zweitens aber ist ein Kampf zwischen zwei tschechischen Sozialdemokraten immer weit weniger gefährlich, als ein Wahlkampf zwischen einem deutschen und einem tschechischen Sozialdemokraten. Denn jener bleibt ein Kampf der Ideen und Programme innerhalb einer Nation; dieser wird unvermeidlich zum nationalen Kampfe und dadurch zur Gefährdung der internationalen Gesinnung der Arbeiterschaft. Die tschechischen Zentralisten in Mähren haben die Einheit der tschechoslawischen Partei zerrissen, um der Sache der Internationale zu dienen; die tschechoslawischen Separatisten in Deutschböhmen haben die Pflicht der internationalen Solidarität verletzt und die Erziehung der Arbeiterschaft zu internationaler Gesinnung erschwert. Jene haben aus Liebe zur Internationale geirrt, diese haben an der Internationale gesündigt.

O. B.

## Bücherschau

### Parteiliteratur

Im Februar kam eine Delegation belgischer Gewerkschafter nach Berlin, um die Organisationen der deutschen Arbeiter zu studieren. Für diesen Kreis arbeitete Karl Kautsky einen Vortrag aus, den der Berliner Parteiverlag unter dem Titel: „Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie“ herausgegeben hat. (Preis 30 h.) Von dem Streit zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern an bis zu dem Streit über die Bewilligung des Budgets in den süddeutschen Landtagen gibt uns Kautsky eine überaus klar und volkstümlich geschriebene Darstellung der inneren Kämpfe in der deutschen Sozialdemokratie. Auch die Streitigkeiten zwischen der Partei und den Gewerkschaften werden besprochen. Kautsky erwartet, vielleicht allzu optimistisch, die stete Milderung der innerhalb der Arbeiterbewegung bestehenden Gegensätze. Die Lektüre der Broschüre ist auch in Oesterreich jedem Arbeiter zu empfehlen; denn die taktischen Probleme, die in der reichsdeutschen Sozialdemokratie erörtert wurden, bestehen, wenn auch in weniger entwickelten Gestalt, auch in allen anderen kapitalistischen Ländern.

Die besonderen Probleme der österreichischen Sozialdemokratie werden von Kautsky nur kurz gestreift. Er spricht davon, dass die Annäherung der Gewerkschaften an die Partei in

Deutschland den revisionistischen Flügel der Arbeiterbewegung stärken müsse, und fügt hinzu: „Aber das ist eine Geringfügigkeit, wenn man sie vergleicht damit, wie der syndikalistische Kultus direkter Aktion in Frankreich und Italien, wie gewerkschaftlicher Separatismus in Oesterreich, wie trade-unionistischer Liberalismus in England, wie eine gewerkschaftliche Schwanzpolitik in Amerika den Sozialismus schädigen und lähmen.“ (S. 36.) Unsere tschechischen Genossen sollten nicht übersehen, dass der Mann, der seit Engels' Tode das Haupt der Marxschen Schule ist und der unsere österreichische Arbeiterbewegung genauer als jeder andere Genosse im Auslande kennt, ihre Politik für noch schädlicher hält, als den von ihm mit Recht so heftig bekämpften deutschen Revisionismus, und dass er sie in einem Atem nennt mit halb bürgerlichen und halb anarchistischen Strömungen, die von der ganzen Internationale bekämpft werden.

O. B.

### Geschichte des Sozialismus

Der erste Band eines von Professor Doktor Karl Grünberg herausgegebenen „Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“\* liegt nun vor. Die Mannigfaltigkeit der Beiträge, die vielen Materialien für die Geschichte des Sozialismus

\* Leipzig, C. L. Hirschfeld 1911. Preis 12 Mk.



und der Arbeiterbewegung, die Bibliographie, wie auch die zahlreichen Besprechungen, die uns nicht selten auf sonst unbekannt gebliebene Bücher aufmerksam machen, liefern den Beweis, dass, um ein nur zu oft missbrauchtes Wort gerecht anzuwenden, diese Zeitschrift wirklich eine Lücke ausfüllt. Damit soll nicht gesagt sein, dass wir mit allem oder auch nur mit dem meisten, was diese Zeitschrift enthält, vollkommen einverstanden sein können. Das neue „Archiv“ ist keine Zeitschrift aus einem Guss, es arbeiten Männer der verschiedenartigsten wissenschaftlichen Auffassung mit, Sozialdemokraten wie auch scharfe Gegner unserer Anschauungen. Wir finden vieles, was uns zum Widerspruch reizt, aber trotzdem möchten wir die Zeitschrift nicht missen, wir würden es bedauern, wenn sie von geschulten Parteigenossen und von unseren grösseren Bibliotheken unbeachtet gelassen würde. Eine Auseinandersetzung mit einem Zeitschriftenband von 545 Seiten, die neben dem Vorwort des Herausgebers elf Abhandlungen, vier urkundliche Mitteilungen, ein Schock Bücherkritiken etc. etc. enthält, ist natürlich nicht möglich. Wir müssten zu jeder einzelnen Auffassung Stellung nehmen, wir müssten zu manchem Buch, wie zu seiner Kritik etwas sagen, und wir hätten endlich noch die Verpflichtung, die vom Herausgeber sicherlich wohl überdachte, aber doch zur Kritik herausfordernde Abgrenzung der Zeitschrift zu erörtern.

So gerne wir dieses Urteil im einzelnen begründen würden, so unmöglich ist hier die Erfüllung einer Aufgabe, die sonst der wissenschaftlichen Kritik gesetzt ist. Nur einiges sei bemerkt. Die Zeitschrift enthält Beiträge, die man nur bei der allerweitesten Auffassung der Geschichte des Sozialismus in sie einreihen kann. Untersuchungen, die in ein wissenschaftliches Organ der Nationalökonomie passen, sind für das Archiv für die Geschichte des Sozialismus doch ein Ballast, weil man sie dort nicht sucht, und weil sie auch dort nicht das verdiente Interesse finden können. Besonders reizen manche Besprechungen zum Widerspruch. So ist das Muster einer Besprechung, wie sie nicht sein darf und wie sie unwissenschaftlicher nicht gedacht werden kann, die vom Münchner Professor Robert Poehlmann über Kautskys „Ursprung des Christentums“. Der Professorenhochmut und die Rachsucht eines einmal gekränkten Professors machen sich da Luft. Statt das Buch und seine Stellung in der sozialistischen Literatur und seine Bedeutung für die Geschichte des Sozialismus darzulegen, wird dem hochverdienten Verfasser die wissenschaftliche Methode abgesprochen, weil er sich, was übrigens auch nach dieser Besprechung durchaus bestritten werden muss, in der Methode der Arbeit und in der Auswahl und Benützung des Materials Unterlassungen zuschulden habe kommen lassen. Selbst wenn das alles zuträfe, wovon wir durchaus nicht überzeugt sind, wäre die Besprechung durchaus ungenügend, weil sie sich an Nebensächlichkeiten klammert und eine Beurteilung des Buches unterlässt.

Es ist, wie dieses Archiv wieder lehrt ungeheuer schwierig, eine Zeitschrift herauszugeben, in der die Vertreter aller sich sonst aufs heftigste bekämpfender Richtungen mitwirken.

Dass aber dem Herausgeber die ernsteste Absicht der Objektivität und eine hervorragende, höchst dankenswerte Leistung nicht abgesprochen werden kann, lehrt der Gesamthalt seiner Zeitschrift. Wir bekennen, aus dem ersten Band, der nun vollständig vorliegt, sehr vieles gelernt zu haben, wir hoffen, dass mit uns viele Leser des Kampfes das „Archiv“ lesen und aus ihm neue Belehrung schöpfen werden über die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, ein leider noch so wenig beachtetes Gebiet der Wissenschaft.

ad. br.

## Konsumvereine und Arbeiterbewegung

In Oesterreich ist das Verhältnis zwischen Konsumgenossenschaften und Sozialdemokratie eigentlich nie ein ernsthaftes Problem gewesen. Seit es überhaupt in Oesterreich eine Arbeitergenossenschaftsbewegung gibt, ist sie stets in engster Fühlung mit der Partei gestanden. Nicht so in Deutschland. Hier hatte sich allmählich eine Konsumentenorganisation herangebildet, die, obzwar unter den Einwirkungen der sozialistischen Bewegung entstanden und grösstenteils aus Arbeitern bestehend, dennoch abseits stand von dem grossen Strom der modernen Arbeiterbewegung. Die deutsche Sozialdemokratie hatte ursprünglich eine ablehnende, später eine gleichgültige Haltung gegenüber den Genossenschaften eingenommen und bis in die jüngste Zeit beibehalten — welche Haltung nebenbei ihren guten historischen Sinn hat. So blieben diese beiden Zweige der Arbeiterbewegung ohne den lebendigen Zusammenhang, den das Interesse des Proletariats erheischt.

Heute ist das aber anders geworden, heute ist die Arbeiterschaft Deutschlands in der Lage, auch der genossenschaftlichen Betätigung ihr Augenmerk zuzuwenden. Und nun empfindet sie die Trennung von Genossenschaft und Partei unangenehm und steht vor der bedeutungsvollen Aufgabe, zwischen beiden Organisationsformen ein zweckentsprechendes, das heisst ihrem Klasseninteresse förderliches Verhältnis zu schaffen. Wie sehr diese Aufgabe die deutschen Genossen beschäftigt, beweisen ebenso die Debatten des letzten Parteitages, wie die Tatsache, dass die Erörterungen der Frage hüben wie drüben nicht zur Ruhe kommen. Es gibt nämlich auch ein „Drüben“ in der Sache und dieses bilden die führenden Männer der deutschen Genossenschaftsbewegung. Bedauerlicherweise ist nämlich die Leitung der deutschen Konsumvereine, deren Mitglieder zu 85 bis 90 Prozent Proletarier sind, von früher her grösstenteils in Händen von Bürgerlichen, die politisch nichts weniger als Anhänger der Sozialdemokratie sind und die sich theoretisch in ein förmliches — wie sie meinen, wissenschaftliches — Genossenschaftssystem eingesponnen haben. Diese Leute denunzieren alle Bestrebungen, innigere Beziehungen zwischen den genossenschaftlichen und politischen (und gewerkschaftlichen) Organisationen der Arbeiterschaft herzustellen, als Bemühungen, die Selbständigkeit der Konsumgenossenschaften zu untergraben und sie unter die Botmässigkeit der politischen Partei zu bringen — was natür-



lich niemandem einfällt, da es sich nur darum handelt, die Konsumvereine als gleichberechtigten Faktor neben, nicht unter die Partei zu stellen. Aber jene Leiter der Genossenschaftsbewegung halten an der Isolierung der Genossenschaften unbedingt fest und verteidigen die bestehende Trennung von der politischen Organisation als wahrhaftige „Separatisten“ mit aller Energie. Sie erklären die „politische Neutralität“ für eine Lebensnotwendigkeit der Genossenschaftsbewegung und können sich gar nicht genug tun, dieselbe gerade der Sozialdemokratie gegenüber hervorzukehren.

Nun muss betont werden, dass es auch sozialdemokratische Genossenschaftler gibt, die auf diesem Standpunkt stehen. Zu ihnen gehört Gertrud David, die in einer kleinen, anspruchslosen Broschüre\* den Genossenschaftsgedanken in der Geschichte des Sozialismus verfolgt und nach einer Darstellung der Produktivgenossenschaften der Konsumvereine und der landwirtschaftlichen Genossenschaften in eine Erörterung der Beziehungen der Genossenschaftsbewegung zu den anderen Gliedern der Arbeiterbewegung eingeht. Gertrud David vertritt eine gemässigte Neutralität; sie wünscht ein „verständnisvolles, ergänzendes Zusammenarbeiten der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kampforganisationen“ des Proletariats; doch lässt sie nicht erkennen, wie sie sich dieses Zusammenarbeiten genauer vorstellt. Im übrigen ist die Broschüre, die sich von den sattsam bekannten genossenschaftlichen Ueberschwenglichkeiten glücklich fernhält, für eine erste rasche Orientierung über das Genossenschaftswesen sehr geeignet.

Das Gleiche kann von Hermann Fleissners Schrift „Genossenschaften und Arbeiterbewegung“, Dresden 1911 (Preis 1 Mk.), gesagt werden. Die Schrift deckt sich dem Inhalt nach so ziemlich mit der Davidschen, ist aber umfangreicher und auch gehaltvoller. Fleissner, der als Marxist in der Beurteilung der Genossenschaftsfrage auf festem Grunde steht, erkennt den Klassencharakter der Konsumvereine ohneweiters an. Er deckt die vielfachen Berührungspunkte der Genossenschaften und der anderen Glieder der Arbeiterbewegung auf und wendet sich gegen jene „Neutralität“, die die Wortführer der deutschen Genossenschaftsbewegung ostentativ gerade gegen die Sozialdemokratie hervorkehren. Doch geht auch Fleissner in der Ablehnung der Neutralität nicht bis ans Ende. Sehr angebracht ist es, dass er aus der genossenschaftlichen Literatur einige Proben für die Verstiegenheiten bringt, in denen sich viele Konsumvereinsführer gefallen.

Ein typisches Produkt dieser Literatur mit allen ihren Schwächen ist eine Schrift von Heinrich Kaufmann, dem Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine: „Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung“, Hamburg 1911. Dieses Büchlein, mit dem der Verfasser offenkundig gegen die Sozialdemokratie Front macht, ist nichts als eine Serie von Artikeln der „Konsumgenossenschaft-

lichen Rundschau“, die, wie das bei den Kaufmannschen Artikeln nun einmal nicht anders geht, der Oeffentlichkeit auch noch in Buchform serviert werden. Wie gewöhnlich bei seinen schriftstellerischen Produktionen, holt Kaufmann etwas weit aus — das soll offenbar dem Werk den „wissenschaftlichen“ Charakter geben. 30 Seiten seiner Broschüre widmet er den „Wandlungen in den sozialdemokratischen Grundanschauungen“ und den „Wandlungen in den Anschauungen der Sozialdemokratie über den Begriff Klassenkampf“. Warum auch nicht? Es nimmt sich immer gut aus, wenn man zeigen kann, dass man etwas gelesen hat. Und vielleicht finden sich Leute, von denen man darob gar für einen Gelehrten gehalten wird. Irgend welche neue Gedanken enthält die Schrift nicht. Was Kaufmann selbst und andere schon hundertmal über das Wesen und das Programm der Konsumgenossenschaften gesagt haben, das setzt er nun zum 101. mal auseinander und dies mit einer Bedeutsamkeit, als hätte er eben die unerhörtesten Wahrheiten entdeckt. Kaufmann ist ein Hauptvertreter der striktesten Neutralität, sein Lieblingsargument ist die „Gleichartigkeit der Konsumenteninteressen“. Kaufmann ist blind gegen die Tatsache, dass die Konsumvereinsbewegung Klassencharakter besitzt, Klassencharakter nicht nur deshalb, weil sie ihre Anhänger bis auf einen kleinen Teil aus dem Proletariat rekrutiert, sondern auch deshalb, weil sie bestimmte Klasseninteressen verletzt. Gegen diese unbequemen Tatsachen hilft man sich mit dem Zauberspruch: „Konsumenten sind wir ja alle“ und zieht beruhigt eine scharfe Grenzlinie zwischen den „allgemeinen“ Konsumvereinen und der Partei, die „nur“ Produzenteninteressen vertritt. Für die tiefgründige Wissenschaftlichkeit der neuen „Genossenschaftstheorie“ nur ein Pröbchen. Also schreibt der literarische Wortführer der deutschen Konsumvereinsbewegung: „Die Genossenschaften sind allgemeine Personengesellschaften. Diese grundsätzliche Ausdehnung der Genossenschaft auf die Allgemeinheit ist ein sozialistisches Element im Genossenschaftscharakter!“ Darnach hat offenbar auch ein allgemein zugänglicher Kegelklub ein sozialistisches Element! Oder folgender Gallimathias: „Erst der durch die wirtschaftliche Existenz (!) der Genossenschaftsbewegung beeinflusste evolutionäre Materialismus gibt an Stelle der unhaltbaren Entwicklungslinie über Konzentration, Krisen und Verelendung zum Zusammenbruche dem Sozialismus eine neue wissenschaftliche Basis, indem er die Tatsache feststellt, dass das Betätigungsfeld privatwirtschaftlicher Unternehmungen immer mehr durch die Unternehmungen des Staates, der Gemeinde, der Genossenschaften eingeengt wird, eine Tatsache, die für den Nationalökonom nicht mehr und nicht weniger besagt, als die Darwinsche Feststellung, dass die Arten variabel sind, für die Biologie. (!) Auf dieser Darwinschen Feststellung ist die biologische Evolutionstheorie aufgebaut, jene Feststellung ist der Grundstein der Wissenschaftlichkeit des evolutionären Sozialismus, der im Grunde nichts weiter als eine Uebertragung jener Theorie auf das Wirtschaftsleben und die dadurch bedingte Menschheitsentwicklung ist.“ Vor solcher Wis-

\* Gertrud David, Sozialismus und Genossenschaftsbewegung, Berlin 1910.



senschaftlichkeit muss freilich aller Marxismus die Flucht ergreifen.

Und welchen Ton darf sich Herr Kaufmann der Sozialdemokratie gegenüber erlauben! Weil Aeusserungen sozialdemokratischer Schriftsteller benützt worden sind, um die Konsumvereine zu verdächtigen, schreibt er, es dürfte den organisierten Konsumenten „recht schwer werden, an die Freundschaft der sozialdemokratischen Partei zu glauben“. Er droht sogar: „Auch ist der Zentralverband deutscher Konsumvereine stark genug, seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu wahren — gegen wen es auch sei!“ Das ist doch eine passende Sprache für den Führer einer Bewegung, die von sozialdemokratischen Arbeitern getragen ist! Aber wenn nicht alles trügt, werden die deutschen Arbeiter auch an Herrn Kaufmann in Bälde das notwendige Erziehungswerk vollbringen.

So unerfreulich Kaufmanns Schrift ist, so erfreulich ist ein umfangreiches Werk, das wir Paul Göhre verdanken.<sup>\*)</sup> Der Titel des Buches ist ein wenig irreführend; denn was Göhre gibt, ist nur ein Bild der Entwicklung von vier einzelnen deutschen Konsumvereinen. Aber da er in ihnen ebenso viele Typen sieht, meint er, dennoch in ihrer Geschichte eine Art Geschichte der deutschen Arbeiterkonsumvereine überhaupt geben zu können, umso eher, als das Buch, auf das ein ungeheurer Fleiss verwendet ist, auch einige allgemeine Kapitel enthält, so über die Anfänge der Konsumvereinsbewegung im bürgerlichen Fahrwasser, über die Grosseinkaufsgesellschaft und den Zentralverband. Die Kritik, die Göhre an Schulze-Delitzsch übt, wird ihre klärende Wirkung nicht verfehlen. In seiner Art musterhaft ist der Abschnitt über den ökonomischen Charakter der Arbeiterkonsumvereine. Seine wissenschaftliche Nüchternheit sticht wohlthuend von der beliebten Kritiklosigkeit der genossenschaftlichen Literaten ab. Sehr lesenswert ist, was Göhre über die Feinde der Konsumvereine berichtet. Dieses Kapitel mit seinem Tatsachenmaterial über zahllose an den

Aermsten verübte Unbilligkeiten und Vergewaltigungen könnte man in beruhigter Erwartung des Erfolges jedem in die Hand geben, der es nötig hat, zum Hass und zur Verachtung gegen die Herrschenden und ihre Organe aufgereizt zu werden.

Der Kern des Buches ist der Schilderung des Werdens und Wesens von vier einzelnen Konsumgenossenschaften gewidmet, unter ihnen die Hamburger „Produktion“, Leipzig-Plagwitz und Berlin. Obwohl hier der Verfasser auf die kleinsten Details eingeht, wird der Stoff doch nicht einen Moment langweilig. Gerade diese Einzelheiten ermöglichen es, bis ins innerste Leben der Genossenschaften hineinzublicken und ihren Herzschlag zu belauschen. Gerade an ihnen kann man das unübertreffliche Organisations-talent und die hohe Schöpferkraft der deutschen Arbeiterklasse bewundern. Hierin liegt die allgemeine Bedeutung und auch der Reiz dieses Buches, das in seiner schlichten Wiedergabe von Tatsachen ein wahres Hohelied der Arbeiterschaft darstellt.

In der Neutralitätsfrage nimmt Göhre den Standpunkt ein, der für einen Sozialdemokraten eigentlich selbstverständlich ist. „Höher als die ... hohe und bedeutende Sache der Arbeiterkonsumvereine steht die Gesamttaktion des deutschen Proletariats als eines einheitlichen Ganzen. Auch jene sind nur ein Stück von ihr; und demgemäss haben sie sich zu verhalten.“ Eine enge und brüderliche Fühlung soll nach Göhres Meinung zwischen Partei und Genossenschaften bestehen. Und diese Fühlung herbeiführen zu helfen, ist mit die Absicht dieses Buches. In ihrem innersten Wesen wie in ihren äusseren Zügen tragen die modernen Konsumgenossenschaften durch und durch proletarischen Charakter, sie sind eine Schöpfung und ein Organ der Arbeiterschaft, ausser ihr haben sie nichts für sich, wohl aber alles gegen sich. Dies in exakter und unwiderlegbarer Weise nachgewiesen zu haben ist ein dauerndes Verdienst von Göhres Buch, das sicherlich nicht ohne praktische Wirkung bleiben wird.

Ernst Lenz.

<sup>\*)</sup> Paul Göhre, Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. Berlin 1910. XII und 655 Seiten. Preis K 19:20.